

Wollmershäuser, Timo et al.

Article

ifo Konjunkturprognose 2016/2017: Aufschwung in Deutschland geht in die zweite Halbzeit

ifo Schnelldienst

Provided in Cooperation with:

Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Wollmershäuser, Timo et al. (2016) : ifo Konjunkturprognose 2016/2017: Aufschwung in Deutschland geht in die zweite Halbzeit, ifo Schnelldienst, ISSN 0018-974X, ifo Institut - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München, München, Vol. 69, Iss. 12, pp. 21-57

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/165776>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Timo Wollmershäuser, Wolfgang Nierhaus, Nikolay Hristov, Tim Oliver Berg, Christian Breuer, Johanna Garnitz, Christian Grimme, Atanas Hristov, Robert Lehmann, Wolfgang Meister, Magnus Reif, Felix Schröter, Andreas Steiner, Klaus Wohlrabe und Anna Wolf

Der robuste Aufschwung, in dem sich die deutsche Wirtschaft seit dem Jahr 2014 befindet, wird sich fortsetzen. Das ifo Institut rechnet mit einem Zuwachs des realen Bruttoinlandsprodukts von 1,8% im laufenden Jahr. Im Jahr 2017 beläuft sich der Anstieg voraussichtlich auf 1,6%. Damit wird sich die Produktionslücke weiter verringern und im nächsten Jahr wohl nahezu geschlossen sein. Da diese Gangart der Konjunktur insgesamt eher verhalten ist, zeichnen sich keine Überhitzungserscheinungen auf den Güter- und Faktormärkten ab. Maßgeblich zum Wachstum trägt die schwungvolle Binnennachfrage bei.

1. Die Lage der Weltwirtschaft

Überblick

Das weltwirtschaftliche Expansionstempo hat sich im zurückliegenden Winterhalbjahr verlangsamt. Maßgeblich dafür war vor allem die Schwächephase, die wichtige Schwellenländer durchliefen. So hat sich die Wirtschaftsdynamik in China stärker abgekühlt als ursprünglich erwartet. Vor allem haben sich dabei die Investitionen schwach entwickelt. Dies strahlte negativ auf die Ökonomien im ostasiatischen Raum aus, deren Außenhandel stark von China abhängt. Zudem verstärkte die Nachfrageschwäche aus dem Reich der Mitte den Abwärtsdruck auf die Preise diverser Rohstoffe, was die Länder, die diese exportieren, zusätzlich belastete. Wichtige Rohstoffexporteure litten bereits seit Ende 2014 unter den spürbar rückläufigen Notierungen für Erdöl sowie Industrie- und Agrarrohstoffe. So befinden sich Brasilien und Russland seit mehr als einem Jahr in einer Rezession.

Angesichts dieser Entwicklungen nahmen im vergangenen Winterhalbjahr die Sorgen um einen regelrechten Konjunkturerinbruch in China sowie hinsichtlich der Widerstandsfähigkeit vieler rohstoffexportierender Schwellenländer spürbar zu. Diese Sorgen fanden ihren Niederschlag in einem verstärkten Kapitalabzug aus vielen aufstrebenden Ökonomien und einem spürbaren Abwertungsdruck auf ihre Währungen, dem die Zentralbanken vielerorts mit Devisenmarktinterventionen zu begegnen versuchten. Auch war das zurückliegende Winterhalbjahr durch wiederholte Turbulenzen an den Börsen welt-

weit und einem Anstieg der Finanzmarktunsicherheit gekennzeichnet, was schließlich maßgeblich zur Eintrübung der Stimmung unter Investoren, Produzenten und Konsumenten und daher zur Verlangsamung des Expansionstempos in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften beitrug. Gleichwohl profitierten diese bis zum Jahresbeginn 2016 von den erneut fallenden Erdölpreisen. So sank die Notierung eines Barrels der Sorte Brent von etwas mehr als 60 US-Dollar im Sommer 2015 auf knapp unter 30 US-Dollar im Januar 2016, nachdem sie sich bereits im Herbst 2014 nahezu halbiert hatte. Allerdings konnte diese vorteilhafte Entwicklung zu keiner Belebung der Konjunktur in den fortgeschrittenen Ökonomien führen. Denn der Ölpreisrückgang in der zweiten Jahreshälfte 2015 ist vor allem eine Reflexion der globalen konjunkturellen Schwäche, während die ölmarktspezifischen Faktoren, aus denen tendenziell positive Impulse für die globale Aktivität hervorgehen, eine verhältnismäßig geringere Rolle gespielt haben (vgl. Kasten »Zur Entwicklung des Rohölpreises«). Belastend auf die Stimmung von Konsumenten und Produzenten wirkten sich vielerorts auch die geopolitischen Spannungen im Nahen Osten, die Uneinigkeit Europas im Zusammenhang mit den starken Immigrationswellen im vergangenen Jahr und das herannahende Referendum in Großbritannien über einen Verbleib in der Europäischen Union aus.

Die konjunkturelle Entwicklung in den großen fortgeschrittenen Volkswirtschaften war zu Jahresbeginn 2016 auch durch temporäre Sonderfaktoren gekennzeichnet. So haben vor allem Witterungseffekte die wirtschaftliche Dynamik im Euroraum über- und jene in den USA merklich

Kasten

Zur Entwicklung des Rohölpreises

Der Rohölmarkt ist seit dem Sommer 2014 durch heftige Preisbewegungen gekennzeichnet. So sank der Preis eines Barrels der Sorte Brent zwischen Juni 2014 und Januar 2015 von gut 110 US-Dollar auf knapp 45 US-Dollar und somit um fast 60%. Es folgte eine merkliche Erholung der Notierung auf etwa 62 US-Dollar/Barrel bis Mitte Juni 2015, ehe ein neuerlicher Rückgang den Ölpreis auf gut 24 US-Dollar/Barrel im Januar 2016 sinken ließ. In den Folgemonaten hat sich die Brent-Notierung wieder verdoppelt und betrug Anfang Juni etwa 50 US-Dollar/Barrel. Somit ist der Preis allerdings noch immer deutlich niedriger als im Durchschnitt des Zeitraums 2011–2014 von etwa 110 US-Dollar/Barrel.

Derartige Preisschwankungen können erhebliche Auswirkungen auf die globale wirtschaftliche Aktivität haben. Das Ausmaß hängt allerdings entscheidend von den Ursachen der Ölpreisbewegungen ab. Fällt der Ölpreis etwa infolge einer Ausweitung der Ölförderung oder einer rein spekulationsbedingten Abnahme der Ölnachfrage, so dürfte dies einen positiven Effekt auf die weltwirtschaftliche Produktion haben. Anders verhält es sich, wenn der Ölpreisverfall das Resultat einer Abkühlung der Weltkonjunktur ist. Dann dürfte sich die globale wirtschaftliche Expansion tendenziell verlangsamen.

In diesem Kasten soll der Beitrag dieser drei alternativen Ursachen für Schwankungen am Rohölmarkt zur Entwicklung des Brent-Preises sowie der weltweiten Industrieproduktion untersucht werden. Zurückgegriffen wird dabei auf ein vektorautoregressives Zeitreihenmodell (VAR), das folgendermaßen dargestellt werden kann:

$$\begin{pmatrix} \text{Ölproduktion}_t \\ \text{Ölpreis}_t \\ \text{Weltproduktion}_t \end{pmatrix} = c + b * t + \sum_{i=1}^2 A_i \begin{pmatrix} \text{Ölproduktion}_{t-i} \\ \text{Ölpreis}_{t-i} \\ \text{Weltproduktion}_{t-i} \end{pmatrix} + B \begin{pmatrix} e_t^{\text{Ölangebot}} \\ e_t^{\text{Ölnachfrage}} \\ e_t^{\text{Weltkonjunktur}} \end{pmatrix},$$

wobei *Ölproduktion*, *Ölpreis*, *Weltproduktion* die natürlichen Logarithmen der realen Ölproduktion, des Ölpreises und der Weltindustrieproduktion kennzeichnen. Die Datenfrequenz ist monatlich, und der Schätzzeitraum erstreckt sich von Januar 2000 bis März 2016. *c* ist ein 3 X 1 Vektor, der die Achsenabschnitte der einzelnen Gleichungen beinhaltet. *A1*, *A2* sind 3 X 3 Koeffizientenmatrizen, die die gegenseitigen Interdependenzen zwischen den laufenden und vergangenen Werten der endogenen Modellvariablen abbilden.¹ *B* ist eine 3 X 3 Matrix, die den Zusammenhang zwischen den beobachtbaren Residuen der reduzierten Form des VARs *u_t* und den unbeobachtbaren strukturellen Schocks *e_t* darstellt:

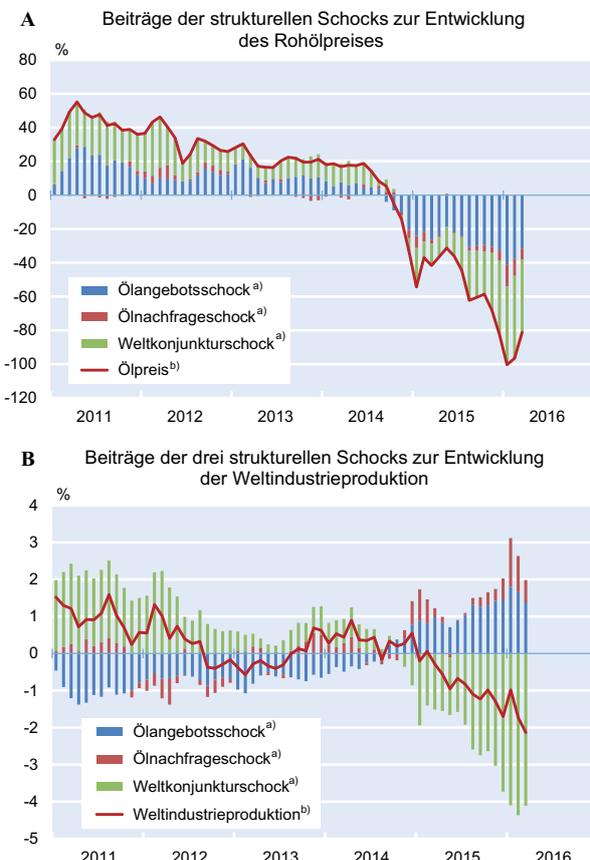
$$\begin{pmatrix} u_t^1 \\ u_t^2 \\ u_t^3 \end{pmatrix} = B \begin{pmatrix} e_t^{\text{Ölangebot}} \\ e_t^{\text{Ölnachfrage}} \\ e_t^{\text{Weltkonjunktur}} \end{pmatrix}.$$

Zudem wird auch ein linearer Trend *t* berücksichtigt. Um die strukturellen Schocks zu identifizieren, greifen wir auf die Methode der Vorzeichenrestriktionen zurück. Dabei werden zwei ölmarktspezifische Schocks – ein angebots- und ein nachfrageseitiger – sowie ein globaler Konjunkturschock identifiziert (vgl. Peersman und Robays 2009). Bezüglich des Ölangebotsschocks *e_t^{Ölangebot}* wird unterstellt, dass er kurzfristig (für vier Monate) zu einem Anstieg der Ölproduktion, einem Rückgang der Ölpreise und einem Anstieg der Weltindustrieproduktion führt. Ein derartiger Schock könnte beispielsweise daher rühren, dass neue Erdölfelder erschlossen werden oder aufgrund einer verbesserten geopolitischen Lage die Produktionsmenge erhöht wird. Ein ölmarktspezifischer Nachfrageschock *e_t^{Ölnachfrage}* dagegen lässt sowohl die Ölproduktion als auch den Ölpreis kurzfristig sinken. Zugleich wird dabei unterstellt, dass die globale Industrieproduktion nicht fällt. Ein ölmarktspezifischer Nachfrageschock erfasst überraschende Ölnachfrageschwankungen, die vor allem Spekulations- oder Vorsichtsmotive widerspiegeln und unabhängig von der globalen konjunkturellen Entwicklung auftreten. Schließlich wird auch ein Weltkonjunkturschock *e_t^{Weltkonjunktur}* identifiziert. Dieser lässt die Ölproduktion, den Ölpreis und die globale Industrieproduktion kurzfristig sinken. *e_t^{Weltkonjunktur}* erfasst unerwartete Schwankungen in der globalen wirtschaftlichen Aktivität, die unabhängig vom Geschehen am Erdölmarkt auftreten.

Abbildung 1.1 zeigt die prozentualen Beiträge der drei identifizierten Schocks zur Abweichung vom jeweiligen Trend des Rohölpreises **A** und der Weltindustrieproduktion **B**. Zwar deuten die Ergebnisse darauf hin, dass seit dem Sommer 2014 alle Schocks erdölpreissenkend gewirkt haben. Allerdings hat sich deren relative Bedeutung über die Zeit verändert. So wurde der Rückgang der Brent-Notierung im Herbst 2014 und Frühjahr 2015 vor allem durch die zwei ölmarktspezifischen Schocks – insbesondere jener auf das Ölangebot – getrieben. Seitdem hat

Abb. 1.1

Rohölpreis und Weltindustrieproduktion



^{a)} Beitrag zur prozentualen Abweichung vom linearen Trend. - ^{b)} Prozentuale Abweichung vom linearen Trend.
Quelle: Energy Information Administration (EIA); CPB; Schätzungen des ifo Instituts.

¹ Das VAR wurde mit zwei Verzögerungen geschätzt. Diese Auswahl wurde auf der Basis des Schwarzischen Informationskriteriums (BIC) getroffen.

jedoch die Bedeutung der Schocks auf die globale wirtschaftliche Aktivität relativ zugenommen, so dass mehr als die Hälfte des Ölpreisverfalls im Winterhalbjahr 2015/2016 auf die schwache Weltkonjunktur zurückzuführen war. Entsprechend verlief die Weltindustrieproduktion im Herbst 2014 und dem darauffolgenden Winter oberhalb des linearen Trends, da die stimulierende Wirkung der beiden ölmarktspezifischen Schocks stark dominierte. Zwar haben Schwankungen im Ölangebot und in der Ölnachfrage auch im Zeitraum danach positive Impulse für die Weltindustrieproduktion geliefert. Allerdings wurde deren Effekt durch negative Weltkonjunkturschocks mehr als ausgeglichen. Entsprechend schwächte sich per saldo die Weltindustrieproduktion seit Mitte 2015 zunehmend ab. Zudem deuten die Ergebnisse darauf hin, dass der Anstieg der Brent-Notierung im Frühjahr 2016 vor allem auf preiserhöhende ölmarktspezifische Angebots- und Nachfrageschocks zurückzuführen ist. Nach Angaben der US-amerikanischen Energy Information Administration (EIA) wurde in diesem Zeitraum die Ölproduktion in Nigeria, Kanada, China sowie in den USA tatsächlich etwas gedrosselt. Zugleich ist die Ölnachfrage aus China wohl im Zuge der Aufstockung der strategischen Reserven gestiegen.

unterzeichnet. Allerdings befinden sich die USA in einer deutlich besseren ökonomischen Verfassung. Sie durchlaufen einen robusten Aufschwung, getragen durch die verbesserte Vermögensposition der privaten Haushalte und Unternehmen und ein gesundes Bankensystem. Die Produktionslücke in den USA dürfte weitgehend geschlossen sein, und es herrscht nahezu Vollbeschäftigung.

Hingegen ist die wirtschaftliche Erholung im Euroraum nach den Verwerfungen im Zuge der globalen Finanzkrise und der kurz darauf ausgebrochenen europäischen Schuldenkrise deutlich weniger fortgeschritten als jene in den USA und verläuft zudem sehr schleppend. Denn die Probleme im Bankensektor vieler Mitgliedsländer (insbesondere in Italien und Portugal) sind noch immer nicht ausreichend angegangen worden, wie an dem sehr hohen, zum Teil weiter wachsenden Anteil ausfallgefährdeter Kredite abzulesen ist. Auch haben viele Kreditinstitute Schwierigkeiten, an frisches Eigenkapital zu kommen. All dies belastet die Bankbilanzen und dämpft die Kreditvergabebereitschaft und damit auch die Investitionstätigkeit im Euroraum. Nach wie vor nicht beseitigt sind auch viele strukturelle Schwächen, die die Wettbewerbsintensität auf vielen Produktmärkten und im Energiesektor reduzieren oder die Wiedereingliederung von Arbeitslosen in eine neue Beschäftigung erschweren. Entsprechend liegt die aggregierte Produktion noch immer spürbar unterhalb ihres Potenzials, und die hohe Arbeitslosigkeit wird nur langsam abgebaut. Auch in Japan dürfte der relativ kräftige Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts im ersten Quartal um 0,4% nur temporärer Natur sein und in den Folgequartalen wieder dem bisherigen äußerst moderaten Expansionstempo Platz machen. Zwar herrscht auch hier nahezu Vollbeschäftigung und die Produktionskapazitäten dürften weitgehend ausgelastet sein. Allerdings sorgen eine alternde Bevölkerung und die, aufgrund zahlreicher Rigiditäten, geringen Produktivitätszuwächse für ein eher bescheidenes Potenzialwachstum. In Großbritannien blieb die Ausweitung der aggregierten Produktion bis zuletzt robust. Auch hier ist die Produktionslücke nahezu geschlossen und die Beschäftigungsquote sehr hoch. Allerdings haben die politischen Debatten über einen Austritt aus der EU (»Brexit«) und das anstehende Referendum diesbezüglich zunehmend das Vertrauen von Investoren, Produzenten und Konsumenten eingetrübt, was sich in rückläufigen privaten Investitionen im Winterhalbjahr niederschlug.

Geldpolitische Divergenzen weniger stark als erwartet

Die Geldpolitik in den großen fortgeschrittenen Volkswirtschaften bleibt expansiv ausgerichtet. Dabei divergieren seit einiger Zeit die Pfade, die die einzelnen Notenbanken eingeschlagen haben. So haben die Notenbanken in den USA (Fed) und in Großbritannien (Bank of England), angesichts der robusten konjunkturellen Erholung in den beiden Ländern, im Verlauf des Jahres 2015 zusehends ihre Bereitschaft signalisiert, eine moderate Straffung ihrer Zinspolitik ab Ende 2015 (Fed) bzw. im Verlauf von 2016 (Bank of England) einzuleiten. Tatsächlich hat die US-Notenbank im Dezember 2015 das Zielband des maßgeblichen Leitzinses zum ersten Mal seit Ausbruch der globalen Finanzkrise um 25 Basispunkte auf 0,25% bis 0,5% angehoben. Die Europäische Zentralbank (EZB) hingegen hat in diesem Zeitraum, angesichts eines zu niedrigen Inflationsdrucks und einer verhaltenen binnenwirtschaftlichen Dynamik, den Expansionsgrad ihrer Politik erhöht. Zuletzt hat die EZB im März 2016 die gut ein Jahr zuvor eingeführten Maßnahmen der quantitativen und qualitativen Lockerung spürbar aufgestockt und den Einlagesatz weiter ins Negative herabgesenkt. Auch die Bank of Japan hat zum ersten Mal in ihrer Geschichte im Januar 2016 einen negativen Leitzins beschlossen, nachdem sie im Herbst 2014 ihr Wertpapierankaufprogramm massiv ausgeweitet hatte. Sowohl die EZB als auch die Bank of Japan haben signalisiert, auch im Prognosezeitraum den überaus expansiven geldpolitischen Kurs beizubehalten und bei Bedarf die monetären Zügel weiter zu lockern.

Die geldpolitische Heterogenität spiegelte sich in der Wertentwicklung der Währungen wichtiger fortgeschrittener Volkswirtschaften wider. So verloren der Euro und der Yen im Herbst 2014 gegenüber dem US-Dollar und in etwas geringerem Maße gegenüber dem britischen Pfund stark an Wert und behielten die relativ niedrigen Notierungen im Verlauf des Jahres 2015 bei. Allerdings haben die Währungen Japans und des Euroraums im Frühjahr 2016 wieder etwas aufgewertet, als klar wurde, dass die Notenbanken der USA und Großbritanniens den Prozess der geldpolitischen Normalisierung verlangsamen und weiter in die Zukunft verschieben wollen. So zeigte sich die Fed besorgt um mögliche negative Auswirkungen der im Winter weltweit gestie-

genen Unsicherheit auf die Binnenkonjunktur in den USA; die Bank of England ist mit einer Eintrübung des inländischen Produzenten- und Konsumentenvertrauens konfrontiert, die vor allem von den schwer einschätzbaren Auswirkungen eines eventuellen Brexit herrührt.

Auch in den aufstrebenden Volkswirtschaften zeigte sich die Geldpolitik in den vergangenen Monaten sehr heterogen. So wurde in China der Leitzins Mitte 2015 abermals deutlich gesenkt. Auch wurden die Mindestreserveanforderungen an Geschäftsbanken kräftig reduziert. Dadurch sollte einer zu starken Abkühlung am Kreditmarkt und dem zu niedrigen Preisauftrieb entgegengewirkt werden. Letzterer liegt seit einiger Zeit unterhalb des Inflationsziels der chinesischen Notenbank. Zugleich jedoch sah sie sich im Winterhalbjahr wiederholt gezwungen, durch massive Devisenmarktinterventionen den Außenwert der chinesischen Währung zu stützen. Dieser war aufgrund des anhaltenden Kapitalabzugs aus dem Reich der Mitte unter starkem Abwertungsdruck geraten, dem schließlich etwas nachgegeben wurde. Zudem weitete die chinesische Zentralbank die Bandbreite der von ihr tolerierten Wechselkursschwankungen aus und kündigte an, in Zukunft den Yuan an einen breiten Währungskorb zu koppeln. Auch in Indien und Indonesien wurden im vergangenen Winterhalbjahr, angesichts des verhältnismäßig geringen Preisdrucks, die geldpolitischen Zügel etwas gelockert. In Brasilien hingegen wurde der Leitzins in der ersten Jahreshälfte 2015 stark um 3 Prozentpunkte erhöht und seitdem bei 14,25% belassen. Ziel war vor allem, eine zu starke Abwertung der heimischen Währung zu vermeiden. Denn der Rückgang des Außenwerts des Reals hatte bereits den Preisauftrieb stark beschleunigt und den Wert der privaten Verschuldung steigen lassen, da diese zu einem beträchtlichen Teil in Fremdwährung denominiert ist. Auch in Russland ist die Geldpolitik deutlich restriktiv ausgerichtet. Allerdings ist hier die Inflationsrate im Frühjahr von knapp über 16% auf 7,3% im Mai 2016 gefallen, vor allem da sich die Notierung des russischen Rubels seit Anfang April 2016 stabilisiert hat, nachdem er eine turbulente Abwertungsphase durchlaufen hatte. Maßgeblich für die Wechselkursberuhigung war vor allem die Abschwächung des Abzugs ausländischen Kapitals im zurückliegenden Winterhalbjahr. Dies erlaubte es der russischen Notenbank, den Anfang 2015 massiv gesunkenen Bestand an Devisenreserven wieder etwas zu erhöhen.

Zwar besteht in der Mehrzahl der Schwellenländer, angesichts des verhältnismäßig niedrigen Inflationsdrucks, kaum Bedarf für eine Straffung der Geldpolitik. Allerdings dürfte es im Prognosezeitraum auch zu keinem nennenswerten Anstieg des Expansionsgrades kommen. Dies könnte nämlich unerwünschte Währungsabwertungen zur Folge haben, da der Leitzins in den USA in den kommenden anderthalb Jahren langsam steigen wird.

Kaum finanzpolitische Impulse in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften

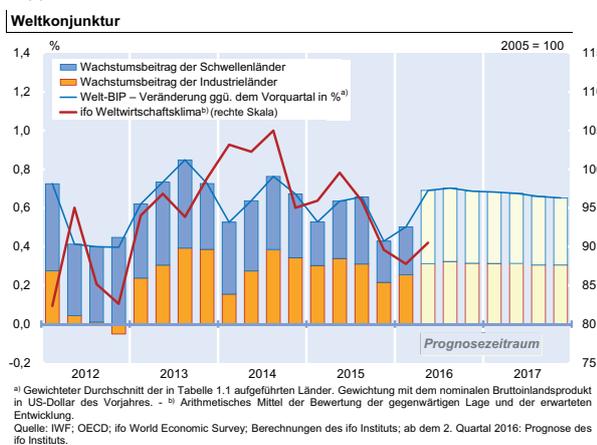
Die Finanzpolitik dürfte in den großen fortgeschrittenen Volkswirtschaften im Prognosezeitraum in etwa neutral wirken. In den USA wirkte sie im vergangenen Jahr nicht mehr bremsend wie noch in den Jahren davor. Die sprudelnden Steuereinnahmen, die abnehmenden Ausgaben für die Arbeitslosenversicherung und die noch immer niedrigen Zinsen auf Staatstitel ermöglichen es, das gesamtstaatliche Budgetdefizit auch ohne diskretionäre Konsolidierungsmaßnahmen zu senken. Auch in diesem und im kommenden Jahr dürfte die neutrale finanzpolitische Ausrichtung in den USA beibehalten werden. Hierbei wird unterstellt, dass die Schuldenobergrenze für den Zentralstaat im März 2017 ohne nennenswerte politische Verwerfungen angehoben werden wird. In Japan wurde zuletzt, angesichts des geringen Expansionstempos, ein neues Konjunkturprogramm aufgelegt. Ferner beschloss die Regierung, die für April 2017 geplante Mehrwertsteuererhöhung auf das Jahr 2019 zu verschieben. Damit wurde die Intensität der ursprünglich geplanten fiskalischen Konsolidierung des öffentlichen Haushalts scharf reduziert. Im Euroraum sind die Mitgliedsländer im Frühjahr 2015 in den Genuss einer Neuinterpretation des Stabilitäts- und Wachstumspakts durch die Europäische Kommission gekommen. Auf deren Basis konnten die ursprünglich geplanten restriktiven fiskalischen Impulse verschoben werden. Auch wurden jüngst Überschreitungen der Defizitziele durch Spanien und Portugal wohlwollend durch die EU-Kommission hingenommen. Geringfügige positive Impulse dürfte es im Euroraum zudem aufgrund der erhöhten öffentlichen Ausgaben im Zusammenhang mit der in einigen Ländern stark angestiegenen Flüchtlingsmigration geben.

Die Finanzpolitik in den meisten großen aufstrebenden Volkswirtschaften hat zuletzt einen expansiveren Kurs eingeschlagen. So wurden in China erneut umfangreiche öffentliche Investitionsprogramme angekündigt und die Kreditvergabe durch staatliche Banken spürbar ausgeweitet. Weitere stützende Maßnahmen wurden für das laufende Jahr in Aussicht gestellt. Auch in Indien, Indonesien und Russland planen die Regierungen eine Ausweitung der Investitions- und Konsumausgaben. Lediglich in Brasilien dürfte die Finanzpolitik im Prognosezeitraum negative Impulse zeitigen, nachdem sie bereits im Jahr 2015 spürbar restriktiv ausgerichtet war. Dort sind Kürzungen bei den Sozialausgaben und den Subventionen, Steuererhöhungen sowie die Anhebung zahlreicher administrierter Preise beschlossen worden.

Ausblick

Nach dem schwachen Winterhalbjahr scheint sich die Weltkonjunktur jüngst wieder etwas gefangen zu haben. So haben sich zahlreiche Stimmungsindikatoren, nach einem

Abb. 1.2



mehrmonatigen Rückgang, im April und Mai 2016 wieder, wengleich nur leicht, verbessert. Auch das ifo Weltwirtschaftsklima notierte im April höher als noch im Januar (vgl. Abb. 1.2). Dies dürfte vor allem aus den expansiven wirtschaftspolitischen Maßnahmen resultieren, die bereits ab Jahresbeginn in China und weiteren Schwellenländern eingeleitet wurden und wohl für eine Beschleunigung des Expansionstempos dort sorgen werden. Zudem mehren sich

die Anzeichen für eine Entschärfung der Rezessionen in Russland und Brasilien. Auch signalisierten die Notenbanken in den USA und Großbritannien, dass sie die geldpolitische Straffung vorsichtiger als ursprünglich geplant durchführen wollen, was auf einen langsameren Anstieg der weltweiten Finanzierungskosten in den kommenden Monaten hindeutet. Entsprechend dürfte sich das globale Expansionstempo im Verlauf dieses Jahres etwas beschleunigen. Allerdings werden die Zuwächse der weltwirtschaftlichen Produktion nur etwa halb so hoch ausfallen als noch in den Jahren vor der globalen Finanzkrise. Dabei wird angenommen, dass sich das britische Volk für einen Verbleib in der Europäischen Union entscheidet. Dies dürfte die Unsicherheit in Großbritannien reduzieren und eine Belebung der Investitionstätigkeit in der zweiten Hälfte 2016 nach sich ziehen.

Im Verlauf des kommenden Jahres dürfte das globale Expansionstempo wieder etwas abnehmen (vgl. Tab. 1.1). Maßgeblich dafür wird vor allem eine allmähliche Verlangsamung der wirtschaftlichen Dynamik in China sein, da die Effekte der fiskalischen Stützungsmaßnahmen auslaufen und das Land zu seinem trendmäßig abnehmenden Potenzialwachstum zurückkehrt. Das Reich der Mitte sieht sich

Tab. 1.1 Reales BIP in der Welt, gewichtet mit dem nominalen Bruttoinlandsprodukt in US-Dollar 2014 bis 2017

Land/Ländergruppe	Gewicht ^{a)}	Bruttoinlandsprodukt						Verbraucherpreise									
		Veränderungen zum Vorjahr in %															
		2014		2015		2016		2017		2014		2015		2016		2017	
							Re- vision*		Re- vision*				Re- vision*		Re- vision*		Re- vision*
Industrieländer																	
EU 28	26,6	1,4	2,0	1,8	(-0,0)	1,8	(0,1)	0,5	0,0	0,1	(-0,8)	1,5	(-0,1)				
USA	25,9	2,4	2,4	1,8	(-0,7)	2,1	(-0,4)	1,6	0,1	1,0	(0,0)	2,1	(0,4)				
Japan	9,5	-0,1	0,6	0,6	(0,0)	0,9	(0,1)	2,7	0,8	0,3	(-0,9)	1,4	(-0,7)				
Asiatische Tigerstaaten ^{b)}	3,4	3,4	2,0	2,2	(-0,7)	2,8	(-0,3)	1,6	0,5	0,8	(-0,6)	1,4	(-0,1)				
Industrieländer insg.^{c)}	70,0	1,7	1,9	1,7	(-0,2)	1,8	(-0,1)	1,3	0,2	1,0	(-0,2)	1,6	(0,0)				
Schwellenländer																	
Russland	3,2	0,6	-3,7	-0,9	(-1,2)	0,8	(-0,4)	11,4	12,9	7,5	(-0,5)	6,5	(-0,5)				
China	13,1	7,3	6,9	6,3	(-0,5)	6,1	(0,1)	2,0	1,4	2,2	(0,0)	2,0	(-0,3)				
Indien	2,9	7,0	7,3	7,5	(0,0)	7,8	(0,3)	7,2	4,9	5,2	(-0,4)	5,6	(0,1)				
Südostasiatische Schwellenländer ^{d)}	2,9	4,6	4,7	4,8	(-0,4)	5,0	(-0,3)	4,7	3,6	3,1	(-0,6)	3,6	(-0,6)				
Lateinamerika ^{e)}	7,8	0,9	-0,8	-0,4	(-0,3)	1,5	(-0,5)	10,9	20,4	51,8	(39,2)	20,8	(10,4)				
Schwellenländer insg.	30,0	4,6	3,6	3,7	(-0,5)	4,4	(-0,1)	6,1	8,2	16,1	(10,1)	7,9	(2,5)				
Weltwirtschaft	100,0	2,6	2,4	2,3	(-0,3)	2,6	(-0,1)	2,8	2,6	5,5	(2,9)	3,5	(0,8)				
nachrichtlich:																	
ifo Exportindikator ^{f)}		1,6	1,8	1,6	(-0,2)	1,8	(0,1)										
Welthandel, real ^{g)}		3,4	2,6	3,0	(-1,2)	3,6	(-0,6)										
Annahmen																	
Ölpreis \$/Barrel (Brent)			54,1	45,4	(0,1)	50,9	(4,7)										
Wechselkurs \$/€			1,11	1,11	(0,06)	1,11	(0,06)										

* Differenz zur ifo Konjunkturprognose vom Dezember 2015. – ^{a)} Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2014 in US-Dollar. – ^{b)} Gewichteter Durchschnitt aus Südkorea, Taiwan, Singapur und Hongkong. – ^{c)} Gewichteter Durchschnitt aus den EU-28-Ländern, USA, Japan, Kanada, Schweiz, Norwegen, Südkorea, Taiwan, Singapur, Hongkong. – ^{d)} Gewichteter Durchschnitt aus: Indonesien, Thailand, Malaysia, Philippinen. – ^{e)} Gewichteter Durchschnitt aus: Brasilien, Mexiko, Argentinien, Venezuela, Kolumbien, Chile. – ^{f)} Bruttoinlandsprodukte von 36 Ländern gewichtet mit Anteilen am deutschen Export. – ^{g)} Welthandel von Waren und Dienstleistungen in Abgrenzung der OECD.

nämlich einer unvorteilhaften demographischen Entwicklung und einem – im Zuge des wirtschaftlichen Konvergenzprozesses durchaus natürlichen – allmählichen Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Produktivitätszuwächse gegenüber. Zudem ist die Regierung bemüht, durch eine Reihe wirtschaftspolitischer Strukturmaßnahmen Überkapazitäten im Immobilien- und Bau-sektor sowie in mehreren Industriebranchen abzubauen. Zugleich soll für einen sanften Übergang zu einer Ökonomie gesorgt werden, die stärker konsum- und dienstleistungsbasiert ist. Zwar dürften Brasilien und Russland die Rezession allmählich hinter sich lassen und im kommenden Jahr moderate Zuwächse verzeichnen. Diese Beschleunigung wird aber die graduelle Wachstumsabschwächung Chinas nicht kompensieren können.

Auch von Seiten der großen fortgeschrittenen Volkswirtschaften dürfte es im kommenden Jahr keine Impulse für eine stärkere Belebung der Weltkonjunktur geben. Ausgehend von einer weitgehend geschlossenen Produktionslücke dürfte die US-Wirtschaft mit ihrer Trendrate von etwas mehr als 0,5% je Quartal zulegen (vgl. Abb. 1.3 und Tab. 1.2).

Auch in Japan sind die Produktionsfaktoren nahezu voll ausgelastet. Allerdings leidet das Land unter zahlreichen strukturellen Schwächen, die nur für ein niedriges Potenzialwachstum sorgen. Die jüngst beschlossenen fiskalpolitischen Maßnahmen stellen lediglich eine Symptombekämpfung dar und werden nur für eine leichte temporäre Belebung sorgen. Schließlich wird sich die Erholung im Euroraum zwar weiter fortsetzen. Diese wird aber wie schon in der Vergangenheit träge ausfallen. Denn eine Vielzahl struktureller Belastungsfaktoren – etwa die vielerorts vorhandenen Probleme im Bankensektor – warten noch immer auf ihre Beseitigung.

Tab. 1.2
Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in den USA

	2014	2015	2016	2017
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %				
Reales Bruttoinlandsprodukt	2,4	2,4	1,8	2,1
Privater Konsum	2,7	3,1	2,5	2,4
Staatskonsum und -investitionen	- 0,6	0,7	1,3	1,8
Private Anlageinvestitionen	5,3	4,0	2,3	4,0
Vorratsveränderungen ^{a)}	0,0	0,3	- 0,1	0,0
Inländische Verwendung ^{a)}	2,6	3,1	2,0	2,3
Exporte	3,4	1,1	0,6	3,8
Importe	3,8	4,9	1,5	4,0
Außenbeitrag ^{a)}	- 0,2	- 0,7	- 0,2	- 0,2
Verbraucherpreise	1,6	0,1	1,0	2,1
In % des nominalen Bruttoinlandsprodukts				
Budgetsaldo ^{b)}	- 2,8	- 2,5	- 2,4	- 2,4
Leistungsbilanzsaldo	- 2,2	- 2,7	- 2,8	- 2,8
In % der Erwerbspersonen				
Arbeitslosenquote	6,2	5,3	4,8	4,7

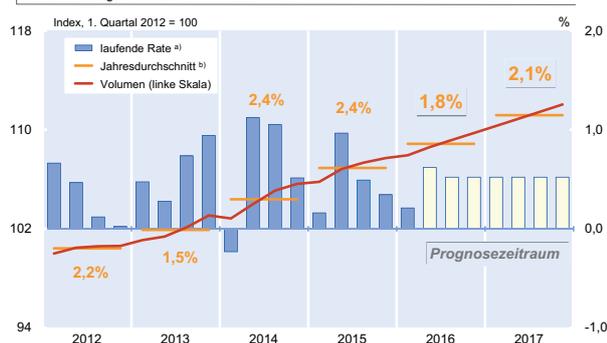
^{a)} Wachstumsbeiträge. – ^{b)} Budget des Bundes, Fiskaljahr.

Quelle: Bureau of Economic Analysis; Bureau of Labour Statistics; ab 2016 Prognose des ifo Instituts.

Dennoch wird sich der Abstand zum Produktionspotenzial im Euroraum im Prognosezeitraum wohl langsam verringern. Dies, zusammen mit dem Effekt des jüngst wieder gestiegenen Erdölpreises, dürfte den Preisauftrieb in der Europäischen Währungsunion allmählich wieder verstärken.

Alles in allem dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion in der Welt in diesem Jahr mit 2,3% und im Jahr 2017 mit 2,6% zunehmen (vgl. Tab. 1.1). Gegenüber der ifo Konjunkturprognose vom Dezember 2015 entspricht dies einer Revision von - 0,3 Prozentpunkten in diesem und - 0,1 Prozentpunkt im kommenden Jahr. Der Welthandel wird im Jahr 2016 voraussichtlich um lediglich 3,0% expandieren, ehe seine Zuwachsrate auf 3,6% im Folgejahr steigt. Dabei werden sich die Leistungsbilanzen der meisten rohstoffexportierenden Schwellenländer etwas verbessern, während sich jene Chinas und der USA angesichts einer relativ kräftigen binnenwirtschaftlichen Dynamik leicht verschlechtern.

Abb. 1.3
Reales Bruttoinlandsprodukt in den USA
Saisonbereinigter Verlauf



^{a)} Veränderung gegenüber dem Vorquartal in % (rechte Skala).
^{b)} Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr.
Quellen: Bureau of Economic Analysis; Berechnungen des ifo Instituts; ab 2. Quartal 2016: Prognose des ifo Instituts.

Risiken

Ein wesentliches Risiko für die weltwirtschaftliche Entwicklung im Prognosezeitraum besteht aufgrund eines möglichen Ausscheidens Großbritanniens aus der Europäischen Union, über das die Briten im Rahmen eines Referendums am 23. Juni 2016 abstimmen werden. Die Unsicherheit bezüglich der zukünftigen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen zeigt sich in Großbritannien bereits im Vorfeld sowohl in Umfragen als auch in der rückläufigen Investitionstätigkeit von Unternehmen in den beiden vergangenen Quartalen. Auch die Abwertung des Pfund Sterlings gegenüber dem Euro seit Ende 2015 könnte teils darauf zurückzuführen sein. Nach einem Austritt Großbritanniens aus der

EU müssten nicht nur die Handelsbeziehungen zur EU neu verhandelt werden, sondern auch jene zu über 50 anderen Staaten, die auf EU-Recht basieren. Der Handel – 45% der britischen Exporte fließen in die EU, 7% der deutschen Exporte sind für Großbritannien bestimmt – könnte darunter leiden. Auf den Finanzmärkten könnte sich die Unsicherheit in höheren Risikoprämien für britische Wertpapiere niederschlagen; Investitionen in Großbritannien würden verteuert. Insgesamt würde die EU geschwächt, da der erste Austritt eines Mitgliedstaates Nachahmer finden könnte und so den Fortbestand der EU als Ganzes in Frage stellen würde. Aufgrund der damit verbundenen Unsicherheit würde die EU insgesamt als Wirtschaftsstandort an Attraktivität einbüßen. Dies könnte sowohl Handels- als auch Kapitalströme negativ beeinflussen.

Große Unsicherheit besteht weiterhin hinsichtlich der zukünftigen Entwicklung in China. Zwar haben die jüngst angekündigten Maßnahmen zur Stützung der Konjunktur und die Verschärfung der Kapitalverkehrskontrollen zu einer Beruhigung der internationalen Finanzmärkte beigetragen. Allerdings kann dadurch nicht ausgeschlossen werden, dass es erneut zu abrupten Korrekturen kommt. Denn die ergriffenen Maßnahmen beseitigen nicht die Fehlallokationen, die in vielen Wirtschaftsbereichen bestehen. Vielmehr werden die erforderlichen strukturellen Anpassungen lediglich aufgeschoben. Außerdem geht mit dem Konjunkturpaket eine zusätzliche Ausweitung der für ein Schwellenland ohnehin vergleichsweise hohen Verschuldung einher. So legte das gesamtwirtschaftliche Kreditwachstum im vergangenen Jahr etwa doppelt so schnell zu wie das nominale Bruttoinlandsprodukt. Eine neue Finanzkrise würde die chinesische Wirtschaft belasten und die ohnehin noch schwache Belebung der Weltkonjunktur erneut beeinträchtigen.

2. Die Lage im Euroraum

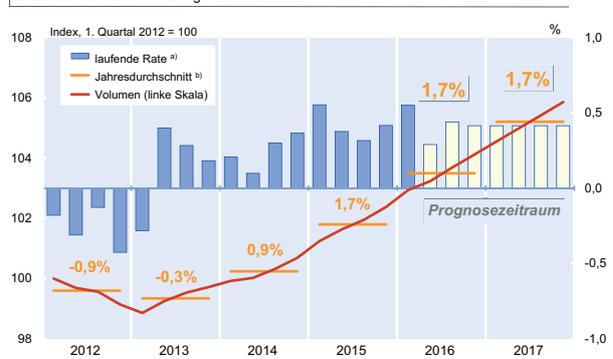
Konjunkturelle Erholung schreitet voran

Die konjunkturelle Erholung im Euroraum hat sich zu Beginn des Jahres 2016 mit leicht erhöhtem Tempo fortgesetzt. So legte das reale Bruttoinlandsprodukt im ersten Quartal gegenüber dem Vorquartal um 0,6% zu. In den Quartalen zuvor lag der Anstieg bei 0,3% bzw. 0,4% (vgl. Abb. 2.1).

Einen deutlichen Zuwachs verzeichnete im ersten Quartal vor allem die Wirtschaft in Deutschland und Spanien, während das reale Bruttoinlandsprodukt in Italien erneut nur unterdurchschnittlich zulegen konnte. Hier wird die konjunkturelle Erholung insbesondere durch die noch ungelösten Probleme im Bankensektor ausgebremst (vgl. Tab. 2.1). Begünstigt wurde die Expansion im Euroraum im ersten Quartal durch

Abb. 2.1

Reales Bruttoinlandsprodukt im Euroraum Saison- und kalenderbereinigter Verlauf



^{a)} Veränderung gegenüber dem Vorquartal in % (rechte Skala).

^{b)} Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.

Quellen: Eurostat; Berechnungen des ifo Instituts; ab 2. Quartal 2016: Prognose des ifo Instituts.

die weiterhin niedrigen Energiepreise sowie den milden Winter. Insbesondere in Deutschland war die Bautätigkeit weit ausreger als sonst üblich zu dieser Jahreszeit.

Einen positiven Beitrag zur realwirtschaftlichen Expansion im Euroraum lieferte in jüngster Zeit insbesondere der Konsum der privaten Haushalte, da deren Budgets durch die rückläufigen Energiepreise merklich entlastet wurden. (vgl. Tab. 2.2). Zudem hat sich der Arbeitsmarkt im Verlauf des vergangenen Jahres weiter belebt. So sank die Arbeitslosenquote von 11,0% im April 2015 auf 10,2% im April 2016, während sich die Zahl der Arbeitslosen um reichlich 1,3 Millionen reduzierte. Dabei verzeichnete Spanien mit knapp 700 000 Personen einen besonders deutlichen Rückgang. In Frankreich und Italien ist die Arbeitslosigkeit hingegen kaum gesunken. Insbesondere ist die gesamtwirtschaftliche Expansion noch zu gering, um einen raschen Beschäftigungsaufbau zu ermöglichen. Des Weiteren dürften die in beiden Ländern eingeleiteten Arbeitsmarktreformen erst nach und nach die Arbeitslosigkeit reduzieren.

Auch vom öffentlichen Konsum gingen zuletzt positive konjunkturelle Impulse aus. Zum einen sind die Renditen für Staatsanleihen äußerst niedrig und lockern die Budgetrestriktionen des Staatssektors spürbar. Zum anderen hat die EU-Kommission den Konsolidierungsdruck auf die Mitgliedsländer erheblich reduziert. So weisen nahezu alle Staatshaushalte seit dem Jahr 2014 sinkende strukturelle Finanzierungssalden aus. Vor allem in Portugal und Spanien hat sich die Haushaltslage merklich verschlechtert.

Die privaten Unternehmen profitierten in den vergangenen Quartalen ebenfalls von verringerten Energiekosten sowie vorteilhaften Finanzierungsbedingungen und investierten verstärkt in neue Anlagen und Maschinen. Die Kapazitätsauslastung hat inzwischen ein Niveau erreicht, das auch Erweiterungsinvestitionen attraktiv erscheinen lässt. Vom Außenhandel kamen hingegen in jüngster Zeit zumeist negative Impulse. So hat sich die Exportdynamik spürbar ab-

Tab. 2.1
Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in der Europäischen Union

	Gewicht BIP in %	Bruttoinlandsprodukt ^{a)}				Verbraucherpreise ^{b)}				Arbeitslosenquote ^{c)}			
		Veränderung in %								in %			
		2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
Deutschland ^{a)}	20,8	1,6	1,4	1,7	1,8	0,8	0,1	0,4	1,5	5,0	4,6	4,5	4,5
Frankreich	15,6	0,6	1,3	1,5	1,2	0,6	0,1	0,1	1,4	10,3	10,4	9,8	9,5
Italien	12,0	-0,3	0,8	1,1	1,2	0,2	0,1	0,0	1,0	12,7	11,9	11,3	10,9
Spanien	7,8	1,4	3,2	3,2	2,6	-0,2	-0,6	-0,6	1,4	24,5	22,1	20,3	19,5
Niederlande	4,8	1,0	2,0	1,4	1,4	0,3	0,2	0,3	1,5	7,4	6,9	6,4	6,2
Belgien	2,9	1,3	1,4	1,5	1,3	0,5	0,6	1,5	1,8	8,5	8,5	8,6	8,5
Österreich	2,4	0,4	0,9	1,6	1,6	1,5	0,8	0,6	1,7	5,6	5,7	5,7	5,5
Finnland	1,5	-0,7	0,5	0,9	1,1	1,2	-0,2	0,1	1,0	8,7	9,4	9,2	9,0
Griechenland	1,3	0,7	-0,2	-0,9	1,3	-1,4	-1,1	-0,3	0,2	26,5	24,9	24,2	23,9
Portugal	1,3	0,9	1,5	0,9	1,5	-0,2	0,5	0,3	1,0	14,1	12,6	11,9	11,4
Irland	1,3	5,2	7,8	5,6	2,8	0,3	0,0	0,2	1,2	11,3	9,4	8,5	8,2
Slowakei	0,5	2,5	3,6	3,5	3,2	-0,1	-0,3	-0,1	1,5	13,2	11,5	10,0	9,5
Slowenien	0,3	3,0	2,9	2,3	2,5	0,4	-0,8	-0,5	1,5	9,7	9,0	8,5	8,0
Luxemburg	0,3	4,1	4,8	4,1	2,2	0,7	0,1	0,1	1,4	6,0	6,4	6,2	5,6
Litauen	0,3	3,0	1,6	2,6	2,5	0,2	-0,7	0,8	1,5	10,7	9,1	9,0	8,5
Lettland	0,2	2,4	2,7	1,2	2,5	0,7	0,2	0,5	2,0	10,8	9,9	10,5	10,0
Zypern	0,1	-2,5	1,6	1,8	2,6	-0,3	-1,5	-1,1	0,1	16,1	15,1	11,9	11,2
Estland	0,1	2,9	1,1	1,5	2,5	0,5	0,1	0,3	2,5	7,4	6,2	6,5	6,5
Malta	0,1	3,7	6,3	4,4	2,5	0,8	1,2	0,8	1,8	5,8	5,4	4,6	4,0
Euroraum^{d)}	73,5	0,9	1,7	1,7	1,7	0,4	0,0	0,1	1,4	11,6	10,9	10,3	10,0
Vereinigtes Königreich	14,9	2,9	2,3	2,0	2,2	1,5	0,0	0,2	1,8	6,1	5,3	4,9	4,8
Schweden	3,2	2,3	4,2	3,7	2,7	0,2	0,7	1,1	2,0	7,9	7,4	6,7	6,2
Dänemark	1,9	1,3	1,2	0,9	1,5	0,4	0,2	0,2	1,7	6,6	6,2	5,8	5,6
EU 22^{4d)}	93,5	1,3	1,9	1,8	1,8	0,6	0,1	0,2	1,5	10,5	9,8	9,2	9,0
Polen	2,9	3,3	3,6	2,4	3,0	0,1	-0,7	-0,3	1,5	9,0	7,5	7,0	6,5
Tschechien	1,2	2,0	4,2	2,3	2,8	0,4	0,3	0,5	1,5	6,1	5,1	4,0	4,0
Rumänien	1,1	3,0	3,8	4,6	3,6	1,4	-0,4	-1,0	2,5	6,8	6,8	6,7	6,5
Ungarn	0,7	3,7	2,9	1,2	2,5	0,0	0,1	0,5	2,0	7,7	6,8	6,0	6,0
Kroatien	0,3	-0,4	1,6	1,5	2,0	0,2	-0,3	-0,5	0,5	17,3	16,3	15,0	14,0
Bulgarien	0,3	1,5	3,0	2,9	3,0	-1,6	-1,1	-1,0	0,5	11,4	9,2	7,8	7,5
Neue Mitglieder^{e)}	7,9	2,8	3,4	2,6	2,9	0,2	-0,4	-0,2	1,6	9,0	7,8	7,2	6,9
EU 28^{d)}	100,0	1,4	2,0	1,8	1,8	0,5	0,0	0,1	1,5	10,2	9,4	8,8	8,5

^{a)} Die Zuwachsraten sind um Kalendereffekte bereinigt, außer für Irland und Slowakei. – ^{b)} Harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI). – ^{c)} Standardisiert. – ^{d)} Gewichteter Durchschnitt der aufgeführten Länder. – ^{e)} Gewichteter Durchschnitt aus der Slowakei, Slowenien, Litauen, Lettland, Estland, Polen, Tschechien, Rumänien, Ungarn, Kroatien und Bulgarien.

Quelle: Eurostat; OECD; IWF; 2016 und 2017 Prognose des ifo Instituts.

geschwächt, während die Importtätigkeit anhaltend lebhaft war. Zwar ist der Euro gegenüber den meisten Währungen weiterhin recht günstig. Jedoch gewann er zuletzt wieder an Wert, so dass sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit des Euroraums etwas verschlechterte.

Die Verbraucherpreise im Euroraum sind weiterhin leicht rückläufig. So lag die jährliche Gesamtinflationsrate im Mai 2016 bei -0,1%. Der Preisrückgang ist aber vor allem den im Vergleich zum Vorjahr weiterhin niedrigeren Energiepreisen geschuldet (-8,1%). Die Kerninflationsrate (ohne Energie sowie unverarbeitete Lebensmittel) betrug zuletzt 0,8%.

Kreditvergabe zieht an

Die expansive Ausrichtung der Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) erscheint angesichts des geringen Preis-

auftriebs sowie der noch unterausgelasteten Produktionskapazitäten angemessen. Nach Schätzungen des ifo Instituts beträgt die Produktionslücke zurzeit -1,8%; und sie dürfte sich im Prognosezeitraum nur langsam reduzieren (vgl. Kasten »Zum Expansionsgrad der Geldpolitik der EZB«).

Da die EZB eine dauerhafte Abweichung der Inflationsrate von ihrer mittelfristigen Zielmarke von unter aber nahe 2% befürchtet, hat sie in jüngster Zeit eine Vielzahl von Maßnahmen beschlossen, die insbesondere auch auf eine Belebung der Kreditvergabe abzielen. So wurden der Hauptrefinanzierungssatz auf 0% und der Einlagesatz auf -0,4% gesenkt. Darüber hinaus erwirbt das Eurosystem im Rahmen von Ankaufprogrammen Staats- und Unternehmensanleihen sowie besicherte Wertpapiere in Höhe von 80 Mrd. Euro pro Monat. Die Ankäufe sollen bis mindestens März 2017 fortgeführt werden und die Bilanzsumme von derzeit reichlich 3 Billionen auf etwa 4 Billionen Euro erhöhen. Nicht zuletzt

Tab. 2.2
Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung im Euroraum

	2014	2015	2016	2017
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %				
Reales Bruttoinlandsprodukt	0,9	1,7	1,7	1,7
Privater Konsum	0,8	1,7	1,7	1,6
Staatskonsum	0,8	1,3	1,6	1,4
Bruttoanlageinvestitionen	1,3	2,9	2,9	3,0
Vorratsveränderungen ^{a)}	0,0	0,0	0,1	0,0
Inländische Verwendung ^{a)}	0,9	1,8	2,2	1,8
Exporte	4,1	5,3	2,8	4,3
Importe	4,5	6,1	4,3	5,3
Außenbeitrag ^{a)}	0,0	-0,1	-0,5	-0,1
Verbraucherpreise ^{b)}	0,4	0,0	0,1	1,4
In % des nominalen Bruttoinlandsprodukts				
Budgetsaldo ^{c)}	-2,6	-2,1	-2,0	-1,8
Leistungsbilanzsaldo	3,0	3,6	3,5	3,4
In % der Erwerbspersonen				
Arbeitslosenquote ^{d)}	11,6	10,9	10,3	10,0

^{a)} Wachstumsbeitrag. – ^{b)} Harmonisierter Verbraucherpreisindex. – ^{c)} Gesamtstaatlich. – ^{d)} Standardisiert.

Quelle: Eurostat, Europäische Kommission; ILO; Berechnungen des ifo Instituts; 2016 und 2017: Prognose des ifo Instituts.

wird die EZB den Banken im Euroraum erneut gezielte längerfristige Refinanzierungsgeschäfte zu äußerst günstigen Konditionen anbieten.

An den Geldmärkten sind die Zinssätze im Zuge der Leitzinssenkung weiter gefallen. Sowohl der Zinssatz für Tagesgeld (EONIA) als auch der für Dreimonatsgeld (EURIBOR) lagen im Mai 2016 nur leicht höher als der Einlagesatz (vgl. Abb. 2.4).

Auch an den Kapitalmärkten sind die Umlaufrenditen für Staats- und Unternehmensanleihen anhaltend rückläufig. So sank jene für Staatsanleihen höchster Bonität (AAA) seit Jahresanfang um fast 60 Basispunkte auf zuletzt noch 0,2%. Auch die Renditen von Staatsanleihen bonitätsschwacher Länder (Griechenland, Irland, Italien, Portugal und Spanien) gingen zurück. Besonders gefragt waren zuletzt vor allem Unternehmens-

Kasten

Zum Expansionsgrad der Geldpolitik der EZB

Seit Ende 2008 hat die EZB ihren geldpolitischen Kurs kontinuierlich gelockert. Neben der Senkung des Hauptrefinanzierungssatzes auf 0% ergriff sie dabei eine Reihe unkonventioneller Maßnahmen, mit denen unter anderem auch die längerfristigen Zinsen im Euroraum gesenkt werden sollen. Ein Urteil darüber, ob der gegenwärtige Expansionsgrad der Geldpolitik angemessen ist, kann nur gefällt werden, wenn der tatsächliche Zins mit einem Zins verglichen wird, der sich bei der aktuellen konjunkturellen Situation optimalerweise einstellen sollte. Allerdings ist dieser Referenzzins nicht beobachtbar und muss empirisch ausgehend von normativ-modelltheoretischen Überlegungen geschätzt werden.

Solche Überlegungen legen nahe, dass der Zinssatz einer Volkswirtschaft im Optimum immer gerade so hoch sein sollte, dass die Produktionskapazitäten normal ausgelastet sind (also die Produktionslücke geschlossen ist) und die Inflationsrate dem Inflationsziel entspricht (also die Inflationslücke geschlossen ist). Häufig spricht man deshalb vom gleichgewichtigen oder natürlichen Zins, bei dem die gewünschte Ersparnis einer Volkswirtschaft (das Kapitalangebot) den gewünschten Investitionen (der Kapitalnachfrage) entspricht. Zudem zeigen solche Modelle, dass der natürliche Zins keineswegs konstant sein muss, sondern sich aus einer Vielzahl von Gründen über die Zeit hinweg ändern kann. So variiert er in der Regel mit kurzfristigen konjunkturellen Schocks und ist daher in einer Rezession niedriger als in einem Boom (vgl. Cúrdia et al. 2015). Aber auch mittelfristig (also unter Ausblendung kurzfristiger konjunktureller Schwankungen) kann sich der natürliche Zins ändern, etwa wenn es zu einer Veränderung der Trendwachstumsrate der Produktivität und mit hin zu einer Veränderung der Potenzialwachstumsrate kommt (vgl. Laubach und Williams 2016).

Diese mittelfristige Interpretation des natürlichen Zinses spielt bei der Beurteilung der geldpolitischen Ausrichtung im Rahmen einer geschätzten Reaktionsfunktion eine wichtige Rolle (vgl. Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose 2010; Wollmershäuser 2013). Nach einer solchen sog. Taylor-Regel kann das der konjunkturellen Situation angemessene Niveau des Leitzinses einer Notenbank anhand der vorherrschenden Inflations- und der Produktionslücke ermittelt werden, die zum mittelfristigen natürlichen Zins addiert werden. Da beispielsweise in einer Rezession die Inflations- und die Produktionslücke negativ sind, sollte die Notenbank einen expansiven Kurs einschlagen und ihren Leitzins unter den mittelfristigen natürlichen Zins senken. Weicht die Notenbank bei ihrer Zinssetzung vom Taylor-Zins nach unten bzw. nach oben ab, wird die Ausrichtung der Geldpolitik als zu expansiv bzw. zu restriktiv beurteilt (vgl. Taylor 2016).¹

Der Vorteil des Reaktionsfunktions-Ansatzes ist die Einfachheit der empirischen Umsetzung. Meist wird die Produktionslücke im Rahmen einer univariaten Trend-Zyklus-Zerlegung aus der Zeitreihe des realen Bruttoinlandsprodukts bestimmt; die daraus resultierende Trendwachstumsrate dient häufig als Approximation des mittelfristigen natürlichen Zinses. Hingegen muss der kurzfristige natürliche Zins durch Identifikation der konjunkturellen Schocks aus einem gesamtwirtschaftlichen Modell abgeleitet werden. Zwar ist die Spezifikation und Schätzung solcher Modelle vergleichsweise aufwändig und mit Unsicherheit behaftet (vgl. Beyer und Wieland 2016).² Allerdings hat der modellbasierte Ansatz den Vorteil, dass der natürliche Zins aus einer theoretisch fundierten und simultanen Schätzung

¹ So argumentierte John B. Taylor, dass die US-amerikanische Geldpolitik in den Jahren zwischen 2000 und 2006 zu expansiv gewesen und deshalb mitverantwortlich für das Entstehen der US-Immobilienblase gewesen sei, da der Leitzins der Federal Reserve in dieser Zeit deutlich unterhalb des Taylor-Zinses lag.

² Die Unsicherheit resultiert dabei nicht nur aus der üblichen Schätzunsicherheit, sondern auch aus der Unsicherheit im Hinblick auf die Spezifikation des richtigen Modells. Aus diesem Grund warnen manche Ökonomen davor, auf Basis der Schätzungen von natürlichen Zinsen weitreichende, insbesondere fiskalpolitische Maßnahmen zu begründen, die beispielsweise von den Anhängern der säkularen Stagnationsthese gefordert werden.

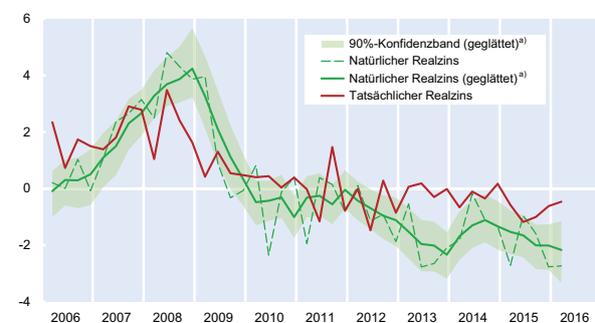
der Produktions-, Inflations- und Zinslücke (also der Abweichung des tatsächlichen vom natürlichen Zins) abgeleitet wird. Zudem können die Ursachen der Änderungen sowohl der beobachtbaren Variablen (z.B. Zins, Inflationsrate, Bruttoinlandsprodukt) als auch der unbeobachtbaren Variablen (natürlicher Zins, natürliche bzw. trendmäßige Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts) im Zeitablauf bestimmt und diskutiert werden. Für die vorliegende Analyse wurde ein dynamisches stochastisches allgemeines Gleichgewichtsmodell für den Euroraum über den Zeitraum vom ersten Quartal 1999 bis zum ersten Quartal 2016 geschätzt (vgl. Hristov 2016). Das tatsächliche Zinsniveau wurde in Form eines kurzfristigen Realzinses gemessen, der sich aus dem kurzfristigen Nominalzins abzüglich der erwarteten Inflationsrate ergibt. Die erwartete Inflationsrate wurde mit der Modellprognose für die Kerninflationsrate (also der Inflationsrate ohne Veränderung der Preise für Energie und unverarbeitete Lebensmittel) für das nächste Quartal approximiert. Als kurzfristiger Nominalzins wurde der Dreimonatsgeldmarktsatz (EURIBOR) verwendet. Die Schätzungen legen nahe, dass der kurzfristige und damit der konjunkturellen Situation angemessene Realzins derzeit bei $-2,2\%^3$ und somit deutlich unterhalb des mittelfristigen neutralen Realzinses (der auf etwa $0,5\%$ geschätzt wird) liegen sollte (vgl. Abb. 2.2). Deshalb ist eine expansive Ausrichtung der Geldpolitik im Euroraum aus konjunktureller Sicht grundsätzlich angemessen. Da die Produktionslücke im Euroraum negativ ist und nach dieser Schätzung aktuell etwa $-1,8\%$ beträgt (vgl. Abb. 2.3), und da die Kerninflationsrate mit derzeit $0,8\%$ unterhalb des Inflationsziels der EZB von unter, aber nahe 2% liegt, müsste die Politik der EZB nach dieser Analyse – gemessen am tatsächlich herrschenden Realzins in Höhe von $-0,5\%$ – eigentlich noch expansiver sein, um den zur Schließung der Produktions- und Inflationslücken notwendigen nachfrageseitigen Impuls für die Wirtschaft im Euroraum zu geben.

Allerdings stellt sich die Frage, ob die EZB in der Lage ist, den Expansionsgrad mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln überhaupt noch zu erhöhen. Zwar könnte argumentiert werden, dass der tatsächliche Expansionsgrad der Geldpolitik aufgrund der Vielzahl unkonventioneller Maßnahmen der EZB höher sei, als er durch den aktuellen realen Geldmarktzins angezeigt wird. Hypothetische Maße für den Expansionsgrad der Geldpolitik, die die Nullzinsschranke bei Nominalzinsen umgehen, kommen beispielsweise zu dem Ergebnis, dass der nominale Schattenzinssatz der EZB derzeit bei unter -4% und damit deutlich unterhalb des derzeitigen nominalen Geldmarktzinses von $-0,2\%$ liegt (vgl. Wu und Xia 2016).⁴ Allerdings würde eine solche Modifikation der Analyse die getroffene Schlussfolgerung nicht ändern, solange sich an der beobachtbaren massiven Unterauslastung der gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten und der schwachen Preisentwicklung im Euroraum nichts ändert.

Auch sollte die mit der vorliegenden Schätzung verbundene Unsicherheit bei der Formulierung von Politikmaßnahmen berücksichtigt werden. Die reine Schätzunsicherheit bei dem verwendeten Modell wird anhand der Konfidenzbänder dargestellt. Demnach liegt der kurzfristige natürliche Realzins mit einer Wahrscheinlichkeit von 90% in einem Band zwischen $-3,3$ und $-1,1\%$. Aber auch die Wahl des Modells an sich erzeugt eine zusätzliche Unsicherheit. Beurteilt man beispielsweise die Angemessenheit der EZB-Politik anhand einer Taylor-Regel unter Verwendung der im Rahmen des obigen Modells geschätzten Werte für den mittelfristigen neutralen Realzins und die Produktionslücke, ergibt sich ein nominaler Taylor-Zins in Höhe von $-0,2\%$.⁵ Demnach wäre die Geldpolitik der EZB nach dieser Norm derzeit angemessen ausgerichtet.

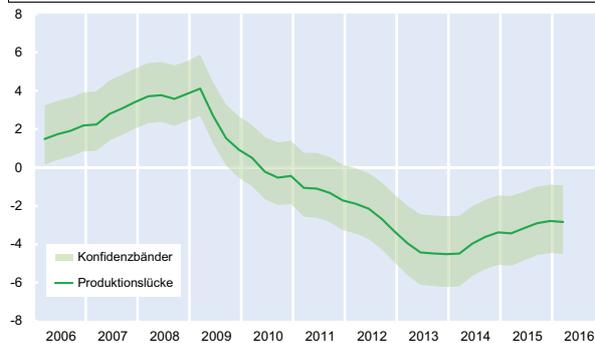
Schließlich muss bei jeder Erhöhung des Expansionsgrades an der Nullzinsschranke (beispielsweise über eine Ausweitung der unkonventionellen Maßnahmen) zwischen den erzeugten konjunkturellen Impulsen und den damit einhergehenden langfristigen Risiken abgewogen werden. So stellen die anhaltend niedrigen Kapitalmarktzinsen eine erhebliche Belastung für Lebensversicherungen und Pensionskassen dar. Zuletzt aufgekommene Zweifel an der Nachhaltigkeit der in der Vergangenheit getätigten Leistungsversprechen verunsichern zunehmend Sparer und Anleger. Auch die Banken werden durch die unkonventionellen Maßnahmen der EZB und insbesondere den negativen Einlagezins belastet. Da der aggregierte Bankensektor eine hohe Überschussliquidität bei der EZB hält, wirkt der negative Einlegesatz wie eine zusätzliche Steuer und schwächt somit die Eigenkapitalausstattung der Institute. Nicht zuletzt führt der jüngst begonnene Direktkauf von Unternehmensanleihen zu einer Verzerrung der Kapitalallokation, da der Zins seine Lenkungs-funktion teilweise einbüßt. Es besteht die Gefahr, dass die EZB die Unternehmensanleihen zu überhöhten Kursen kauft und marode Firmen so ihre Kreditrisiken auf die Notenbankbilanz abwälzen. Angesichts dieser negativen Nebenwirkungen der unkonventionellen Maßnahmen der EZB sollten alternative Politiken in Betracht gezogen werden, die den natürlichen Realzins erhöhen und damit die

Abb. 2.2
Tatsächlicher und natürlicher Realzins
Prozent



³⁾ Gleitender Durchschnitt über 4 Quartale.
Quelle: Europäische Zentralbank; Eurostat; Berechnungen des ifo Instituts.

Abb. 2.3
Produktionslücke (jährlich)
Prozentpunkte



Quelle: Europäische Zentralbank; Berechnungen des ifo Instituts.

³⁾ Da der kurzfristige neutrale Realzins sehr volatil ist, wird häufig für normative Aussagen ein gleitender Durchschnitt als Referenz verwendet.

⁴⁾ Vgl. die von Jing Cynthia Wu auf ihrer Homepage (<http://faculty.chicagobooth.edu/jing.wu/research/data/WX.html>) zur Verfügung gestellten Daten sowie die dazugehörige Veröffentlichung.

⁵⁾ Die Taylor-Regel lautet: $i = r_n + \pi_0 + 1,5(\pi - \pi_0) + 0,5 y$, wobei i den nominalen Taylor-Zins, $r_n = 0,5\%$ den mittelfristigen neutralen Realzins, $\pi_0 = 2\%$ das Inflationsziel der EZB, $\pi = 0,8\%$ die Kerninflationsrate und $y = -1,8\%$ die Produktionslücke bezeichnet.

Wirksamkeit der Geldpolitik unterstützen. Dazu zählen Maßnahmen, die das Produktivitätswachstum im Euroraum erhöhen und die Finanzierungsrestriktionen, die in einigen Ländern des Euroraums immer noch fortbestehen, durch eine zügige Restrukturierung des Bankensystems beseitigen.

anleihen, da die EZB im März die Liste der für Ankäufe infrage kommender Anleihen um eben solche ergänzt hatte. Seit Jahresbeginn sind die Renditen für Unternehmensanleihen mit AAA-Rating um knapp 50 und für jene mit BBB-Rating um 70 Basispunkte gefallen.

Für den Prognosezeitraum erscheint ein moderater Anstieg der Kapitalmarkttrenditen wahrscheinlich, auch da sich der allgemeine Preisauftrieb beschleunigen dürfte. Die Ankaufprogramme werden aber wohl die Renditeanstiege begrenzen, da sie das Angebot an Schuldtiteln merklich verknappen.

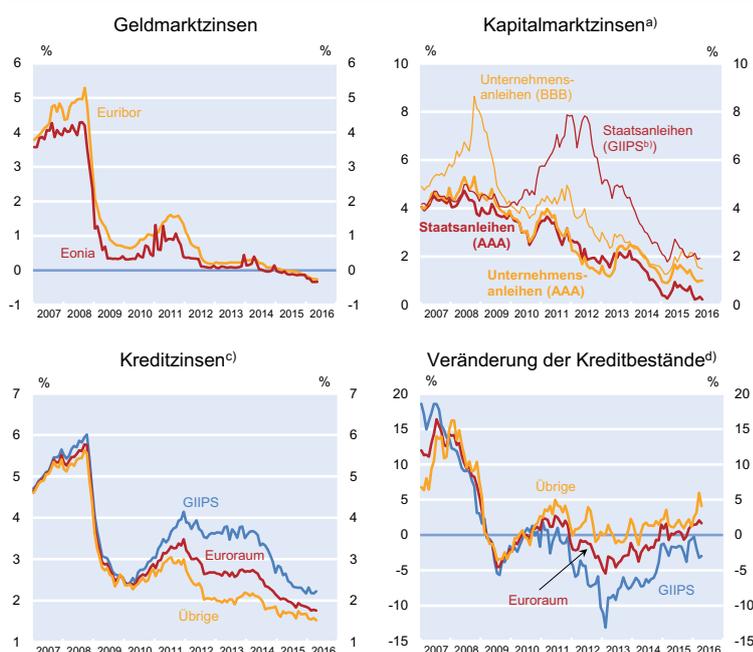
Die Kreditzinsen für nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften im Neugeschäft sind seit Jahresbeginn ebenfalls weiter gesunken, obgleich nicht ganz so stark wie die Kapitalmarkttrenditen. Im Mai 2016 lagen sie im Euroraum insgesamt bei knapp 1,8%. In den bonitätschwachen Mitgliedsländern müssen Unternehmen derzeit im Durchschnitt 70 Basispunkte mehr zahlen als in den bonitätsstarken, was auch den noch immer bestehenden Problemen in den dortigen Bankensektoren geschuldet ist. So ist in Italien der Bestand an ausfallgefährdeten Krediten in den vergangenen Jahren stark gestiegen und beträgt zurzeit etwa 11% im Verhältnis

zum Bruttoinlandsprodukt. Erste Erfolge bei der Gesundung der Bankbilanzen zeigen sich hingegen in Spanien. Hier ist der Bestand an notleidenden Krediten seit Ende des Jahres 2013 von gut 19% auf nun 12% gesunken. Auch in Irland haben die Hilfgelder der EU sowie die konjunkturelle Erholung zu einer Stabilisierung des Bankensektors beigetragen.

Die unterschiedliche Lage in den Bankensektoren der einzelnen Mitgliedsländer ist auch eine Ursache der immer noch höchst unterschiedlichen Entwicklung der Kreditbestände. Während das Volumen ausstehender Kredite in den ehemaligen Krisenländern am aktuellen Rand sinkt, hat sich die Kreditvergabe im Euroraum insgesamt und vor allem in den bonitätsstarken Mitgliedsländern merklich belebt. Hier wirken die geldpolitischen Maßnahmen der EZB besonders anregend, weil die dort ansässigen Banken die Kreditnachfrage der Unternehmen bereitwillig bedienen. Auch für die kommenden drei Monate rechnen die am Bank Lending Survey der EZB beteiligten Banken mit einer anziehenden Kreditnachfrage und gelockerten Kreditvergabebedingungen in diesen Ländern. In den ehemaligen Krisenländern dürften die Kreditbestände weiter sinken, jedoch mit verringertem Tempo.

Alles in allem dürften die Finanzierungsbedingungen für private Unternehmen im Prognosezeitraum günstig bleiben. Der Expansionsgrad der Geldpolitik wird voraussichtlich hoch bleiben und die Kapitalmarkt- sowie Kreditzinsen niedrig. Auch die Lage im Bankensektor dürfte sich weiter verbessern und die Nachfrage nach Unternehmenskrediten moderat zulegen.

Abb. 2.4
Zur monetären Lage im Euroraum



¹⁾ Unternehmensanleihen = Zinsen für Anleihen von Unternehmen mit höchster (AAA) bzw. mittlerer (BBB) Bonität und einer Restlaufzeit von 10 Jahren. Staatsanleihen = Zinsen für Anleihen von Ländern des Euroraums mit höchster Bonität (AAA) bzw. GIIPS und einer Restlaufzeit von 10 Jahren; BIP-gewichtete Durchschnitte. - ²⁾ GIIPS beinhaltet die Länder Griechenland, Irland, Italien, Portugal und Spanien. - ³⁾ Zinsen für Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften im Neugeschäft. (GIIPS ohne Griechenland). - ⁴⁾ Kreditbestände nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften (Gleitender Dreimonatsdurchschnitt in Prozent (annualisiert), saisonbereinigt).

Quellen: Europäische Zentralbank; Reuters; Berechnungen des ifo Instituts.

Ausblick

Die konjunkturelle Erholung im Euroraum wird sich voraussichtlich auch im Prognosezeitraum fortsetzen. Jüngste Unternehmens- und Haushaltsbefragungen deuten für die kommenden Quartale auf ein weiterhin moderates Expansionstempo hin, das hinter dem früherer Aufschwünge zurückbleibt.

Die Konjunktur im Euroraum dürfte im Prognosezeitraum vor allem durch die Binnen- nachfrage gestützt werden. So werden die Konsumausgaben der privaten Haushalte in den kommenden Quartalen wohl weiter zulegen. Zum einen ist der allgemeine Preisauf-

trieb anhaltend gering und Energie äußerst preiswert. Zum anderen sind die Zinsen für Haushaltskredite niedrig und die Geschäftsbanken in den meisten Mitgliedsländern auch bereit, eine steigende Nachfrage zu befriedigen. Zudem wird die Beschäftigung im Prognosezeitraum wohl weiter zulegen und die Löhne moderat steigen. Die Arbeitslosenquote dürfte im Jahr 2016 bei durchschnittlich 10,3% liegen und im kommenden Jahr auf durchschnittlich 10,0% sinken.

Auch die privaten Unternehmen dürften in den kommenden Quartalen verstärkt in neue Anlagen und Maschinen investieren, vor allem auch da die Kreditzinsen sehr niedrig sind. Des Weiteren hat sich der Zugang von Unternehmen zu Bankkrediten in den meisten Mitgliedsländern in jüngster Zeit verbessert. Insbesondere in den ehemaligen Krisenländern Irland und Spanien ist die Restrukturierung des einst angeschlagenen Bankensektors sichtbar vorangeschritten. So wurden marode Institute geschlossen und überlebensfähige Banken mit zusätzlichem Eigenkapital ausgestattet. Letztere sind nun vermehrt fähig und bereit, neue Kreditgeschäfte einzugehen.

Von Seiten des öffentlichen Sektors dürften im Prognosezeitraum ebenso positive Impulse für die Konjunktur im Euroraum ausgehen. Die EU-Kommission geht für die Jahre 2016 und 2017 von sinkenden strukturellen Finanzierungssalden in fast allen Mitgliedsländern aus. Für den Euroraum insgesamt ist mit einem strukturellen Defizit von 1,3% im Jahr 2016 und 1,4% im Jahr 2017 zu rechnen. Im vergangenen Jahr betrug das Defizit lediglich 1,0%.

Nur vom Außenbeitrag ist in diesem und im nächsten Jahr kaum mit einem positiven Impuls zu rechnen. Die Exporttätigkeit dürfte sich in den kommenden Quartalen dank einer anziehenden Nachfrage aus den Schwellenländern zwar etwas beleben. Jedoch wird diese Belebung wohl eher moderat ausfallen, auch da sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit des Euroraums zuletzt leicht verschlechterte. Die Importe dürften hingegen aufgrund der guten Binnennachfrage und steigender Realeinkommen kräftig zulegen.

Alles in allem dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt in diesem und im nächsten Jahr mit jeweils 1,7% zulegen.

Die Produktionslücke dürfte sich im Prognosezeitraum verringern und der Preisaufrtrieb erhöhen. Zudem werden die Effekte früherer Energiepreisrückgänge nach und nach auslaufen. Unter der Annahme real konstanter Energie- und Nahrungsmittelpreise sowie eines unveränderten Euro/US-Dollar-Wechselkurses dürfte die Gesamtinflation im Durchschnitt des Jahres 2016 bei 0,1% liegen. Im kommenden Jahr wird sie wohl auf 1,4% steigen.

3. Aufschwung in Deutschland geht in die zweite Halbzeit

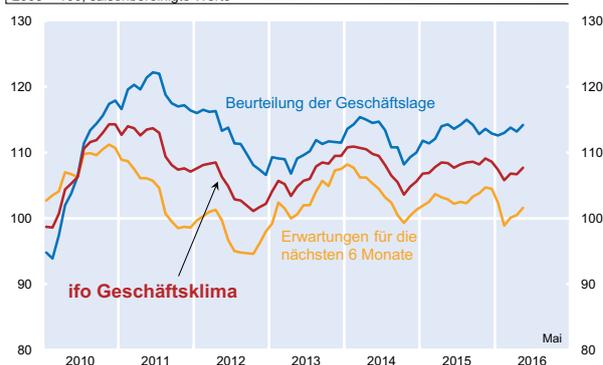
Überblick

In Deutschland ist die gesamtwirtschaftliche Produktion im ersten Quartal 2016 kraftvoll gestiegen. Das reale Bruttoinlandsprodukt nahm saison- und kalenderbereinigt um 0,7% zu, im Jahresendquartal 2015 hatte die Rate bei 0,3% gelegen. Zusammengenommen hat die Produktion im Verlauf des Winterhalbjahrs mit einer Jahresrate von 2% expandiert, und damit schneller als das Produktionspotenzial (1½%). Besonders kräftig stieg die Wertschöpfung nach der Jahreswende im Verarbeitenden Gewerbe und, begünstigt von mildem Winter, auch im Baugewerbe. Die Gangart der Konjunktur dürfte aber nur vorübergehend so hoch gewesen sein; wichtigen Indikatoren zufolge ist das Expansionstempo bereits im zweiten Quartal wieder merklich geringer gewesen: So signalisieren der zwischenzeitliche Rückgang des ifo Geschäftsklimaindex und hier insbesondere die Eintrübung der Geschäftsaussichten (vgl. Abb. 3.1), dass es in Teilen der Wirtschaft zu Besorgnis und Unsicherheit gekommen ist, was die unternehmerischen Dispositionen und damit die Wirtschaftsaktivität im Frühjahr gedämpft haben dürfte. Zudem ist im Baugewerbe nach dem von guter Witterung überzeichneten Ergebnis des ersten Quartals ein Rückpralleffekt zu erwarten.

Verwendungsseitig geht die Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts im ersten Quartal 2016 wie schon im Jahresendquartal 2015 auf den Anstieg der Binnennachfrage zurück: Die Ausrüstungsinvestitionen und hier insbesondere die Kfz-Käufe legten mit 1,9% im Vorquartalsvergleich kräftig zu. Noch stärker expandierten im gleichen Zeitraum die Bauinvestitionen (2,3%), befördert durch die saisonunüblich milde Witterung. Besonders lebhaft war die Nachfrage nach neuen Wohn- und Gewerbebauten. Der private Konsum expandierte nach der Jahreswende in unverändert schwungvollem Tempo weiter (0,4%), befördert von dem Plus an Kauf-

Abb. 3.1

ifo Geschäftsklima gewerbliche Wirtschaft¹⁾
2005 = 100, saisonbereinigte Werte



¹⁾ Verarbeitendes Gewerbe, Bauhauptgewerbe, Groß- und Einzelhandel.
Quelle: ifo Konjunkturtest.

kraft im Gefolge steigender Löhne und erneut gesunkener Ölpreise. Zudem ging die zuvor recht kräftig gestiegene Sparneigung wieder leicht zurück. Langsamer als in den drei vorangegangenen Quartalen haben die staatlichen Konsumausgaben zugenommen. Der deutlich geringere Zustrom an Hilfesuchenden nach der Jahreswende hat die zuvor starke Zunahme der flüchtlingsbedingten Mehraufwendungen gebremst. Der Außenhandel hat demgegenüber – wenngleich in weit geringerem Ausmaß als in der zweiten Jahreshälfte 2015 – einen negativen Beitrag zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts geliefert. Zwar haben die Exporte nach dem Rückgang im Jahresendquartal wieder kräftig angezogen (1,0%), noch stärker nahmen aber die Importe im Zuge der Binnennachfrage zu (1,4%).

Bei alledem setzte sich der Beschäftigungsaufbau sogar beschleunigt fort, von Dezember 2015 bis April 2016 gerechnet stieg die Zahl der Erwerbstätigen saisonbereinigt um 0,5%. Getragen wurde die Zunahme vom Aufbau sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse. Ihre Zahl übertraf im März 2016 das Vorjahresniveau um 681 000 Personen. Zugleich hat die Arbeitslosigkeit weiter abgenommen. Gegenüber dem Vorjahr waren zuletzt 98 000 Personen weniger arbeitslos gemeldet. Der Rückgang ist umso bemerkenswerter, als sich die Flüchtlingsmigration allmählich auch auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar macht: So hat die Arbeitslosigkeit von Personen aus den wichtigsten nichteuropäischen Asylzugangsländern im Mai 2016 nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit das vergleichbare Vorjahresniveau um 72 000 Personen übertroffen (vgl. Bundesagentur für Arbeit 2016).

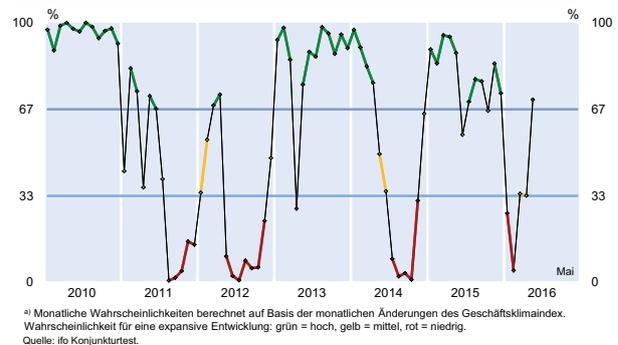
Robuster Aufschwung setzt sich ohne Überhitzungserscheinungen fort

In den Frühjahrsmonaten dürfte sich das Expansionstempo der gesamtwirtschaftlichen Produktion vorübergehend verlangsamt haben, ab den Sommermonaten wird sich die konjunkturelle Schlagzahl dann aber wieder erhöhen. Diese Entwicklung wird vom ifo Geschäftsklima, dem wichtigsten Frühindikator für die deutsche Wirtschaft, angezeigt. Die Wahrscheinlichkeit für eine Fortsetzung der expansiven Wirtschaftsentwicklung, die in den ersten Monaten des Jahres auf überraschend niedrige Werte gesunken war, hat im Mai die wichtige Zwei-Drittelmarke wieder übersprungen. Die ifo Konjunkturampel für die deutsche Wirtschaft steht damit wieder auf grün (vgl. Abb. 3.2).

Die quantitative Prognose für die Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Produktion am aktuellen Rand erfolgt disaggregiert nach Wirtschaftsbereichen. Besonderer Fokus liegt dabei auf der systematischen Nutzung verfügbarer Frühindikatoren der amtlichen Statistik sowie monatlich zur Verfügung stehender Umfragedaten (vgl. Carstensen et al. 2009).

Abb. 3.2

ifo Konjunkturampel Deutschland – gewerbliche Wirtschaft
Wahrscheinlichkeiten für eine expansive Wirtschaftsentwicklung^{*)}

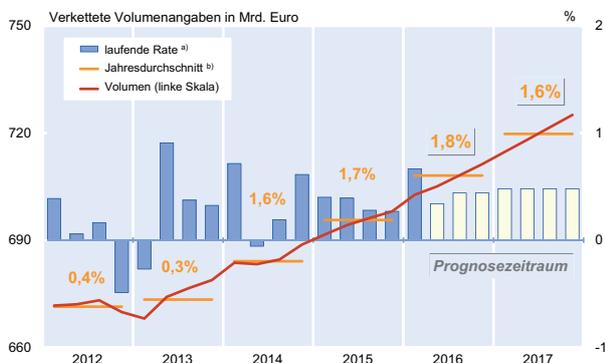


Aufgrund ihrer besonderen Stellung werden den Ergebnissen aus dem ifo Konjunkturtest eine wichtige Rolle beigegeben (vgl. Henzel und Rast 2013). Der Indikatorensetz signalisiert eine Wachstumsrate des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts (saison- und kalenderbereinigt gegenüber dem Vorquartal) von 0,3% im zweiten Quartal und von 0,4% im dritten Vierteljahr. Die verhaltener Expansion im zweiten Quartal ist maßgeblich auf die schwache Entwicklung in der Industrie sowie im Baugewerbe zurückzuführen. Der Dienstleistungssektor wirkt hingegen stabilisierend. Im weiteren Verlauf findet die Industrie aber zu alter Stärke zurück; die ifo Geschäftserwartungen haben sich zuletzt spürbar verbessert. Auch der Rückgang im Baugewerbe, der lediglich eine Normalisierung nach der durch den milden Winter verzerrten Entwicklung im ersten Vierteljahr darstellt, dürfte nur temporärer Natur sein. Die Baufirmen berichten von einer anhaltend günstigen Geschäftsentwicklung bei gleichzeitig hoher Geräteauslastung. Mit dem Anstieg der Produktion in der Industrie dürften auch die Unternehmensdienstleister sowie der Verkehrssektor ihre reale Bruttowertschöpfung weiter ausweiten. Der Handelssektor und die konsumnahen Dienstleister profitieren vom robust expandierenden privaten Konsum. Die Entwicklung im Bereich Grundstücks- und Wohnungswesen wird von der schwungvollen Bautätigkeit beflügelt, bei den öffentlichen Dienstleistern schlägt sich die Flüchtlingsmigration nieder.

Im weiteren Verlauf wird sich der Aufschwung in kaum veränderten Tempo fortsetzen, getragen von der anhaltend schwungvollen Binnennachfrage. Der private Konsum expandiert weiter kräftig vor dem Hintergrund der günstigen Beschäftigungsentwicklung und höherer Transfereinkommen, der öffentliche Konsum verliert allerdings an Fahrt aufgrund des hier unterstellten verringerten Zustroms an Hilfesuchenden. Die Investitionen in Ausrüstungen und Bauten profitieren von den günstigen Finanzierungsbedingungen, die Nachfrage nach Wohnbauten wird zusätzlich durch die hohe Zuwanderung angeregt. Vom Außenhandel sind im Prognosezeitraum weiterhin keine Impulse zu erwarten, Exporte und Importe dürften in ähnlichem Tempo expandieren.

Abb. 3.3

Reales Bruttoinlandsprodukt
Saison- und kalenderbereinigter Verlauf



^{a)} Veränderung gegenüber dem Vorquartal in % (rechte Skala).
^{b)} Zahlenangabe: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; ab 2. Quartal 2016: Prognose des ifo Instituts.

Insgesamt dürfte das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2016 um 1,8% zulegen (vgl. Kasten »Zur Revision der ifo Prognose vom Dezember 2015«) und damit mit einer etwas höheren Rate als im vergangenen Jahr (1,7%). Im Jahr 2017 dürfte sich der reale Anstieg auf 1,6% belaufen (vgl. Abb. 3.3). Kalenderbereinigt, d.h. unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Zahl von Arbeitstagen, nimmt die gesamtwirtschaftliche Produktion in diesem Jahr um 1,7% zu und im nächsten Jahr um 1,8% (vgl. Tab. 3.1). Alles in allem liegt das Anstiegstempo des realen Bruttoinlandsprodukts im Prognosezeitraum nur leicht über der Wachstumsrate des Produktionspotenzials (1½%). Die Produktionslücke wird sich damit zwar weiter verringern und im nächsten Jahr wohl nahezu geschlossen sein, es zeichnen sich aber bei der insgesamt verhaltenen Gangart der Konjunktur keine Überhitzungserscheinungen auf den Güter- und Faktormärkten ab.

Auf dem Arbeitsmarkt wird sich die stabile Grundtendenz bei alledem fortsetzen, jedoch kann der schwungvolle Beschäftigungsaufbau vom Jahresbeginn nicht ganz gehalten werden. Im Prognosezeitraum wird überwiegend die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ausgeweitet wer-

den. Im Durchschnitt des Jahres 2016 steigt die Erwerbstätigenzahl um reichlich 500 000, im Jahr 2017 um 380 000. Die Zahl der Arbeitslosen sinkt im Durchschnitt des laufenden Jahres um 95 000. Im Jahr 2017 dürfte sie dagegen um 35 000 steigen, nicht zuletzt aufgrund der hier unterstellten migrationsbedingten Zunahme des Erwerbspersonenpotenzials. Die Arbeitslosenquote liegt in beiden Jahren voraussichtlich bei 6,1%.

Die Verbraucherpreise dürften im Jahresdurchschnitt 2016 um 0,5% steigen, dämpfend wirkt sich im Vorjahresvergleich das gegenüber 2015 niedrigere Niveau der Energiepreise aus. Nach dem Wegfall dieses Effekts werden die Verbraucherpreise im kommenden Jahr voraussichtlich um 1,5% zulegen.

Der gesamtstaatliche Finanzierungsüberschuss dürfte von 0,6% des nominalen Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2015 auf 0,3% im Jahr 2016 sinken und im kommenden Jahr auf diesem Niveau bleiben (vgl. Tab. 3.2). Maßgeblich hierfür sind die expansiv ausgerichtete Finanzpolitik und die Mehrausgaben im Zusammenhang mit der Flüchtlingsmigration. Die Staatsverschuldung wird dabei weiter sinken. Die Schuldenquote des Staates wird in diesem Jahr bei 68% liegen und im nächsten Jahr bei 65%.

Die Prognoseunsicherheit lässt sich anhand von Intervallen angeben, die die unbekannte Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts mit vorgegebenen Wahrscheinlichkeiten einschließen. Zur Berechnung der konkreten Intervalle für das Jahr 2016 wurden die Prognosefehler des ifo Instituts der Jahre 1992 bis 2015 herangezogen. Gemessen an diesen Prognosefehlern beträgt die Spanne für ein Prognoseintervall, das die Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2016 mit einer Wahrscheinlichkeit von etwa zwei Dritteln (68%) überdeckt, ± 0,6 Prozentpunkte. Bei der vorliegenden Punktprognose von 1,8% reicht das Intervall also von 1,2% bis 2,4%. Die Punktprognose von 1,7% stellt den mittleren Wert dar, der am ehesten erwartet werden kann (vgl. rote Linie in Abb. 3.4). Für das kommende Jahr nimmt die Unsicherheit naturgemäß zu, so dass das entsprechende Prognoseintervall auf ± 1,0 Prozentpunkte ansteigt. Bei der vorliegenden Punktprognose von 1,6% reicht das 68%-Prognoseintervall dann von 0,6 bis 2,6%.

Tab. 3.1

Statistische Komponenten der Veränderungsrate des Bruttoinlandsprodukts

	2014	2015	2016	2017
Statistischer Überhang ^{a)}	0,7	0,5	0,4	0,6
Jahresverlaufsrate ^{b)}	1,5	1,3	1,9	1,9
Jahresdurchschnittliche Veränderung, kalenderbereinigt	1,6	1,4	1,7	1,8
Kalendereffekt ^{c)}	0,0	0,3	0,1	-0,2
Jahresdurchschnittliche Veränderung	1,6	1,7	1,8	1,6

^{a)} Saison- und kalenderbereinigtes reales BIP im vierten Quartal des Vorjahres in Relation zum Quartalsdurchschnitt des Vorjahres. – ^{b)} Saison- und kalenderbereinigtes reales BIP im vierten Quartal in Relation zum entsprechenden Quartal des Vorjahres. – ^{c)} In Prozent des realen BIP.

Quelle: Statistisches Bundesamt; 2016 und 2017: Prognose des ifo Instituts.

Finanzpolitische Rahmenbedingungen

Die Finanzpolitik ist im Prognosezeitraum expansiv ausgerichtet. Allerdings nehmen die fiskalischen Impulse im Zeitverlauf ab. Im laufenden Jahr kam es zu Entlastungen bei der

Tab. 3.2
Eckdaten der Prognose für Deutschland

	2014	2015	2016	2017
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr ^{a)}				
Private Konsumausgaben	0,9	2,0	1,9	1,5
Konsumausgaben des Staates	1,7	2,5	2,4	2,0
Bruttoanlageinvestitionen	3,5	2,2	3,4	2,4
Ausrüstungen	4,5	4,8	3,7	2,9
Bauten	2,9	0,3	3,6	2,1
Sonstige Anlagen	3,1	2,6	2,1	2,4
Inländische Verwendung	1,3	1,6	2,2	1,6
Exporte	4,0	5,4	2,9	4,1
Importe	3,7	5,8	4,1	4,6
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	1,6	1,7	1,8	1,6
Erwerbstätige ^{b)} (1000 Personen)	42 703	43 056	43 570	43 949
Arbeitslose (1000 Personen)	2 898	2 795	2 698	2 732
Arbeitslosenquote BA ^{c)} (in %)	6,7	6,4	6,1	6,1
Verbraucherpreise ^{d)} (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	0,9	0,3	0,5	1,5
Lohnstückkosten ^{e)} (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	1,6	1,7	1,8	1,8
Finanzierungssaldo des Staates ^{f)}				
– in Mrd. EUR	8,4	19,6	10,6	10,6
– in % des Bruttoinlandsprodukts	0,3	0,6	0,3	0,3
Leistungsbilanzsaldo				
– in Mrd. EUR	212,9	257,2	274,5	286,5
– in % des Bruttoinlandsprodukts	7,3	8,5	8,7	8,8

Quelle: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Deutsche Bundesbank; 2016 und 2017: Prognose des ifo Instituts.

Versicherten allein zu tragenden Zusatzbeitrags zur gesetzlichen Krankenversicherung (um durchschnittlich 0,2 Prozentpunkte). Im Jahr 2017 wird der Zusatzbeitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung noch einmal (um rund 0,2 Prozentpunkte) angehoben. Zudem wird der Beitragssatz zur Pflegeversicherung ebenfalls um 0,2 Prozentpunkte erhöht.

Auf der Ausgabenseite wirken verschiedene Maßnahmen im Gesundheitsbereich expansiv. So kommt es im Jahr 2016 zu einer Leistungsausweitung bei der Gesundheitsförderung und der Prävention und zu einer Verbesserung der Versorgungsstrukturen der Krankenhäuser. Im Jahr 2017 werden die Leistungen der gesetzlichen Pflegeversicherung ausgeweitet. Zudem gehen von den investiven Maßnahmen aus dem Koalitionsvertrag, dem Investitionspaket des Bundes sowie dem Wohnungsbauprogramm expansive Impulse aus, die sowohl die Bruttoinvestitionen des Staates als auch den staatlichen Konsum und die staatlichen Vermögenstransfers erhöhen.

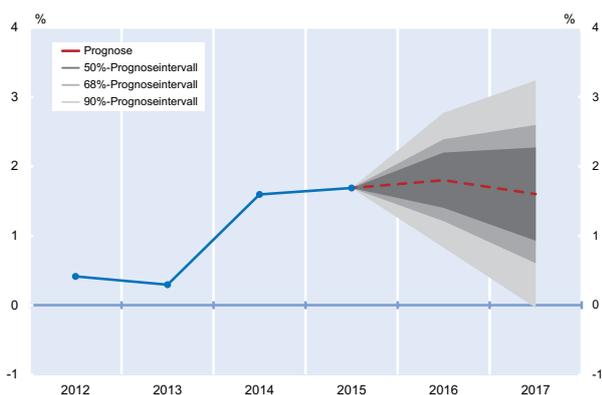
Neben den finanzpolitischen Maßnahmen der Bundesregierung wirken im Prognosezeitraum die Ausgaben im Zusammenhang mit der Flüchtlingsmigration überschussmindernd. Im laufenden Jahr dürften diese Ausgaben um rund 8,0 Mrd. und im kommenden Jahr um etwa 2,7 Mrd. Euro (gegenüber dem jeweiligen Vorjahr) zunehmen (vgl. Tab. 3.3).¹

Lohn- und Einkommensteuer. So wurden zum 1. Januar die Eckwerte des Einkommensteuertarifs angehoben, um die Mehreinnahmen aus der kalten Progression zurückzugeben. Zudem wurden das Kindergeld und der Kinderfreibetrag erhöht. Dämpfend wirkt hingegen die Anhebung des von den

Ohne Berücksichtigung der flüchtlingsbedingten Mehrausgaben belaufen sich die fiskalischen Impulse in den Jahren 2016 und 2017 auf insgesamt rund 0,3 bzw. 0,1% im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt. Unter Berücksichtigung der Mehrausgaben im Zusammenhang mit der Flüchtlingsmigration liegen die expansiven Impulse in den Jahren 2016 und 2017 sogar bei 0,5 bzw. 0,2%.

Abb. 3.4

Prognose für die Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts



Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

Weltwirtschaftliches Umfeld und preisliche Wettbewerbsfähigkeit

Die Prognose basiert auf der Annahme, dass ein Barrel Rohöl der Sorte Brent im Jahr 2016 durchschnittlich

¹ Zu den hier unterstellten Ausgaben, die im Zusammenhang mit der Flüchtlingsmigration entstehen, gehören nicht nur die individuell zurechenbaren monetären Sozialleistungen, die sich auf Basis der aktuellen Flüchtlingszahlen und unter Setzung weiterer Annahmen über die Leistungen pro Kopf ergeben, sondern auch allgemeine Ausgaben, z.B. für die Aufstockung des Personalbestands der Verwaltungsbehörden (etwa beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge), sowie für investive Ausgaben. Da die Asylsuchenden zunehmend individuell untergebracht werden, dürften sich die monetären Sozialleistungen im Jahr 2017 noch einmal erhöhen, während die konsumtiven Leistungen, die unter anderem durch die Unterbringung in Sammelunterkünften entstehen, im Jahr 2017 bereits wieder zurückgehen.

Tab. 3.3
Erhöhung staatlicher Ausgaben im Zusammenhang mit der Flüchtlingsmigration

Veränderung in Mrd. Euro gegenüber Vorjahr	2016	2017
Monetäre Sozialleistungen	3,2	2,9
Staatskonsum	4,4	- 0,3
Investitionen	0,4	0,1
Summe	8,0	2,7

Quelle: Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts.

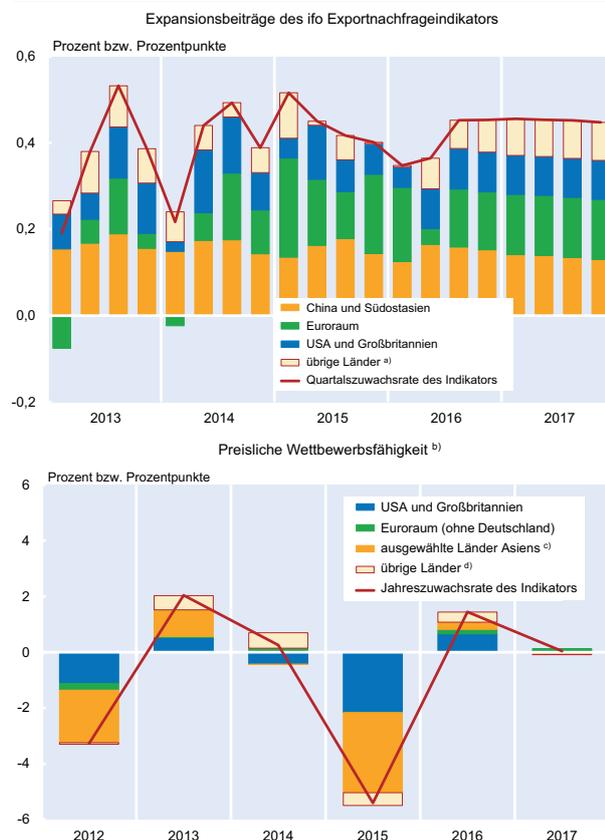
45,4 US-Dollar und im kommenden Jahr 51,0 US-Dollar kostet. Die Wechselkurse werden im Prognosezeitraum konstant fortgeschrieben, so dass das Tauschverhältnis zwischen US-Dollar und Euro in diesem und im kommenden Jahr bei 1,11 liegt.

Das Expansionstempo der Weltwirtschaft wird sich – wie im internationalen Teil dieser Prognose beschrieben – bis in das dritte Quartal 2016 beschleunigen. Danach werden die Zuwachsraten – vor allem aufgrund der Verlangsamung der Dynamik in China – bis zum Ende des Prognosezeitraums leicht abnehmen. Da allerdings der Anteil Chinas an der Weltproduktion größer ist als der Anteil der deutschen Ex-

porte nach China an den gesamten Ausfuhren, legt der ifo Exportnachfrageindikator, der die gesamtwirtschaftlichen Prognosen der wichtigen deutschen Handelspartner gemäß ihrer Bedeutung für die deutschen Exporte zusammenfasst, ab dem dritten Quartal 2016 mit konstanten Raten zu. Zudem werden die abnehmenden Impulse Chinas größtenteils durch eine sich beschleunigende Dynamik in einigen Ländern Osteuropas ausgeglichen. Insgesamt kommt die stärkste Nachfrage nach deutschen Gütern jedoch weiterhin aus Asien und dem Euroraum (vgl. oberes Bild in Abb. 3.5). Von den USA, Großbritannien und den sonstigen Handelspartnern in Lateinamerika, Osteuropa und Japan dürften ebenfalls positive Impulse ausgehen.

Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands gegenüber 37 Handelspartnern auf Basis der Verbraucherpreisindizes dürfte sich in diesem Jahr verschlechtern (vgl. unteres Bild in Abb. 3.5). Im ersten Halbjahr wird dieser Anstieg des Indikators vor allem von der Aufwertung des Euro gegenüber den wichtigsten Währungen getrieben. Im zweiten Halbjahr, unter der Annahme konstanter Wechselkurse, ergibt sich die weitere Verschlechterung dadurch, dass die Preise in Deutschland stärker steigen als jene vieler Handelspartner. In diesem Jahr verschlechtert sich die Wettbewerbsposition insbesondere gegenüber den USA, aber auch gegenüber China und dem Euroraum. Im kommenden Jahr wird die preisliche Wettbewerbsfähigkeit nicht weiter abnehmen. Insgesamt aber ist die Wettbewerbsposition der deutschen Unternehmen, aufgrund der sehr starken Verbesserung zwischen Herbst 2014 und Sommer 2015, weiterhin sehr günstig.

Abb. 3.5
Exportindikatoren



^{a)} Lateinamerika, Osteuropa und Japan. - ^{b)} Indikator der preislichen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands gegenüber 37 Handelspartnern auf Basis der Verbraucherpreise. Ein Anstieg bedeutet jeweils eine Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands. - ^{c)} China, Hongkong, Südkorea, Singapur und Japan. - ^{d)} Dänemark, Schweden, Norwegen, Schweiz, Bulgarien, Kroatien, Litauen, Polen, Rumänien, Tschechien, Ungarn, Kanada und Australien.
Quellen: Deutsche Bundesbank; IWF; OECD; Berechnungen des ifo Instituts; 2016 und 2017: Prognose des ifo Instituts.

Negativer Beitrag des Außenhandels zur BIP-Entwicklung in diesem Jahr

Im ersten Quartal 2016 stieg die Warenausfuhr überraschend stark an.² Deutlich positive Impulse kamen aus Europa, und hier insbesondere aus den Nicht-EU-Staaten, während die Ausfuhren in die USA das dritte Quartal in Folge zurückgingen. Die Exporte nach Asien verharrten auf dem Niveau des Vorquartals, nachdem sie im zweiten Halbjahr 2015 kontinuierlich schrumpften. Die Einnahmen aus Dienstleistungsexporten waren stark rückläufig, was wohl auf eine Gegenreaktion zum überzeichneten vierten Quartal zurückzuführen ist. Die Importe legten stärker zu als die Exporte, vor allem weil sich die Einfuhr von Waren kräftig erhöhte. Real wurden insbesondere mehr Konsumgüter nachgefragt, aber auch zusätzliche Vorleistungsgüter.³ Die Ausgaben für Dienstleistungsimporte wurden nach dem äußerst starken vierten Quartal im ersten Quartal merklich zurückgefahren.

² Insbesondere die monatliche Außenhandelsstatistik hätte auf einen deutlich geringeren Anstieg der Warenausfuhr in Abgrenzung der VGR schließen lassen. Diese Diskrepanz ist wohl auf den starken Anstieg der Einnahmen aus Nichtwährungsgold zurückzuführen.
³ Die entsprechenden nominalen Einfuhrzahlen wurden mit dem Einfuhrpreisindex deflationiert.

Kasten**Zur Revision der ifo Prognose vom Dezember 2015**

Im Dezember 2015 hatte das ifo Institut die jahresdurchschnittliche Veränderungsrate 2016 des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) auf 1,9% veranschlagt. In der vorliegenden Prognose wird an der konjunkturellen Grundeinschätzung vom vergangenen Dezember festgehalten; der binnenwirtschaftlich getriebene Aufschwung setzt sich im Jahr 2016 fort. Allerdings wird die Zuwachsrate des realen BIP in der nun vorliegenden Prognose marginal auf 1,8% zurückgenommen (vgl. Tab. 3.4). Zu dieser leichten Abwärtsrevision trägt einmal bei, dass das konjunkturelle Tempo in der zweiten Jahreshälfte 2015 der aktuellen VGR zufolge etwas geringer ausgefallen ist, als damals veranschlagt worden war. Der statistische Überhang ist damit niedriger als im Dezember 2015 erwartet worden war. Zudem wird in dieser Prognose das Expansionstempo der gesamtwirtschaftlichen Produktion im Jahresverlauf 2016 um 0,2 Prozentpunkte auf 1,9% zurückgenommen.

Auch die Prognosen der Verwendungsaggregate wurden angepasst: Bei der Schätzung des privaten und des öffentlichen Konsums schlägt zu Buche, dass die für das laufende und das kommende Jahr unterstellte Flüchtlingszuwanderung gegenüber der Dezember-schätzung deutlich nach unten korrigiert worden ist (vgl. Kasten »Zu den Arbeitsmarkteffekten der Zuwanderung«). Die spürbare Anhebung der prognostizierten Veränderungsrate der Bauinvestitionen trägt primär dem deutlich höheren Überhang aus dem Vorjahr Rechnung. Die größte Korrektur gab es beim Veränderungsbeitrag des Außenhandels zum realen BIP, was vor allem Folge der schwächeren Einschätzung der weltwirtschaftlichen Dynamik ist. Da die Exportprognose stärker zurückgenommen wurde als die Importprognose, sinkt der Veränderungsbeitrag von null Prozentpunkten auf nunmehr – 0,3 Prozentpunkte.

Tab. 3.4
Prognose und Prognosekorrektur für das Jahr 2016
Verwendung des realen Bruttoinlandsprodukts

	ifo Dezemberprognose 2015		ifo Juni-prognose 2016		Prognosekorrektur für 2016	
	Prognosewerte für 2016		Prognosewerte für 2016		Differenz der Wachstumsraten bzw. - beiträge	
	Veränderung in % gegen- über Vorjahr	Wachstums- beitrag in %- Punkten ^{a)}	Veränderung in % gegen- über Vorjahr	Wachstums- beitrag in %- Punkten ^{a)}	Spalte (3) abzüglich Spalte (1)	Spalte (4) abzüglich Spalte (2)
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)
Inlandsnachfrage	2,1	1,9	2,2	2,1	0,1	0,2
Privater Konsum	2,0	1,1	1,9	1,0	– 0,1	– 0,1
Staatlicher Konsum	3,5	0,7	2,4	0,5	– 1,1	– 0,2
Ausrüstungen	3,5	0,2	3,7	0,2	0,2	0,0
Bauten	2,1	0,2	3,6	0,3	1,5	0,1
Sonstige Anlageinvestitionen	2,4	0,1	2,1	0,1	– 0,3	0,0
Vorratsveränderungen	–	– 0,3	–	– 0,1	–	0,2
Außenbeitrag	–	0,0	–	– 0,3	–	– 0,3
Ausfuhr	4,4	2,0	2,9	1,4	– 1,5	– 0,6
Einfuhr	5,3	– 2,1	4,1	– 1,6	– 1,2	0,5
Bruttoinlandsprodukt	1,9	1,9	1,8	1,8	– 0,1	– 0,1

^{a)} Beiträge der Nachfragekomponenten zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts (Lundberg-Komponenten). Der Wachstumsbeitrag einer Nachfragekomponente ergibt sich aus der Wachstumsrate gewichtet mit dem nominalen Anteil des Aggregats am Bruttoinlandsprodukts aus dem Vorjahr. Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. Angaben für das Bruttoinlandsprodukt: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

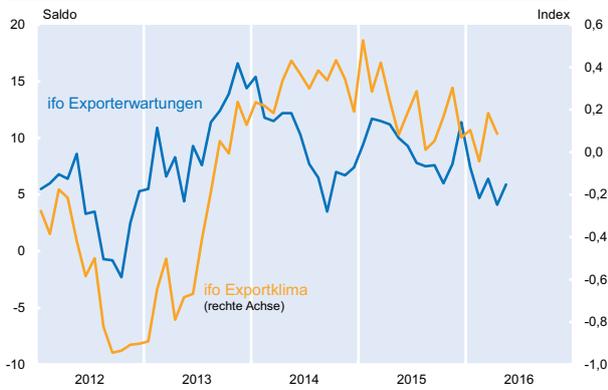
Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

Insgesamt dämpfte damit der Außenhandel rein rechnerisch die Expansion des Bruttoinlandsprodukts.

Im zweiten Quartal werden die Exporte voraussichtlich mit 0,9% ähnlich stark zulegen wie im ersten Quartal. Dafür spricht, dass sich das ifo Exportklima im April gegenüber dem ersten Quartal leicht verbessert hat; positive Impulse auf den Indikator kamen insbesondere von den Einschätzungen der ausländischen Unternehmen, während sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit verschlechtert hat (vgl. Abb. 3.6). Die für April vorliegende nominale Ausfuhr in Abgrenzung des Spezialhandels zog gegenüber dem ersten

Quartal sogar kräftig an. Die Aufträge aus dem Ausland für das Verarbeitende Gewerbe (ohne sonstigen Fahrzeugbau) sind hingegen im April deutlich gegenüber dem Vorquartal gefallen. Allerdings haben die Aufträge im Winterhalbjahr bereits recht kräftig zugelegt, so dass sich der Auftragsbestand seitdem verbessert hat. Gleichzeitig liegen die ifo Exporterwartungen im Durchschnitt der Monate April und Mai unter dem ersten Quartal. Demnach erwarten weniger Firmen positive Impulse aus dem Auslandsgeschäft als im Vorquartal. Die deutliche Beschleunigung der weltwirtschaftlichen Dynamik im dritten Quartal, die vor allem auf die Entwicklung im Euroraum zurückzuführen ist, wird auch die

Abb. 3.6
Frühindikatoren für den Export
Saisonbereinigte Werte

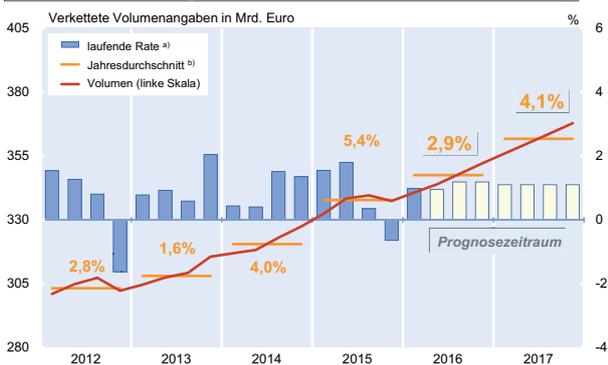


Quelle: ifo Institut.

deutschen Exporte stärker steigen lassen. Im weiteren Verlauf dürfte die Ausfuhrdynamik auf einer ähnlich hohen Rate wie im dritten Quartal verharren, bevor sie sich im kommenden Jahr geringfügig abschwächt. Zum einen wird die weltwirtschaftliche Expansion in etwa das Tempo des dritten Quartals halten können. Zum anderen wirkt die sich in diesem Jahr verschlechternde deutsche Wettbewerbsfähigkeit allmählich dämpfend auf die Ausfuhren. Aufgrund des niedrigen Niveaus zum Ende des Jahres 2015 ist in diesem Jahr mit einem Anstieg des realen Exports um lediglich 2,9% zu rechnen. Im Jahr 2017 dürfte er mit 4,1% expandieren (vgl. Abb. 3.7).

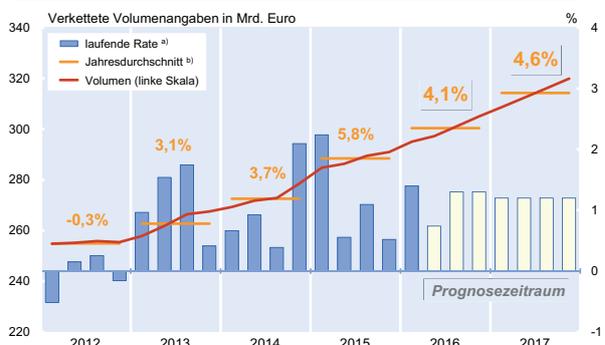
Der Import wird im zweiten Quartal 2016 voraussichtlich deutlich schwächer steigen als im ersten Quartal. Die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe, in die verstärkt Vorleistungsgüter aus dem Ausland eingehen, zog im April nur geringfügig gegenüber dem ersten Quartal an. Die nominale Einfuhr in Abgrenzung des Spezialhandels lag im April hingegen deutlich unter dem ersten Vierteljahr. Im dritten Quartal dürfte die Einfuhr dann mit einer deutlich höheren Rate als im zweiten Quartal expandieren. Der Import wird

Abb. 3.7
Reale Exporte
Saison- und kalenderbereinigter Verlauf



^{a)} Veränderung gegenüber dem Vorquartal in % (rechte Skala).
^{b)} Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; ab 2. Quartal 2016: Prognose des ifo Instituts.

Abb. 3.8
Reale Importe
Saison- und kalenderbereinigter Verlauf



^{a)} Veränderung gegenüber dem Vorquartal in % (rechte Skala).
^{b)} Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; ab 2. Quartal 2016: Prognose des ifo Instituts.

dabei vor allem von der Expansion der Ausfuhren stimuliert, die den Bedarf an ausländischen Vorleistungsgütern weiter erhöhen dürfte. Im weiteren Verlauf verliert die Ausweitung der Einfuhren etwas an Schwung, da sich einerseits die Exporte leicht abschwächen und andererseits von den Ausrüstungsinvestitionen keine zusätzlichen Impulse mehr kommen. Insgesamt dürfte der Import in diesem Jahr um 4,1% expandieren. Im kommenden Jahr wird er voraussichtlich um 4,6% steigen (vgl. Abb. 3.8). Alles in allem wird der Außenhandel damit in diesem Jahr einen negativen Beitrag zur Expansion des Bruttoinlandsprodukts von – 0,3 Prozentpunkten leisten. Im kommenden Jahr dürfte der Außenhandel rechnerisch einen leicht positiven Beitrag von 0,1 Punkten liefern (vgl. Tab. 3.5).

Die Terms of Trade sind im ersten Quartal 2016 deutlich gestiegen. Die Einfuhrpreise reduzierten sich abermals kräftig aufgrund des erneuten Energiepreiserückgangs. Die Ausfuhrpreise fielen, wenn auch weniger stark als die Einfuhrpreise, da die Exporteure insbesondere chemische Erzeugnisse günstiger anboten. Im zweiten Quartal dürften die Terms of Trade in etwa unverändert bleiben. Darauf weisen die vorliegenden Werte für die Außenhandelspreise hin; sowohl die Ein- als auch die Ausfuhrpreise werden voraussichtlich um jeweils 0,4% fallen. Die Preise für Energieimporte dürften sich erneut stark reduzieren; Rückgänge werden wohl aber auch bei den Einfuhrpreisen für chemische Erzeugnisse und Datenverarbeitungsgeräte zu beobachten sein. Das führt wohl auch dazu, dass sich die Ausfuhrpreise für chemische Erzeugnisse und Datenverarbeitungsgeräte reduzieren. Darüber hinaus dürften auch deutsche Kraftfahrzeuge und -teile im Ausland günstiger werden. Im weiteren Prognosezeitraum werden sowohl die Ein- als auch die Ausfuhrpreise leicht beschleunigt zulegen. Aufgrund der in der Tendenz positiven Grunddynamik der Auslandsnachfrage können die inländischen Unternehmen ihre Kostensteigerungen besser auf ihre Abnehmer überwälzen. Gleichzeitig dürfte die Möglichkeit bestehen, bei ausländischen Firmen, aufgrund der stabilen deutschen Konjunktur, höhere Preise durchzusetzen.

Tab. 3.5
Wachstumsbeiträge zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts
 (in Prozentpunkten)

	2015	2016	2017
Konsumausgaben	1,6	1,5	1,2
Private Konsumausgaben	1,1	1,0	0,8
Konsumausgaben des Staates	0,5	0,5	0,4
Bruttoanlageinvestitionen	0,4	0,7	0,5
Ausrüstungen	0,3	0,2	0,2
Bauten	0,0	0,3	0,2
Sonstige Anlagen	0,1	0,1	0,1
Vorratsveränderungen	- 0,5	- 0,1	- 0,1
Letzte inländische Verwendung	1,5	2,1	1,5
Außenbeitrag	0,2	- 0,3	0,1
Exporte	2,5	1,4	1,9
Importe	- 2,3	- 1,6	- 1,8
Bruttoinlandsprodukt^{a)}	1,7	1,8	1,6

^{a)} Veränderung in % gegenüber Vorjahr. Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Quelle: Statistisches Bundesamt; 2016 und 2017: Prognose des ifo Instituts.

zen. Insgesamt werden die Ausführpreise voraussichtlich mit etwas höheren Raten anziehen als die Einfuhrpreise, so dass sich die Terms of Trade in diesem und im kommenden Jahr verbessern dürften. In diesem Jahr werden sie, auch bedingt durch das starke erste Quartal 2016, um kräftige 2,0% steigen. Im kommenden Jahr wird sich der Anstieg wohl auf 0,4% belaufen. Der Leistungsbilanzsaldo in Relation zum Bruttoinlandsprodukt dürfte in diesem Jahr bei 8,7% und im kommenden Jahr bei 8,8% liegen.

Gedämpfte Entwicklung der Ausrüstungsinvestitionen

Die Ausrüstungsinvestitionen sind im ersten Vierteljahr 2016 kräftig um 1,9% gegenüber dem Vorquartal gestiegen. Maßgeblich hierfür war die merkliche Ausweitung der privaten Investitionen in Maschinen, Geräte und Fahrzeuge, welche mit 3% im Vorquartalsvergleich den stärksten Zuwachs seit zwei Jahren verzeichneten. Zu dieser Entwicklung dürften vor allem die bessere Auftragslage sowie die gestiegene Produktion im Verarbeitenden Gewerbe beigetragen haben. Bei den staatlichen Ausrüstungsinvestitionen kam es, nach dem deutlichen Anstieg zum Jahresende 2015, zu einer Gegenreaktion im ersten Quartal des laufenden Jahres.

Im Sommerhalbjahr dürfte sich die positive Grunddynamik der Ausrüstungsinvestitionen abschwächen. So liegen Produktion und Umsätze der Investitionsgüterproduzenten im April 2016 unter dem Wert von Januar, wenngleich ein kräftiger Anstieg gegenüber März zu beobachten ist. Darüber hinaus kam es jüngst zu einem Rückgang der Aufträge der Investitionsgüterproduzenten aus dem In- und Ausland. Diese Entwicklungen spiegeln sich in den ifo Geschäftserwartungen der Investitionsgüterproduzenten, die sich trotz Er-

holung am aktuellen Rand unter ihrem Wert von Ende 2015 befinden, wider (vgl. Abb. 3.9). Überdies ist die Kapazitätsauslastung der Unternehmen im April 2016 gefallen. Es ist daher nur mit geringen Erweiterungsinvestitionen zu rechnen.

Im weiteren Prognosezeitraum wird die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung allerdings wohl wieder steigen, so dass es wieder zu einer stärkeren Zunahme der Ausrüstungsinvestitionen kommen dürfte. So zeigt sich seit Jahresbeginn eine deutliche Belebung der Nachfrage nach Unternehmenskrediten; diese legten zwischen Januar und April annualisiert um gut 5% pro Monat zu. Dazu dürften auch die günstigen Finanzierungsbedingungen beigetragen haben, die sich bereits seit Längerem sowohl an den Ergeb-

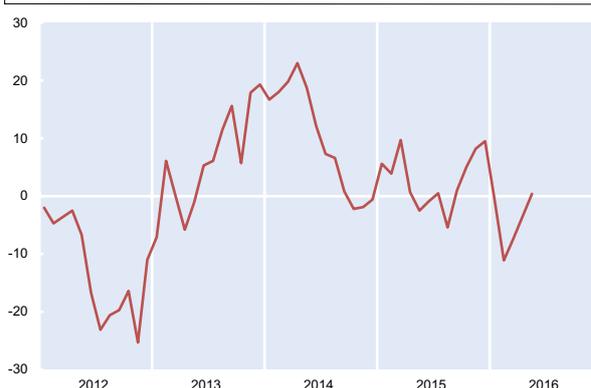
nissen der Befragungen von Unternehmen (Kredithürde) und Kreditinstituten (Bank Lending Survey der EZB) als auch an den niedrigen Kreditzinsen ablesen lassen. Gegen Ende des Prognosehorizonts dürfte es im Einklang mit den Exporten zu einer leichten Verlangsamung des Expansionstempos kommen.

Alles in allem werden die Ausrüstungsinvestitionen in diesem Jahr wohl um 3,7% gegenüber dem Vorjahr zulegen. Für das Jahr 2017 ergibt sich voraussichtlich eine Zunahme in Höhe von 2,9% (vgl. Abb. 3.10).

Bauinvestitionen weiter auf Expansionskurs

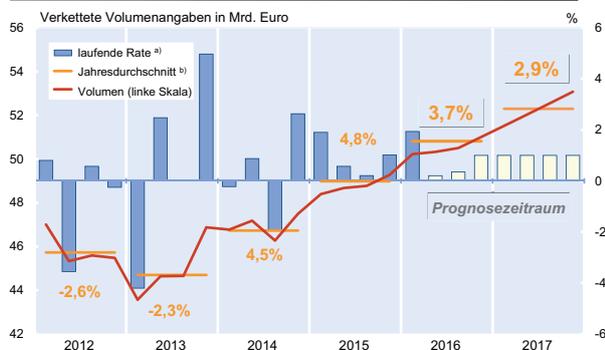
Nachdem die Bauinvestitionen bereits im vierten Quartal 2015 merklich um 2,0% gegenüber dem Vorquartal expandierten, kam es im ersten Quartal dieses Jahres abermals zu einer deutlichen Ausweitung um 2,3%. Der Anstieg der Bauinvestitionen dürfte dabei jedoch von dem außerge-

Abb. 3.9
ifo Geschäftserwartungen für Investitionsgüterproduzenten
 Saldo in %



Quelle: ifo Konjunkturtest.

Abb. 3.10
Reale Investitionen in Ausrüstungen
 Saison- und kalenderbereinigter Verlauf

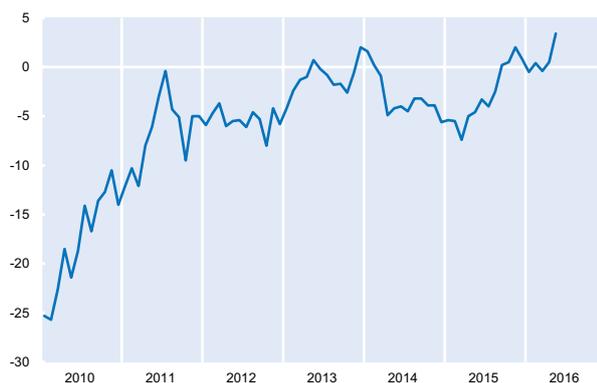


^{a)} Veränderung gegenüber dem Vorquartal in % (rechte Skala).
^{b)} Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.
 Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; ab 2. Quartal 2016: Prognose des ifo Instituts.

wöhnlich milden Winter überzeichnet worden sein. Zudem kamen Impulse aus dem Bedarf nach Wohnraum im Zuge der Flüchtlingsmigration.

Die Wohnungsbauinvestitionen legten im vergangenen Quartal mit 2,1% so kräftig zu wie seit zwei Jahren nicht mehr. Neben der weiterhin hohen Zuwanderung dürfte die anhaltend günstige Lage am Arbeits- und Kreditmarkt sowie die gute Einkommenssituation der privaten Haushalte zur kräftigen Expansion beigetragen haben. Dieser Trend dürfte sich im Prognosezeitraum fortsetzen. So kam es im April mit annualisiert gut 4% zur höchsten Zuwachsrate der Wohnungsbaukredite seit über zehn Jahren. Zudem bewegt sich das ifo Geschäftsklima für das Baugewerbe auf historisch hohem Niveau (vgl. Abb. 3.11). Auch die Auftragseingänge im Wohnungsbau, die Auftragsbestände und die Neubaugenehmigungen zeigen am aktuellen Rand einen kräftigen Anstieg. Allerdings hat der äußerst milde Winter die konjunkturelle Tendenz wohl überzeichnet. Dementsprechend wird es nach dem starken Winterhalbjahr 2015/2016 voraussichtlich saison- und kalenderbereinigt – als technische Gegenreaktion – zu einem Rückgang der Wohnungsbauinvestitionen kommen.

Abb. 3.11
ifo Geschäftsklima im Baugewerbe
 Saldo in %



Quelle: ifo Konjunkturtest.

Im weiteren Prognoseverlauf wird sich der positive Trend der Wohnungsbauinvestitionen wohl fortsetzen. Für das Jahr 2016 werden sie voraussichtlich um 3,2% ausgeweitet; im Jahr 2017 ergibt sich ein Anstieg um 2,3%.

Ähnlich den Wohnungsbauinvestitionen wiesen auch die gewerblichen Bauinvestitionen zu Jahresbeginn mit 3,6% den stärksten Quartalszuwachs seit zwei Jahren auf. Insbesondere die Belegung der Ausrüstungsinvestitionen im gleichen Zeitraum sowie die kurzfristige Investitionsnachfrage zur Umwandlung bestehender Gebäude zwecks Unterbringung von Flüchtlingen dürften sich hier niedergeschlagen haben. Vor dem Hintergrund der abnehmenden Dynamik der Ausrüstungsinvestitionen sowie der geringeren Flüchtlingsmigration wird es voraussichtlich zu einer Korrektur der gewerblichen Bauinvestitionen im laufenden Quartal kommen. Mit wieder zunehmender gesamtwirtschaftlicher Kapazitätsauslastung dürfte jedoch wieder verstärkt in gewerbliche Bauten investiert werden. Insbesondere der gewerbliche Hochbau sollte dabei Impulse liefern. Darauf deuten sowohl die noch vollen Auftragsbücher als auch die angestiegenen Neubaugenehmigungen hin. Hier entwickelte sich am aktuellen Rand vor allem der Bereich Handel und Lager positiv. Im laufenden Jahr werden die Investitionen in gewerbliche Bauten voraussichtlich um 3,4% ausgeweitet. Für das Jahr 2017 dürfte sich eine Rate von 1,7% ergeben.

Der öffentliche Bau legte im ersten Quartal 2016 nach dem kräftigen Zuwachs zum Jahresende 2015 mit einer geringeren Rate von 0,4% zu. Im Anbetracht weiterhin kräftig ansteigender Auftragseingänge, eines hohen Auftragsbestandes sowie zahlreicher Neubaugenehmigungen dürfte dieser geringe Zuwachs nur eine Reaktion auf die hohe Zuwachsrate im vierten Quartal 2015 gewesen sein. Im Prognosezeitraum dürfte sich vor dem Hintergrund frei werdender Kapazitäten durch die geringere Flüchtlingsmigration der Kommunalinvestitionsförderungsfonds für finanzschwache Kommunen bemerkbar machen. Weitere Impulse sollten darüber hinaus vom Bundesförderprogramm für den Breitbandausbau kommen. Im laufenden Jahr nehmen die öffentlichen Bauinvestitionen somit voraussichtlich um 5,7% gegenüber dem Vorjahr zu und somit so stark wie zuletzt 1999. Für das kommende Jahr ergibt sich voraussichtlich ein Zuwachs von 2,2%.

Insgesamt dürften die Bauinvestitionen in diesem Jahr spürbar um 3,6% ausgeweitet werden. Im Jahr 2017 ergibt sich ein Zuwachs um 2,1% (vgl. Tab. 3.6 und Abb. 3.12).

Konsumexpansion hält an

Der private Konsum hat im Jahr 2015 mit einer durchschnittlichen Rate von 0,4% pro Quartal recht schwungvoll expandiert. Im ersten Vierteljahr 2016 hat sich der Anstieg der Verbrauchsausgaben mit gleichem Tempo fortgesetzt. Befördert

Tab. 3.6
Reale Bruttoanlageinvestitionen
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	2015	2016	2017
Bauten	0,3	3,6	2,1
Wohnungsbau	1,6	3,2	2,3
Nichtwohnungsbau	- 1,5	4,1	1,8
Gewerblicher Bau	- 1,8	3,4	1,7
Öffentlicher Bau	- 0,6	5,7	2,2
Ausrüstungen	4,8	3,7	2,9
Sonstige Anlagen	2,6	2,1	2,4
Bruttoanlageinvestitionen	2,2	3,4	2,4

Quelle: Statistisches Bundesamt; 2016 und 2017: Prognose des ifo Instituts.

wurde die Konsumkonjunktur durch die weitere Zunahme der Beschäftigung, durch höhere Arbeits- und Transfereinkommen und auch durch steuerliche Entlastungen. So wurden der Grund- und der Kinderfreibetrag erhöht und der Einkommensteuertarif marginal abgesenkt. Bei den Transfers schlug als Plus zu Buche, dass das Kindergeld, die Hartz-IV-Leistungen und das Wohngeld angehoben wurden. Zusätzlich stieg die Kaufkraft der Verbraucher durch den erneuten Rückgang der Heizöl- und Kraftstoffpreise. Schließlich hat die Sparquote im ersten Vierteljahr wieder etwas nachgegeben, die im Jahresendquartal 2015 merklich gestiegen war. Gefragt waren vor allem Einrichtungsgegenstände und Pkw.

Den Frühindikatoren zufolge dürfte sich die Expansion des privaten Konsums im Frühjahr verlangsamt haben. So haben die realen Einzelhandelsumsätze im April enttäuscht; saisonbereinigt unterschritten sie sogar den Durchschnittswert des ersten Quartals deutlich. Allerdings sind das Konsumentenvertrauen und die Bereitschaft zu größeren Anschaffungen zuletzt spürbar gestiegen (vgl. Abb. 3.13). Die Zahl der von privaten Haltern neu zugelassenen Pkw übertraf im Mittel der Monate April und Mai saisonbereinigt den Durchschnittswert des ersten Quartals. Gestützt wurde die Verbrauchskonjunktur von der guten Beschäftigungssituation; die im Vergleich zum ersten Quartal wieder deutlich höheren Benzin- und Kraftstoffpreise kosteten dagegen Kaufkraft. Jeder Zehntelprozentpunkt mehr Inflation bedeutet für die

privaten Haushalte (auf ein volles Jahr gerechnet) einen Realeinkommensverlust von knapp 2 Mrd. Euro.

In der zweiten Jahreshälfte dürften die privaten Konsumausgaben wieder rascher expandieren. Die monetären Sozialleistungen der privaten Haushalte werden stark beschleunigt zulegen. So werden die gesetzlichen Altersrenten zur Jahresmitte außerordentlich kräftig angehoben (vgl. Bundesagentur für Arbeit und Sozialordnung 2016).⁴ Auch wird der Kindergeldzuschlag um 20 Euro monatlich pro Kind erhöht. Alles in allem dürften die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte um 3,2% expandieren, real um 2,2%. Bei einer leicht erhöhten Sparquote ist im Jahresdurchschnitt 2016 mit einer Zunahme des realen privaten Konsums um 1,9% zu rechnen (vgl. Abb. 3.14).

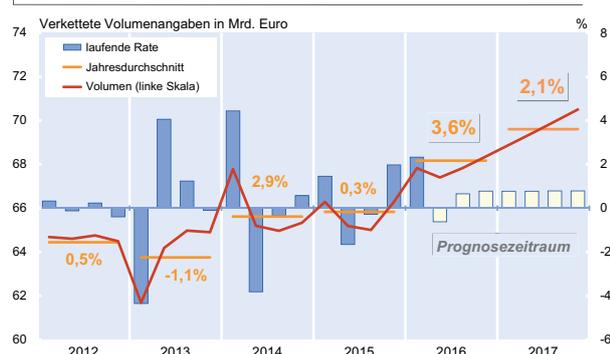
Der Anstieg des privaten Konsums wird sich im kommenden Jahr weiter fortsetzen. Die Bruttolöhne werden um 3,4% deutlich expandieren, netto fällt die Zunahme mit 2,6% deutlich geringer aus. Dämpfend wirkt die Anhebung des Beitragssatzes zur Pflegeversicherung, zudem steigt der von Arbeitnehmern und Transferempfängern allein zu tragende Zusatzbeitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung. Zudem wirkt die Progression des Einkommensteuertarifs wieder voll. Bei den monetären Sozialleistungen wirkt im ersten Halbjahr

Der Anstieg des privaten Konsums wird sich im kommenden Jahr weiter fortsetzen. Die Bruttolöhne werden um 3,4% deutlich expandieren, netto fällt die Zunahme mit 2,6% deutlich geringer aus. Dämpfend wirkt die Anhebung des Beitragssatzes zur Pflegeversicherung, zudem steigt der von Arbeitnehmern und Transferempfängern allein zu tragende Zusatzbeitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung. Zudem wirkt die Progression des Einkommensteuertarifs wieder voll. Bei den monetären Sozialleistungen wirkt im ersten Halbjahr

⁴ Der für die Rentenanpassung 2016 relevante Lohnzuwachs aus dem Vorjahr beträgt 3,78% in den westdeutschen Bundesländern und 5,48% in den ostdeutschen Bundesländern. Dabei kommt ein statistischer Sondereffekt zum Tragen, durch den die anpassungsrelevante Lohnentwicklung um rund einen Prozentpunkt angehoben wird, was die letztjährige Minderung des Rentenanpassungssatzes in gleicher Größenordnung ausgleicht. Neben der Lohnentwicklung schlägt der »Nachhaltigkeitsfaktor« zu Buche, der die Veränderung des Verhältnisses von Rentenbeziehern zu Beitragszahlern berücksichtigt. In diesem Jahr wirkt sich dieser Faktor mit 1,0018 leicht positiv auf die Höhe des Anpassungssatzes aus. Ebenfalls rentenerhöhend (mit einem Zahlenwert von 1,0026) wirkt sich im laufenden Jahr der Faktor »Altersvorsorgeaufwendungen« aus, der die Absenkung des Beitragssatzes zur Rentenversicherung im Jahr 2015 abbildet. Zusammengefasst folgt hieraus eine Rentenerhöhung zur Jahresmitte 2016 von 4,25% in den westdeutschen Bundesländern und von 5,95% in den ostdeutschen Ländern.

Abb. 3.12

Reale Bauinvestitionen
Saison- und kalenderbereinigter Verlauf

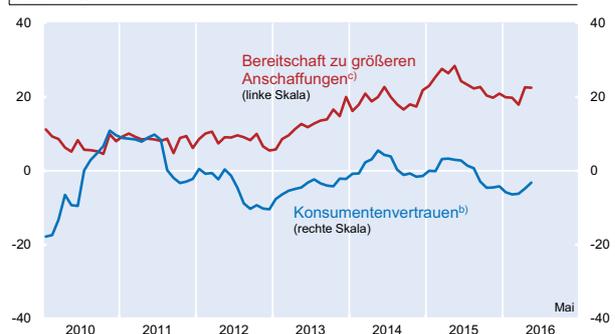


¹⁾ Veränderung gegenüber dem Vorquartal in % (rechte Skala).
²⁾ Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; ab 2. Quartal 2016: Prognose des ifo Instituts.

Abb. 3.13

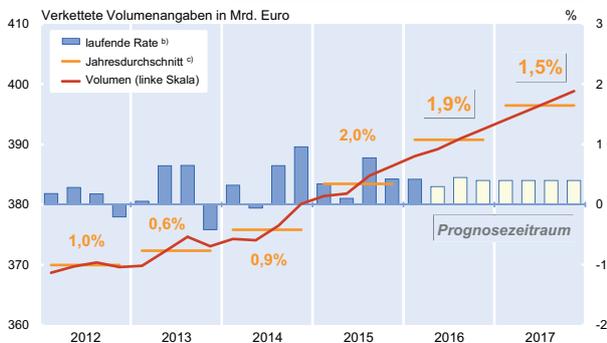
Indikatoren zur Konsumkonjunktur^{a)}
Salden in %



^{a)} Saisonbereinigt. – ^{b)} Mittelwert der Salden in % der Meldungen der privaten Haushalte zu ihrer finanziellen und wirtschaftlichen Lage (in den kommenden zwölf Monaten), Arbeitslosigkeitswartungen (in den kommenden zwölf Monaten) und den Ersparnissen (in den kommenden zwölf Monaten). – ^{c)} Gegenwärtig.
Quelle: Europäische Kommission.

Abb. 3.14

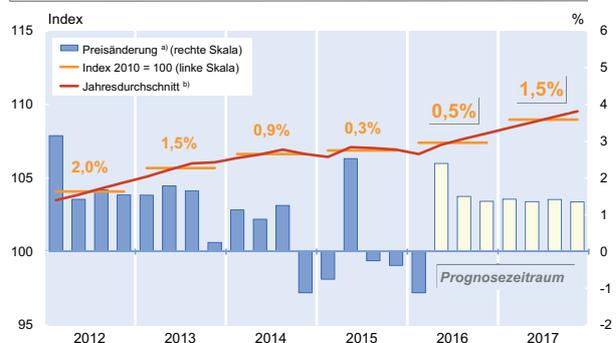
Reale Konsumausgaben der privaten Haushalte^{a)}
Saison- und kalenderbereinigter Verlauf



^{a)} Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.
^{b)} Veränderung gegenüber dem Vorquartal in % (rechte Skala).
^{c)} Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; ab 2. Quartal 2016: Prognose des ifo Instituts.

Abb. 3.15

Verbraucherpreise
Saison- und kalenderbereinigter Verlauf



^{a)} Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %; annualisiert.
^{b)} Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; ab 2. Quartal 2016: Prognose des ifo Instituts.

im Vorjahresvergleich die diesjährige kräftige Rentenerhöhung nach, zudem dürfte die Anpassung der Altersrenten zur Jahresmitte 2017 erneut recht kräftig ausfallen. Darüber hinaus werden im Zuge der steigenden Arbeitslosigkeit von Migranten höhere Zahlungen von Arbeitslosengeld nötig. Insgesamt dürften die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte um 3,0% zulegen. Die Sparquote dürfte langsam weiter steigen. Hierfür sprechen die lebhaftere Wohnbautätigkeit und – vor dem Hintergrund des sinkenden Sicherungsniveaus in der gesetzlichen Rentenversicherung – die Notwendigkeit zur privaten Altersvorsorge. Alles in allem dürften die Verbrauchsausgaben 2017 damit voraussichtlich um 2,8% zulegen, real um 1,5%. Im konjunkturellen Verlauf leistet der private Konsum damit weiter einen beträchtlichen Beitrag zum Anstieg des Bruttoinlandsprodukts (vgl. Tab. 3.7).

Verbraucherpreise steigen spürbar

Der Verbraucherpreisindex (VPI) ist im ersten Quartal 2016 gegenüber dem Vorquartal saisonbereinigt mit einer laufenden Jahresrate von 1,1% gesunken. Maßgeblich hierfür war, dass

die heimischen Preise für Energie aufgrund des erneuten Einbruchs der Notierungen auf den Rohölmärkten kräftig nachgegeben haben. Nachdem sich der Trend bei den Ölpreisen wieder umgekehrt hat, dürfte sich das Verbraucherpreisniveau im zweiten Quartal mit einer laufenden Jahresrate von schätzungsweise 2½% sehr kräftig erhöht haben (vgl. Abb. 3.15). Ohne Energieträger gerechnet sind die Verbraucherpreise im ersten Quartal saisonbereinigt mit einer Jahresrate von 0,8% gestiegen, im zweiten mit einer Jahresrate von 1½%.

Günstig im Hinblick auf die Entwicklung der Verbraucherpreise wirkt sich seit geraumer Zeit die bei Mieten rückläufige Teuerung aus, die sich im Vorjahresvergleich zuletzt (im Mai) nur auf 1,1% (nach 1,5% im Jahresdurchschnitt 2014) belief. Die Wohnungsmieten haben ein Gewicht von 21% im Wägungsschema; sie machen knapp 40% der gesamten Preisentwicklung bei den Dienstleistungen aus. Der überraschend niedrige Anstieg der aktuell gezahlten Mieten im Bundesdurchschnitt⁵ dürfte mit der Einführung einer neuen,

⁵ Nach Berechnungen der Deutschen Bundesbank auf Basis von Preisangaben der bulwiengesa AG belief sich der Anstieg der Neuvertragsmieten im Jahr 2015 auf über 3%.

Tab. 3.7
Quartalsdaten zur Entwicklung der Verwendungskomponenten des realen Bruttoinlandsprodukts^{a)}
Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %

	2014				2015				2016				2017			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Private																
Konsumausgaben	0,3	-0,1	0,6	1,0	0,3	0,1	0,8	0,4	0,4	0,3	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4
Öffentlicher Konsum	0,6	0,4	0,6	0,3	0,7	0,7	0,7	0,9	0,5	0,5	0,5	0,5	0,7	0,3	0,3	0,3
Ausrüstungen	-0,2	0,9	-1,9	2,6	1,9	0,6	0,2	1,0	1,9	0,2	0,3	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0
Bauten	4,4	-3,8	-0,4	0,6	1,4	-1,7	-0,3	2,0	2,3	-0,6	0,6	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8
Sonstige Anlagen	1,9	0,6	0,6	0,7	0,7	0,6	0,7	0,7	0,2	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6
Vorratsinvestitionen ^{b)}	0,0	0,4	-0,7	0,0	-0,1	-0,3	0,0	0,1	0,1	0,0	-0,1	0,0	0,0	0,1	0,0	0,0
Inländische Verwendung	0,8	0,1	-0,4	0,9	0,6	-0,2	0,6	0,9	0,8	0,2	0,4	0,4	0,5	0,5	0,5	0,5
Außenbeitrag ^{b)}	-0,1	-0,2	0,5	-0,2	-0,2	0,6	-0,3	-0,5	-0,1	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Exporte	0,4	0,4	1,5	1,4	1,5	1,8	0,3	-0,6	1,0	0,9	1,2	1,2	1,1	1,1	1,1	1,1
Importe	0,7	0,9	0,4	2,1	2,2	0,6	1,1	0,5	1,4	0,7	1,3	1,3	1,2	1,2	1,2	1,2
Bruttoinlandsprodukt	0,7	-0,1	0,2	0,6	0,4	0,4	0,3	0,3	0,7	0,3	0,4	0,4	0,5	0,5	0,5	0,5

^{a)} Saison- und kalenderbereinigte Werte. – ^{b)} Beitrag zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts in Prozentpunkten (Lundberg-Komponenten).
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; ab 2. Quartal 2016: Prognose des ifo Instituts.

Tab. 3.8
BIP-Deflator
Inflationsbeiträge der Komponenten des BIP-Deflators in Prozentpunkten

	2015	2016	2017
BIP-Deflator ^{a)}	2,1	1,9	1,7
Arbeitnehmerentgelte (Inländer) ^{b)}	1,0	1,1	0,9
Unternehmens- und Vermögenseinkommen ^{b)}	0,6	0,7	0,5
Abschreibungen ^{b)}	0,2	0,1	0,2
Prod.- und Importabgaben abz. Subventionen ^{b)}	0,2	0,0	0,1
Saldo der Primäreinkommen übrige Welt ²⁾	- 0,1	0,0	0,0

^{a)} Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %. – ^{b)} Je Einheit reales Bruttoinlandsprodukt.

Quelle: Statistisches Bundesamt; 2016 und 2017: Prognose des ifo Instituts.

breiter angelegten Mietstichprobe und die dadurch verstärkte Einbeziehung von privaten Kleinvermietern und ländlichen Regionen in die amtliche Preisstatistik zusammenhängen. Zudem trat ab Juni 2015 in bestimmten Kommunen die »Mietpreisbremse« in Kraft (vgl. Bieg und Schäfer 2016).

Im Prognosezeitraum dürfte das Verbraucherpreisniveau weiter leicht beschleunigt steigen. Von den Rohölnotierungen geht zwar annahmegemäß kein weiterer Preisdruck mehr aus, in der vorliegenden Prognose ist wie üblich reale Konstanz unterstellt. Dagegen dürften sich aber die Stromtarife erhöhen, da für das Jahr 2017 mit einem Anstieg der EEG-Umlage zu rechnen ist. Zudem werden die Kosten für den Netzausbau erfahrungsgemäß über höhere Netzentgelte auf die Verbraucher umgelegt. Schließlich nehmen die Arbeitskosten und die Auslastung der Produktionskapazitäten zu, was angesichts der guten Konsumkonjunktur an die privaten Haushalte weitergegeben werden dürfte. Insgesamt dürften die Verbraucherpreise 2016 aufgrund des niedrigen Niveaus zu Jahresanfang um 0,5% und im kommenden Jahr um 1,5% steigen.

Der Deflator des Bruttoinlandsprodukts, der die Kosten der inländischen Leistungserstellung misst, wird im laufenden Jahr voraussichtlich um 1,9% steigen und im kommenden Jahr um 1,7%. Maßgeblich für die abgeschwächte Entwicklung ist zum einen, dass im Prognosezeitraum die Lohnstückkosten wohl etwas langsamer zunehmen. Zum anderen dürften die Gewinne der Unternehmen, je Produkteinheit gerechnet, nach dem Auslaufen der Terms-of-Trade bedingten Zusatzgewinne nicht mehr ganz so rasch steigen wie bisher (vgl. Tab. 3.8).

Staatskonsum steigt weiter kräftig

Der Staatskonsum hatte sich im vergangenen Jahr – unter anderem als Folge der Flüchtlingsmigration und der damit verbundenen zusätzlichen Sach- und Personalaufwendungen – sehr dynamisch entwickelt. Im vierten Quartal 2015 wurde sogar saisonbereinigt ein Anstieg in Höhe von 0,9% gegenüber dem Vorquartal verzeichnet. Diese Dynamik konnte im ersten Quartal des laufenden Jahres allerdings nicht gehalten werden, was auch Folge des unerwartet star-

ken Rückgangs der Flüchtlingszahlen sein dürfte. Dennoch lag der Zuwachs beim Staatskonsum mit 0,5% immer noch über dem langjährigen Durchschnitt. Im Prognosezeitraum wird davon ausgegangen, dass die Flüchtlingsmigration in deutlich geringem Umfang zu höheren konsumtiven Ausgaben führt; die Zuwachsraten im laufenden Jahr dürften aber weiterhin bei 0,5% liegen. Zu Beginn des kommenden Jahres kommt es infolge des Pflegestärkungsgesetzes nochmals zu einer deutlicheren Zunahme. Allerdings gehen die Zuwachsraten im Jah-

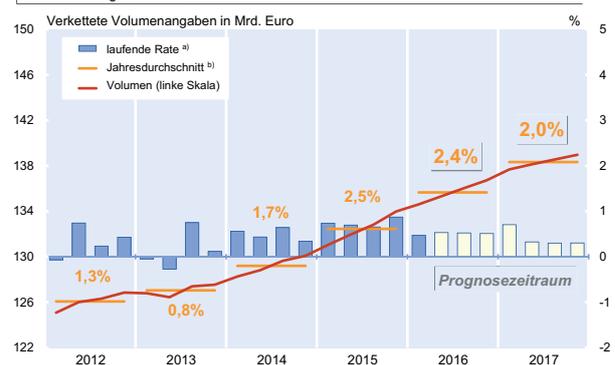
resverlauf 2017 auf den langjährigen Mittelwert von etwa 0,3% zurück. Jahresdurchschnittlich dürften die Konsumausgaben des Staates damit in den Jahren 2016 und 2017 um 2,4 bzw. 2,0% zunehmen (vgl. Abb. 3.16).

Industrie gewinnt im Jahresverlauf wieder an Fahrt

Die gesamtwirtschaftliche Produktion ist mit einem kräftigen Wachstum ins Jahr 2016 gestartet. Das Bruttoinlandsprodukt legte (saison- und kalenderbereinigt) um 0,7% vom vierten Quartal 2015 zum ersten Vierteljahr 2016 zu. Die Entwicklung der einzelnen Wirtschaftsbereiche war dabei sehr heterogen (vgl. Tab. 3.9). Die Aufwärtssimpulse kamen besonders aus dem Baugewerbe (+ 2,0%), aus dem Bereich Handel, Verkehr und Gastgewerbe (+ 1,9%) sowie aus dem Produzierenden Gewerbe ohne Bau (+ 1,6%). Überraschend ist mit + 3,3% das Ergebnis der Finanz- und Versicherungsdienstleister: Seit dem Jahr 2006 verzeichnete dieser Wirtschaftsbereich keine so große Zuwachsrate. Hingegen war die Bruttowertschöpfung im Bereich Information und Kommunikation (- 0,7%) sowie bei den Unternehmensdienstleistern (- 0,6%) rückläufig.

Die quantitative Prognose für die Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Produktion im Verlauf des Jahres 2016 und

Abb. 3.16
Reale Konsumausgaben des Staates
Saisonbereinigter Verlauf



^{a)} Veränderung gegenüber dem Vorquartal in % (rechte Skala).
^{b)} Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; ab 2. Quartal 2016: Prognose des ifo Instituts.

Tab. 3.9
Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen^{a)}

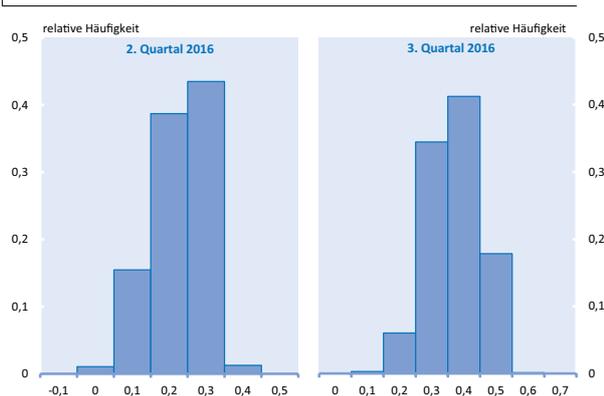
	2016				2017
	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1
	Veränderungsrate gegenüber dem Vorquartal in %				
Bruttoinlandsprodukt	0,7	0,3	0,4	0,4	0,5
Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche	0,9	0,3	0,4	0,4	0,5
darunter:					
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	1,6	0,1	0,3	0,5	0,6
darunter:					
Verarbeitendes Gewerbe	2,0	0,1	0,4	0,5	0,6
Energieversorgung, Wasserversorgung u.Ä.	-0,9	0,2	0,3	0,3	0,4
Baugewerbe	2,0	-0,6	0,8	0,7	0,6
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	1,9	0,1	0,2	0,3	0,3
Information und Kommunikation	-0,7	1,0	0,8	0,9	0,9
Finanz- und Versicherungsdienstleister	3,3	-0,8	-0,1	-0,2	-0,2
Grundstücks- und Wohnungswesen	-0,1	0,4	0,5	0,5	0,5
Unternehmensdienstleister	-0,6	0,5	0,6	0,6	0,7
Öffentliche Dienstleister	0,3	0,6	0,4	0,3	0,3
Sonstige Dienstleister	-0,4	0,3	0,2	0,1	0,1

^{a)} Verkettete Absolutwerte, saison- und kalenderbereinigt.

Quelle: Statistisches Bundesamt; 2. Quartal 2016 bis 1.Quartal 2017: Prognose des ifo Instituts.

das erste Vierteljahr 2017 erfolgt nach Wirtschaftsbereichen disaggregiert. Basis für die Vorgehensweise sind monatlich verfügbare amtliche Frühindikatoren sowie eine breite Palette von monatlich erhobenen Umfragedaten. Besonders den Ergebnissen des ifo Konjunkturtests wird dabei eine gewichtige Rolle zugemessen (vgl. Carstensen et al. 2009). Auf der Grundlage des vom ifo Institut standardmäßig verwendeten Indikatorenansatzes ergibt sich ein Anstieg des saison- und kalenderbereinigten Bruttoinlandsprodukts (jeweils im Vorquartalsvergleich) in Höhe von 0,3% im zweiten Quartal 2016 und von 0,4% im dritten Quartal 2016; Abbildung 3.17 zeigt die Häufigkeitsverteilung der im Rahmen eines Pooling-of-Forecasts-Ansatzes

Abb. 3.17
Verteilung der Modellprognosen für das reale BIP^{a)}



^{a)} Verteilung der sich im Rahmen eines Kombinationsansatzes ergebenden Veränderungsdaten des BIP gegenüber Vorquartal, vgl. Carstensen et al. (2009). Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

gewonnenen Quartalsschätzungen der BIP-Rate.⁶

Maßgeblich für den Produktionsanstieg im zweiten Quartal dieses Jahres sind, mit Ausnahme des Finanz- und Versicherungssektors, die Dienstleister. Im Baugewerbe dürfte es hingegen zu einer Gegenreaktion kommen, da die Produktion zu Jahresbeginn aufgrund der milden Witterung nicht so stark wie saisonüblich gedrosselt wurde. Deshalb wird die Ausweitung in den Frühjahrsmonaten wohl nicht das Normalmaß erreichen. Nach dem starken ersten Quartal wird die Bruttowertschöpfung des Verarbeitenden Gewerbes im zweiten Vierteljahr lediglich schwach expandieren. Darauf deutet die jüngst veröffentlichte Industrieproduktion hin; der Produktionsindex für das Verarbeitende Gewerbe lag im April 2016 mit 0,1% über dem Durchschnitt des ersten Quartals. Darüber hinaus hat sich der Auftragseingang (ohne Großaufträge) zuletzt schwach entwickelt.

Im weiteren Jahresverlauf dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion jedoch mit zunehmenden Raten expandieren. Die Industrie

wird ihre temporäre Schwäche wohl überwinden; darauf deutet der spürbare Anstieg des ifo Geschäftsklimas im Verarbeitenden Gewerbe hin. Insbesondere blicken die befragten Industriefirmen wieder weniger pessimistisch auf die zukünftige Geschäftsentwicklung. Im Zuge der erstarkenden Industriekonjunktur weiten außerdem die unternehmensnahen Dienstleister und der Verkehrssektor ihre Wertschöpfung zunehmend aus. Der robust expandierende Konsum stützt die positive Konjunktur im Handel und den übrigen Dienstleistungssektoren. Die Grundtendenz im Bereich Grundstücks- und Wohnungswesen sowie bei den öffentlichen Dienstleistern ist weiterhin maßgeblich von der anhaltenden Flüchtlingsmigration geprägt.

Alles in allem dürfte das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt im Jahresdurchschnitt 2016 um 1,8% gegenüber dem Vorjahr zulegen (vgl. Abb. 3.3). Im kommenden Jahr wird der Zuwachs mit 1,6% voraussichtlich etwas geringer ausfallen.

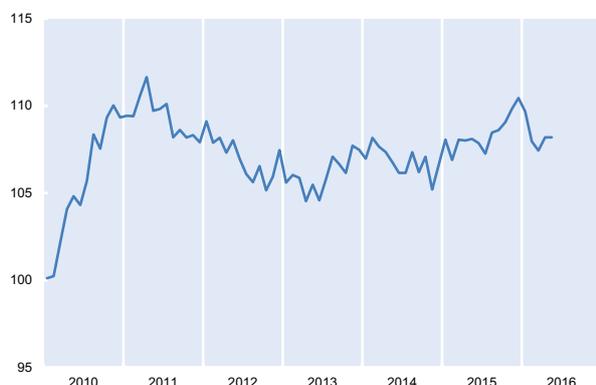
Beschäftigung weiter im Aufwind

Im Verlauf des Winterhalbjahrs nahm die Beschäftigung um gut 300 000 Personen zu. Sie entwickelte sich deutlich dy-

⁶ Das ifo Institut prognostiziert die reale Bruttowertschöpfung der einzelnen Wirtschaftsbereiche mit Hilfe von Brückengleichungen. Im Rahmen eines Kombinationsansatzes (Pooling-of-Forecasts) wird eine Vielzahl von Modellen kombiniert, um der Modellunsicherheit Rechnung zu tragen. Schließlich werden die Quartalsprognosen der einzelnen Wirtschaftsbereiche zu einer Prognose des realen Bruttoinlandsprodukts aggregiert.

Abb. 3.18

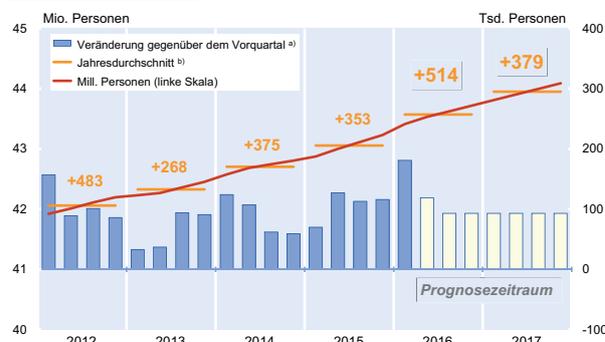
ifo Beschäftigungsbarometer für die gewerbliche Wirtschaft
2005 = 100, saisonbereinigt



Quelle: Ifo Konjunkturtest.

Abb. 3.19

Erwerbstätige
Inlandskonzept, saisonbereinigter Verlauf



^{a)} Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Tausend Personen (rechte Skala).
^{b)} Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Tausend Personen.
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des Ifo Instituts; ab 2. Quartal 2016: Prognose des Ifo Instituts.

Kasten

Zu den Arbeitmarkteffekten der Zuwanderung

Die Zahl der registrierten Asylsuchenden betrug im Jahr 2015 gut 1 Mio. Personen. Gleichzeitig konnte nur knapp jeder zweite Schutzsuchende in diesem Zeitraum einen Asylantrag stellen. Auf Syrer entfielen dabei die meisten Asylerstanträge, gefolgt von Albanern und Kosovaren. Die Gesamtschutzquote der Asylsuchenden ist mit 50% (nach 31% im Vorjahr) deutlich angestiegen. Dabei lässt sich feststellen, dass knapp 96% aller syrischen Asylerstanträge in einer Rechtsstellung als Flüchtling mündeten, während das bei nahezu keinem der Anträge aus Albanien und dem Kosovo der Fall war (vgl. BAMF 2016). Dies spiegelt auch die Einstufung letzterer als sichere Herkunftsländer im Oktober 2015 wider.

Tab. 3.10

Auswirkungen der Flüchtlingsmigration auf das Erwerbspersonenpotenzial
in 1 000 Personen

		2015	2016	2017
Asylbewerber insgesamt				
Anträge im EASY-System	(1)	1 092	350	250
Registrierte Asylanträge	(2)	477	696	318
Laufende Asylverfahren	(3)	287	433	207
Asylbewerber im laufenden Asylverfahren				
erfahrungsmäßige Erwerbsquote (in Prozent)	(4)	15	20	20
Personen in Qualifizierungsmaßnahmen ^{a)}	(5)	5	14	9
Erwerbspersonen	(6) = (3)*(4) – (5)	38	72	32
Entscheidungen durch das BAMF				
Entscheidungen über Asylanträge	(7)	283	710	660
Gesamtschutzquote ^{b)} (in Prozent)	(8)	50	67	70
Positive Entscheidungen	(9) = (7)*(8)	141	471	462
Asylbewerber mit positivem Bescheid				
Anteil der 14- bis 64-Jährigen ^{c)} (in Prozent)	(10)	76	76	76
Personen im erwerbsfähigen Alter	(11) = (9)*(10)	107	357	350
Partizipationsrate (in Prozent)	(12)	65	65	65
Potenzielle Erwerbspersonen	(13) = (11)*(12)	70	232	228
davon in Qualifizierungsmaßnahmen	(14)	19	39	57
Erwerbspersonen	(15) = (13) – (14)	51	193	171
Gesamteffekt auf das Erwerbspersonenpotenzial	(16) = (15) + (6)	89	266	203

^{a)} Annahme: Asylbewerber mit einer hohen Anerkennungswahrscheinlichkeit können schon während des laufenden Verfahrens an Qualifizierungsmaßnahmen teilnehmen. – ^{b)} Durchschnittliche Schutzquote; im Jahresverlauf 2015 und 2016 steigt sie und liegt ab Oktober 2016 bei 70 Prozent. – ^{c)} Durchschnittliche Quote.

Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge; Annahmen und Berechnungen des Ifo Instituts.

In dieser Prognose werden folgende Eckwerte der Flüchtlingsmigration unterstellt. Die Zahl der neu einreisenden Schutzsuchenden sinkt in diesem Jahr auf 350 000 Personen (vgl. Tab. 3.10) und im Jahr 2017 noch einmal auf 250 000 Personen. Im Vergleich zur Ifo Konjunkturprognose vom vergangenen Dezember ist dies ein deutlicher Rückgang; damals lagen die Annahmen zur Flüchtlingsmigration bei 750 000 Personen in diesem Jahr und 500 000 Personen im kommenden Jahr. Die Haupttrouten der Migrationsströme nach Mitteleuropa sind im Laufe des Winterhalbjahrs geschlossen worden. Die Zahl neuer EASY-Registrierungen (das ist das Verfahren zur Erstverteilung von Asylbegehrenden) betrug im Mai nur noch gut 15 000 Personen. Die Anzahl der Asylanträge wird in diesem Jahr

deutlich ansteigen. Zum einen hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) die Annahme- und Bearbeitungskapazitäten erhöht. Zum anderen besteht noch ein merklicher Rückstau, da eine Vielzahl von Schutzsuchenden noch nicht die Möglichkeit hatte, einen Asylantrag zu stellen. So beträgt die Anzahl neuer Asylanträge in diesem Jahr voraussichtlich knapp 700 000 und im nächsten Jahr gut 300 000.

Weiterhin ist der Stand unbearbeiteter Asylanträge hoch und kann nur allmählich abgebaut werden. Das BAMF dürfte 2016 gut 700 000 Entscheidungen über Asylanträge treffen. Das Jahr 2017 liegt mit voraussichtlich gut 650 000 Entscheidungen auf vergleichbarem Niveau. Ein Rückgang des Flüchtlingszugangs insbesondere aus sicheren Herkunftsländern (vgl. BAMF 2016)¹ lässt einen Anstieg der Gesamtschutzquote vermuten, da immer weniger aussichtslose Asylverfahren geführt werden dürften. Für die vorliegende Prognose wird ein Anstieg der Gesamtschutzquote auf durchschnittlich 70% bis zum Jahr 2017 unterstellt. Zusätzlich wird angenommen, dass der Anteil der Personen im erwerbsfähigen Alter an allen Asylbewerbern bei 76% und ihre Partizipationsquote am Arbeitsmarkt bei 65% liegen. Daraus ergibt sich eine Zunahme des Erwerbspersonenpotenzials in Höhe von 260 000 Personen im Verlauf dieses Jahres und von 200 000 Personen im kommenden Jahr. Im Vergleich zur ifo Konjunkturprognose vom vergangenen Dezember reduzieren die geänderten Annahmen im Zusammenhang mit der Flüchtlingsmigration den flüchtlingsbedingten Anstieg des Erwerbspersonenpotenzials in diesem Jahr um knapp 90 000 und im kommenden Jahr um etwa 260 000 Personen.

¹ Im Januar 2016 betrug die Zahl der Zugänge aus den Balkanländern nur noch ein Zwanzigstel aller Erstantragsteller.

namischer als im Jahresdurchschnitt 2015. Die hohe Zuwachsrate der Produktion im ersten Quartal 2016 ging mit einer starken Zunahme der Erwerbstätigenzahl einher.

Aktuelle Arbeitsmarktindikatoren deuten jedoch auf eine Abkühlung der Dynamik im Verlauf dieses Jahres hin. Nachdem das ifo Beschäftigungsbarometer (vgl. Abb. 3.18) einen Höchststand zur Jahreswende verzeichnete, ging es zurück und stagnierte im Monat Mai auf nach wie vor hohem Niveau. Auch hat der Zugang an gemeldeten Arbeitsstellen nach einem Anstieg von 22% im Monat Januar (im Vergleich zum Vorjahr) in den Folgemonaten deutlich abgenommen. Im Mai ist er wieder auf 12% angestiegen. Alles in allem dürfte sich die Erwerbstätigkeit um durchschnittlich gut 500 000 Personen (1,2%) in diesem Jahr und um 380 000 Personen (0,9%) im Jahr 2017 ausweiten (vgl. Abb. 3.19). Die stabile Grundtendenz auf dem Arbeitsmarkt setzt sich somit voraussichtlich im Prognosehorizont fort, jedoch kann der schwungvolle Zuwachs vom Jahresbeginn nicht gehalten werden. Der Beschäftigungsaufbau wird in beiden Jahren überwiegend durch die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung getragen (vgl. Tab. 3.11).

Nach einem Rückgang der Arbeitsstunden (vgl. Abb. 3.20) im ersten Quartal dieses Jahres⁷ dürften diese im laufenden Jahr insgesamt mit 1,2% zunehmen. Gleichzeitig nimmt voraussichtlich die durchschnittliche Arbeitszeit der Arbeitnehmer mit 0,1% moderat zu, da sie geringfügig mehr Überstunden leisten dürften. Im Jahr 2017 dürften die Arbeitsstunden gesamtwirtschaftlich mit 1,0% zunehmen, bei einer konstanten Entwicklung der Arbeitszeit je Arbeitnehmer.

⁷ Der Rückgang der kalendarisch und saisonal bereinigten Reihe ist hier möglicherweise überzeichnet. Die Anzahl der Arbeitstage im vierten Quartal 2015 lag deutlich über dem langjährigen Durchschnitt, hingegen wurden im ersten Quartal 2016 deutlich weniger Arbeitstage als normal verzeichnet.

Anstieg der Arbeitslosigkeit im Jahr 2017

Erste Auswirkungen der Flüchtlingsmigration auf den Arbeitsmarkt lassen sich bereits beobachten (vgl. Kasten »Zu den Arbeitmarkteffekten der Zuwanderung«). Obschon die Arbeitslosigkeit im ersten Quartal 2016 weiter gesunken ist, hat zum einen die Arbeitslosigkeit von Personen aus den acht zugangsstärksten Asylländern⁸ im Monat Mai um 72 000 Personen (im Vergleich zum Vorjahr) zugenommen (vgl. Bundesagentur für Arbeit 2016). Zum anderen stieg die Beschäftigung in dieser Gruppe um lediglich 20 000 Personen. Auch die Teilnahme an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen hat sich deutlich verstärkt. Die Zahl der erwerbsfähigen SGB-II-Leistungsberechtigten stieg im Vergleich zum

⁸ Asylländer: Afghanistan, Eritrea, Irak, Iran, Nigeria, Pakistan, Somalia und Syrien.

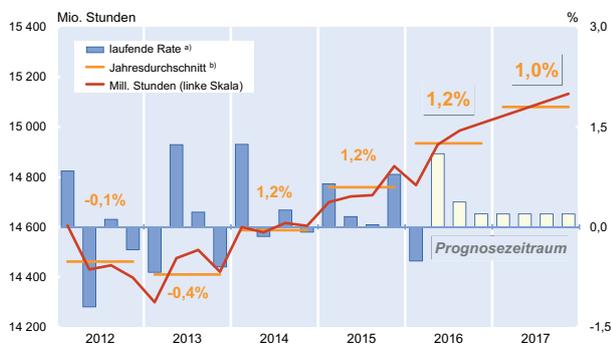
Tab. 3.11
Arbeitsmarktbilanz
Jahresdurchschnitte in 1 000 Personen

	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Arbeitsvolumen (Mio. Stunden)	57 845	57 639	58 349	59 038	59 740	60 323
Erwerbstätige						
Inländer	42 007	42 269	42 640	42 988	43 503	43 882
Arbeitnehmer	37 447	37 810	38 243	38 662	39 198	39 585
darunter						
SV Beschäftigte	29 341	29 713	30 197	30 823	31 432	31 819
Geringfügig Beschäftigte	4 981	5 017	5 029	4 856	4 814	4 819
Selbstständige	4 560	4 459	4 397	4 326	4 305	4 297
Pendlersaldo	53	59	63	68	67	67
Erwerbstätige Inland	42 060	42 328	42 703	43 056	43 570	43 949
Arbeitslose	2 897	2 950	2 898	2 795	2 698	2 732
Arbeitslosenquote						
BA ^{a)}	6,8	6,9	6,7	6,4	6,1	6,1
Erwerbslose ^{b)}	2 224	2 182	2 090	1 950	1 795	1 873
Erwerbslosenquote^{c)}	5,0	4,9	4,7	4,3	4,0	4,1

^{a)} Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß Bundesagentur für Arbeit). – ^{b)} Definition der ILO. – ^{c)} Erwerbslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Erwerbstätige Inländer plus Erwerbslose).

Quelle: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; 2016 und 2017: Prognose des ifo Instituts.

Abb. 3.20
Geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen im Inland
Saison- und kalenderbereinigter Verlauf



^{a)} Veränderung gegenüber dem Vorquartal in % (rechte Skala).
^{b)} Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr in %.
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; ab 2. Quartal 2016: Prognose des ifo Instituts.

Vorjahr um 100 000 Personen. Die Meseberger Erklärung zum Abschluss des Koalitionsgipfels im Mai lässt darauf schließen, dass sich diese Entwicklung fortsetzen wird. Aus Bundesmitteln sollen 100 000 zusätzliche Arbeitsgelegenheiten für Leistungsberechtigte nach dem Asylbewerberleistungsgesetz geschaffen werden.

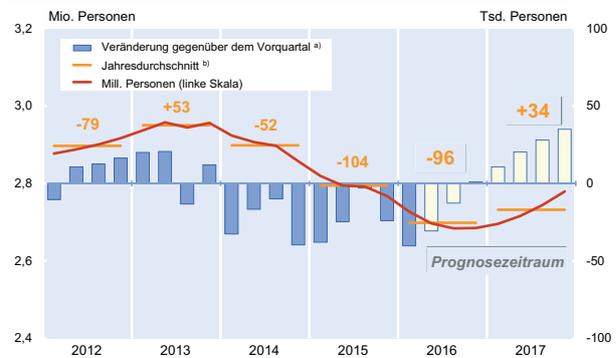
Die arbeitsmarktgerichtete Migration aus den Ländern der EU-Osterweiterung⁹ hat mit einer Zunahme der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um mehr als 170 000 Personen (Vorjahresveränderung im Monat März) maßgeblich zur Ausweitung der Erwerbstätigkeit beigetragen. Die Anzahl der Arbeitslosen in dieser Gruppe stieg hingegen um lediglich 12 000 Personen im selben Zeitraum. Dabei war die Nettomigration (vgl. Statistisches Bundesamt 2016) aus diesen Ländern im Jahr 2015 um gut 10% höher als im Vorjahr.¹⁰ Die Nettomigration aus Italien, Spanien, Griechenland und Portugal – die zum Teil stark von der europäischen Staatsschuldenkrise betroffen waren – ist im letzten Jahr hingegen rückläufig gewesen.

Flüchtlingsbedingt wird das Erwerbspersonenpotenzial im Jahresverlauf 2016 voraussichtlich um 260 000 Personen zunehmen, im Folgejahr steigt es noch einmal um 200 000 Personen. Gleichzeitig wird im Prognoseverlauf ein weiterhin positiver Beitrag der arbeitsmarktgerichteten Migration mit allerdings leicht abnehmender Tendenz unterstellt. Die demographische Entwicklung führt dagegen zu einem Rückgang der heimischen Erwerbspersonen. Aus der Gesamtanalyse von Arbeitskräftenachfrage und Arbeitskräfteangebot ergibt sich, dass die Arbeitslosigkeit allmählich wieder ansteigen dürfte. Darauf deutet auch die Komponente A (Arbeitslosigkeit) des IAB-Arbeitsmarktbarometers hin. Diese ist im Verlauf des ersten Quartals 2016 erstmals wieder auf einen Indexstand unter 100 gefallen. Dies signalisiert

⁹ EU-Osterweiterung: Estland, Lettland, Litauen, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn, Bulgarien, Rumänien, Kroatien.

¹⁰ Diese Entwicklung wird vornehmlich durch Staatsangehörige aus Kroatien, Polen und Rumänien bestimmt. Für Kroatien gilt seit 1. Juli 2015 vollständige Arbeitnehmerfreizügigkeit.

Abb. 3.21
Arbeitslose
Saisonbereinigter Verlauf



^{a)} Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Tausend Personen (rechte Skala).
^{b)} Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Tausend Personen.
Quellen: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des ifo Instituts; ab 2. Quartal 2016: Prognose des ifo Instituts.

zumindest eine Verlangsamung des Rückgangs der Arbeitslosenzahlen im zweiten Halbjahr dieses Jahres.

Im Jahresdurchschnitt 2016 sinkt die Zahl der Arbeitslosen (vgl. Abb. 3.21) noch einmal um gut 95 000 Personen und steigt im Jahr 2017 um voraussichtlich knapp 35 000 Personen an. Die Arbeitslosenquote (in der Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit) beträgt in beiden Jahren 6,1%. Die Zahl der Erwerbslosen, die aufgrund unterschiedlicher Abgrenzungen niedriger als die Zahl der Arbeitslosen ist, geht seit Mitte letzten Jahres stärker zurück als die Zahl der Arbeitslosen. Die Arbeitskräfteerhebung bildet womöglich eine Zunahme der Unterbeschäftigung einiger Bevölkerungsgruppen – insbesondere flüchtlingsbedingter Migranten – nur unzureichend ab. Die Erwerbslosenquote dürfte in diesem Jahr auf 4,0% sinken und im nächsten Jahr auf 4,1% leicht zunehmen.

Stundenproduktivität nur mit mäßigen Zuwachsraten

Deutschland sieht sich seit geraumer Zeit fallenden Zuwachsraten bei der Arbeitsproduktivität gegenüber (vgl. Kasten »Zur Entwicklung der Arbeitsproduktivität in Deutschland«). Im Jahr 2015 setzte sich dieser Trend fort, und der Produktivitätszuwachs fiel mit 0,5% nur sehr schwach aus (vgl. Tab. 3.12). Aus der Industrie kamen mit einem Anstieg der Stundenproduktivität um 1,2% zwar stärkere Impulse, jedoch wirkte die Vielzahl der Dienstleistungssektoren bremsend auf die gesamtwirtschaftliche Produktivitätsentwicklung. Die Ausnahme bildet hier der Bereich Information und Kommunikation, der mit 2,2% zwar einen positiven, wenngleich aber im längerfristigen Vergleich ebenfalls unterdurchschnittlichen Zuwachs aufwies.

Im Prognosezeitraum ist mit keiner kräftigen Expansion der Stundenproduktivität zu rechnen. Die Zuwachsraten beim realen Bruttoinlandsprodukt liegen knapp über dem Potenzialwachstum. Jedoch wird es voraussichtlich zu einer kräftigen

Kasten**Zur Entwicklung der Arbeitsproduktivität in Deutschland**

Seit 1991 hat der Zuwachs der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsproduktivität (hier gemessen als reales Bruttoinlandsprodukt je Arbeitsstunde der Erwerbstätigen) trendmäßig abgenommen. Im Zeitraum 2010 bis 2014 lag der durchschnittliche Zuwachs bei lediglich 0,8% pro Jahr, während sich die durchschnittliche Zuwachsrate vor der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/2009 auf 1,8% belaufen hatte.

Die scharfe Rezession hat offensichtlich zu einem Strukturbruch beim Produktivitätswachstum geführt. Am stärksten sichtbar wird dieser Bruch im Produzierenden Gewerbe ohne Baugewerbe: Vor der Wirtschafts- und Finanzkrise betrug dort das durchschnittliche Wachstum der Stundenproduktivität 3,3%, in den Jahren 2010 bis 2014 belief sich der mittlere Zuwachs auf 0,7%. Laut dem Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2015) ist eine wesentliche Erklärung hierfür das Ende der Auslagerung wenig produktiver Sektoren des Verarbeitenden Gewerbes ins Ausland.

Während die deutschen Industriefirmen in den 1990er und 2000er Jahren vermehrt niedrig produktive Teilbereiche ins Ausland verlagerten, fand diese Entwicklung ein Ende mit der globalen Rezession. Ein weiterer Erklärungsansatz für den trendmäßigen Rückgang in den Zuwachsraten der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsproduktivität ist der Beschäftigungsaufbau in arbeitsintensiven und weniger produktiven Wirtschaftsbereichen wie bspw. dem Dienstleistungssektor. Somit ist der trendmäßige Rückgang in den Zuwachsraten besonders auf strukturelle Verschiebungen innerhalb der deutschen Wirtschaft zurückzuführen. Darüber hinaus spielen Veränderungen in der Zusammensetzung des deutschen Arbeitsmarktes eine entscheidende Rolle: Mit den Hartz-Reformen ist es gelungen, einen Großteil zuvor arbeitsloser Personen in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Jedoch hatte dies zur Folge, dass Beschäftigte mit einer unterdurchschnittlichen Produktivität die Zuwachsraten der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsproduktivität verlangsamten.

Untermauert werden die Aussagen zu den strukturellen Verschiebungen auf dem deutschen Arbeitsmarkt durch einen Blick auf die Erwerbstätigenentwicklung getrennt nach Wirtschaftsbereichen. Während die Zahl der Erwerbstätigen im Produzierenden Gewerbe (ohne Bau) im Zeitraum 2010 bis 2015 jahresdurchschnittlich um lediglich 0,5% stieg, wurde sie in eher unterdurchschnittlich arbeitsproduktiven Sektoren kräftiger ausgeweitet (Baugewerbe: + 0,9%, Unternehmensdienstleister: + 2,5%, öffentliche Dienstleister: + 1,0%). Dies hat zur Folge, dass die Zuwachsraten bei der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsproduktivität nur gering ausfielen.

Tab. 3.12**Entwicklung der Stundenproduktivität nach Wirtschaftsbereichen**
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %

Wirtschaftsbereich	1991–2007	2010–2014	2015
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	2,5	2,6	– 0,8
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	3,3	0,7	1,2
Verarbeitendes Gewerbe	3,4	0,9	0,8
Baugewerbe	– 0,3	0,5	0,2
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	2,5	1,0	0,3
Information und Kommunikation	4,8	4,0	2,2
Finanz- und Versicherungsdienstleister	– 0,5	0,0	– 1,3
Grundstücks- und Wohnungswesen	1,5	1,4	– 0,5
Unternehmensdienstleister	– 1,3	0,1	– 0,1
Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit	1,0	0,2	– 0,4
Sonstige Dienstleister	0,0	0,1	0,3
Gesamtwirtschaft	1,8	0,8	0,5

Anmerkung: Bruttoinlandsprodukt bzw. Bruttowertschöpfung (preisbereinigt) je geleisteter Erwerbstätigenstunde.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

tigen Ausweitung des Arbeitsvolumens kommen. Getrieben ist diese insbesondere durch die hohe Nachfrage der deutschen Unternehmen nach Beschäftigten; gleichzeitig bleibt die durchschnittliche Arbeitszeit im Prognosezeitraum nahezu konstant. Da der Trend beim Beschäftigungsaufbau in den unterdurchschnittlich produktiven Sektoren anhalten dürfte, wird sich dies unmittelbar in den Wachstumsraten der Arbeitsproduktivität niederschlagen.

Insgesamt wird die reale Stundenproduktivität in diesem Jahr um 0,6% ansteigen. Im kommenden Jahr wird der Zuwachs voraussichtlich 0,7% betragen.

Moderater Anstieg der Tariflöhne

Im ersten Quartal 2016 hat sich der Anstieg der Tariflöhne auf Stundenbasis mit 2,0% (gegenüber dem Vorjahr) verglichen mit 2,4% im Jahresdurchschnitt 2015 spürbar verlangsamt. Dies lässt sich darauf zurückführen, dass im Vorjahr deutlich mehr Einmalzahlungen geleistet worden sind, insbesondere ein Betrag von 150 Euro je Arbeitnehmer in der

Metall- und Elektroindustrie. Die aktuell neu vereinbarten Tarifsteigerungen liegen in einer Größenordnung von 2,5% (Metall- und Elektroindustrie: nach dreimonatiger Verzögerung + 2,8% und eine Einmalzahlung von 150 Euro; öffentlicher Dienst des Bundes und der Gemeinden: + 2,4%; Baugewerbe: West + 2,4%, Ost + 2,9%; VW: nach dreimonatiger Verzögerung + 2,8%). Im Jahresdurchschnitt dürfte sich in der Gesamtwirtschaft ein Anstieg der Tariflöhne um 2,3% (je Stunde) bzw. 2,2% (je Arbeitnehmer) ergeben (vgl. Tab. 3.13).

Der gesetzliche Mindestlohn wurde im laufenden Jahr nicht angehoben, allerdings gab es kräftige Erhöhungen für einige branchenspezifische Mindestlöhne (die aufgrund von Übergangsregelungen noch unter 8,50 Euro pro Stunde lagen). Außerdem ist zu erwarten, dass angesichts der weiter steigenden Arbeitsnachfrage häufiger übertarifliche Leistungen gezahlt werden. Somit wird der Effektivverdienst je Arbeitnehmer im Durchschnitt um 2,5% steigen, und damit stärker als der Tarifverdienst.

Im Jahr 2017 dürften die Tariflöhne im Jahresdurchschnitt etwas stärker steigen als 2016 (um 2,4% auf Stundenbasis

Tab. 3.13
Zur Entwicklung der Löhne (Inlandskonzept)

	Veränderung zum Vorjahr in %						
	durchschnittliche Arbeitszeit	Verdienst je Arbeitnehmer	Verdienst je Stunde	Lohn drift (Arbeitnehmer)	Lohn drift (Stunde)	Tariflohn (Monat)	Tariflohn (Stunde)
2012	- 1,1	2,8	3,9	0,1	1,2	2,7	2,7
2013	- 0,8	2,1	2,9	- 0,4	0,4	2,5	2,5
2014	0,6	2,7	2,1	- 0,2	- 0,9	2,9	3,0
2015	0,4	2,8	2,3	0,4	0,0	2,3	2,4
2016	0,1	2,5	2,5	0,3	0,2	2,2	2,3
2017	0,0	2,4	2,4	0,1	0,0	2,3	2,4

Quelle: Statistisches Bundesamt; Bundesbank; 2016 und 2017: Prognose des ifo Instituts.

und um 2,3% auf Monatsbasis). Zwar sind die für das kommende Jahr bereits vereinbarten Stufenerhöhungen in den größten Tarifbereichen geringer als die Anhebungen im laufenden Jahr (mit 2,0% in der Metall- und Elektroindustrie bzw. mit 2,35% im öffentlichen Dienst des Bundes und der

Gemeinden); zu berücksichtigen ist allerdings, dass es keine Nullmonate gibt, sondern im Gegenteil die Erhöhungen schon früher im Jahr stattfinden, so dass in einigen Monaten der kumulierte Anstieg aus den beiden Jahren 2016 und 2017 im Vorjahresvergleich zu Buche schlägt.

Tab. 3.14
Ausgewählte finanzwirtschaftliche Indikatoren^{a)} 1991 bis 2017
in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts!

	Staatseinnahmen			Staatsausgaben			Finanzierungs-saldo	Nachrichtlich: Zinssteuer- quote ^{b)}
	insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:			
		Steuern	Sozial-beiträge		Zins- ausgaben	Brutto- investitionen		
1991	43,2	22,0	16,3	46,4	2,6	3,1	- 3,2	11,9
1992	44,6	22,4	16,7	47,2	3,1	3,3	- 2,6	13,7
1993	44,9	22,3	17,2	48,0	3,1	3,1	- 3,1	14,0
1994	45,4	22,4	17,7	47,9	3,2	2,9	- 2,5	14,5
1995 ^{c)}	45,2	22,0	18,1	48,2	3,4	2,6	- 3,0	15,6
1996	45,4	21,8	18,7	48,9	3,4	2,5	- 3,5	15,6
1997	45,1	21,5	19,0	48,1	3,3	2,3	- 2,9	15,5
1998	45,2	21,9	18,7	47,7	3,3	2,3	- 2,5	15,1
1999	46,0	22,9	18,5	47,7	3,0	2,3	- 1,7	13,3
2000 ^{d)}	45,6	23,2	18,1	47,1	3,1	2,3	- 1,5	13,5
2001	43,8	21,4	17,8	46,9	3,0	2,3	- 3,1	14,0
2002	43,3	21,0	17,8	47,3	2,9	2,2	- 3,9	14,1
2003	43,6	21,1	18,0	47,8	2,9	2,1	- 4,2	13,8
2004	42,6	20,6	17,6	46,3	2,8	1,9	- 3,7	13,5
2005	42,8	20,8	17,4	46,2	2,7	1,9	- 3,4	13,2
2006	43,0	21,6	16,9	44,7	2,7	2,0	- 1,7	12,5
2007	43,0	22,4	16,1	42,8	2,7	1,9	0,2	11,9
2008	43,4	22,7	16,1	43,6	2,7	2,1	- 0,2	11,8
2009	44,3	22,4	16,9	47,6	2,6	2,4	- 3,2	11,8
2010 ^{e)}	43,0	21,4	16,5	47,4	2,5	2,3	- 4,4	11,6
2011	43,8	22,0	16,4	44,7	2,5	2,3	- 1,0	11,4
2012	44,4	22,5	16,5	44,5	2,3	2,3	- 0,1	10,2
2013	44,4	22,6	16,5	44,5	2,0	2,3	- 0,1	8,8
2014	44,6	22,6	16,5	44,3	1,8	2,2	0,3	7,8
2015	44,6	22,9	16,6	44,0	1,6	2,2	0,6	6,9
2016	44,3	22,7	16,6	44,0	1,5	2,2	0,3	6,4
2017 ^{f)}	44,5	22,7	16,8	44,3	1,4	2,2	0,2	6,1

^{a)} In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. – ^{b)} Zinsausgaben des Staates in Relation zum Steueraufkommen. – ^{c)} Ohne Vermögenstransfers im Zusammenhang mit der Übernahme der Schulden der Treuhandanstalt und der Wohnungswirtschaft der ehemaligen DDR (per saldo 119,6 Mrd. Euro). – ^{d)} Ohne Erlöse aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen (50,8 Mrd. Euro). – ^{e)} Ohne Erlöse aus der Versteigerung der Mobilfunklizenzen (4,4 Mrd. Euro). – ^{f)} Ohne Erlöse aus der Versteigerung der Mobilfunklizenzen (3,8 Mrd. Euro).

Quelle: Statistisches Bundesamt; 2016 und 2017: Prognose des ifo Instituts.

Zum Jahresbeginn 2017 ist auch die erste Anpassung des gesetzlichen Mindestlohns an die Tarifentwicklung seit seiner Einführung zum Jahresanfang 2015 vorgesehen. Die zuständige Kommission wird noch im Juni 2016 den exakten Betrag festlegen. Die Anhebung soll sich – im Regelfall – daran orientieren, wie sich der vom Statistischen Bundesamt errechnete Index der tariflichen Stundenverdienste verändert hat. Vermutlich wird es auf einen Anstieg um 3% bis 3½% oder etwa 25 Cent bis 30 Cent pro Stunde hinauslaufen. Nach Angaben des Statistischen Bundesamts (2016) sind immerhin rund 4 Mio. Jobs oder reichlich 10% aller Beschäftigten vom Mindestlohn betroffen. Dieses deutet darauf hin, dass der Anstieg der Effektivlöhne den der Tariflöhne erneut übertrifft. Dem steht entgegen, dass durch die geplante Ausweitung der Arbeitsgelegenheiten für Flüchtlinge Beschäftigte mit einem weit unterdurchschnittlichen Einkommen an Gewicht gewinnen. Insgesamt dürfte der tatsächliche Bruttoverdienst je Arbeitnehmer um 2,4% gegenüber 2016 steigen, also nur marginal stärker als der tarifliche. Die (nominalen) Lohnstückkosten steigen auf Stundenbasis sowohl 2016 als auch 2017 im Vorjahresvergleich um 1,8%, also ungefähr im gleichen Tempo wie in den drei Jahren zuvor (2013: 2,0%, 2014: 1,6%, 2015: 1,7%).

Staatliche Überschüsse trotz expansiver Finanzpolitik

Die Lage der öffentlichen Finanzen in Deutschland hat sich in den vergangenen Jahren deutlich verbessert. Bereits seit dem Jahr 2012 ist der gesamtstaatliche Haushalt weitgehend ausgeglichen. Im Jahr 2015 wurde sogar ein Überschuss in Höhe von 0,6% des BIP erzielt (vgl. Tab. 3.14).

Für den Prognosezeitraum wird erwartet, dass der Budgetüberschuss wieder etwas abnehmen wird. Maßgeblich hierfür sind die expansiven Impulse der Finanzpolitik und die Mehrausgaben im Zusammenhang mit der Flüchtlingsmigration. Insgesamt dürften die Staatsausgaben allein aufgrund der Flüchtlingsmigration in den Jahren 2016 und 2017 um 0,3 bzw. 0,1% des BIP zunehmen (vgl. Tab. 3.3).

Im laufenden Jahr steigen die Steuereinnahmen mit knapp 3% nicht mehr so stark wie im Vorjahr, was unter anderem auf die Steuertarifanpassungen im Bereich der Lohn- und Einkommensteuer zurückzuführen ist. Zum 1. Januar 2016 wurden der Grund- und der Kinderfreibetrag angehoben. Zudem wurden die Eckwerte des Steuertarifs verschoben. Damit sollen die Mehreinnahmen aus der kalten Progression zurückgegeben werden (vgl. Breuer 2016). Im kommenden Jahr dürfte das Steueraufkommen aufgrund der dynamisch steigenden Bemessungsgrundlagen sogar etwas stärker expandieren, und zwar um rund 3½%.

Die Sozialbeiträge steigen im laufenden Jahr mit 4,2% etwas kräftiger als die Bruttolöhne und -gehälter. Dabei ist zu berücksichtigen, dass der durchschnittliche Zusatzbeitrag der Arbeitnehmer und Rentner zur gesetzlichen Krankenversicherung um ca. 0,2 Prozentpunkte erhöht wurde. Im Jahr 2017 wird der durchschnittliche Zusatzbeitrag zur Krankenversicherung noch einmal um rund 0,2 Prozentpunkte angehoben; zudem wird auch der Beitragssatz zur gesetzlichen Pflegeversicherung um 0,2 Prozentpunkte erhöht. In der Summe steigt das Beitragsaufkommen damit im Jahr 2017 mit 4½% und damit erneut stärker als die Summe der Bruttolöhne und -gehälter.

Die staatlichen Verkäufe werden im Prognosezeitraum weiter zunehmen, da die Mautpflicht erweitert wird und viele Kommunen aufgrund steigender Ausgaben die Gebühren anheben. Die staatlichen Vermögenstransfers dürften aufgrund der durch die Erbschaftsteuerreform induzierten Vorzieheffekte in den Jahren 2016 und 2017 allerdings zurückgehen.

Insgesamt steigen die Einnahmen des Staates damit im laufenden Jahr um 3,0% und im kommenden Jahr um 3,6%, was zu einer leicht sinkenden Einnahmequote im laufenden Jahr führt. Im Jahr 2017 nehmen die Einnahmen des Staates im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt jedoch bereits wieder zu (vgl. Tab. 3.14).

Die Ausgaben des Staates nehmen im Prognosezeitraum sehr dynamisch zu, was auch den migrationsbedingten Zusatzausgaben geschuldet ist. So werden die staatlichen Vorleistungskäufe aufgrund der Aufwendungen zur Unterbringung von Hilfsbedürftigen mit knapp 4,7% noch einmal stärker als im Vorjahr steigen. Erst im Jahr 2017 wird in Folge der rückläufigen Flüchtlingszahlen damit gerechnet, dass sich die Zuwachsrate normalisiert (3,0%). Die im Prognosezeitraum ebenfalls sehr starke Zunahme der sozialen Sachleistungen (5,2% im Jahr 2016 und 5,7% im Jahr 2017) ist ebenfalls zum Teil auf migrationsbedingte Zusatzbelastungen zurückzuführen. Darüber hinaus kommt es im Prognosezeitraum zu Leistungsausweitungen, wie im Jahr 2016 im Gesundheitsbereich und 2017 in der Pflegeversicherung, was die Ausgaben der Sozialversicherung dynamisch ansteigen lassen dürfte. Die Arbeitnehmerentgelte des Staates dürften in diesem Jahr mit 2,9% expandieren, was auch auf Ausweitungen des Personalbestands zurückzuführen ist. Im kommenden Jahr nehmen die Arbeitnehmerentgelte des Staates dann mit 2,7% zu.

Die monetären Sozialleistungen des Staates erhöhen sich mit knapp 4½% erneut so dynamisch wie im Vorjahr, was ebenfalls teilweise auf migrationsbedingte Sonderausgaben zurückgeführt werden kann. Im kommenden Jahr bleibt diese starke Dynamik erhalten. Dies liegt zum einen daran, dass die Hilfesuchenden zunehmend die Sammelunterkünfte ver-

lassen dürften und individuell untergebracht werden, was zu einer Übernahme der Kosten der Unterkunft durch die Sozialkassen führt und die monetären Transfers ansteigen lässt. Zum anderen wird die Rentenanpassung im laufenden Jahr außerordentlich hoch ausfallen, was auch in der ersten Jahreshälfte 2017 zu deutlichen Ausgabensteigerungen bei der gesetzlichen Rentenversicherung führen wird. Zudem wurden zu Beginn des Jahres 2016 das Kindergeld und das Wohngeld erhöht; im Herbst 2016 folgt eine Anhebung der BAföG-Leistungen.

Die sonstigen Transfers dürften im Prognosezeitraum durch erhöhte Transfers in Krisenregionen und zur Fluchtursachenbekämpfung zunehmen. Die Bruttoinvestitionen des Staates werden im laufenden Jahr mit rund 4½% und im kommenden Jahr mit 2,7% ansteigen, was auch auf investive Maßnahmen der Bundesregierung zurückzuführen ist. So sollen Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur, den Klimaschutz, sowie die Städtebauförderung erhöht werden. Zudem sollen Investitionen in finanzschwachen Kommunen mit einem Volumen von 3½ Mrd. Euro bis zum Jahr 2018 gefördert werden. Außerdem dürfte die Flüchtlingsmigration die staatlichen Investitionen erhöhen. Die Zinsausgaben entwickeln sich in Folge der weiterhin günstigen Refinanzierungssituation im Prognosezeitraum rückläufig. Zudem führen die Erlöse aus der Versteigerung von Mobilfunklizenzen in Höhe von insgesamt 5,1 Mrd. Euro überwiegend im Jahr 2017 zu Minderausgaben (in Höhe von 3,8 Mrd. Euro), da diese als Nettozugänge von nichtproduzierten Vermögensgütern behandelt werden.

Insgesamt erhöht sich damit die staatliche Ausgabendynamik von rund 3% im Jahr 2015 auf 3,8% bzw. 3,6% in den Jahren 2016 und 2017. Der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo dürfte damit von 0,6% des BIP (rund 20 Mrd. Euro) im Jahr 2015 auf 0,3% (rund 10 Mrd. Euro) im Jahr 2016 zurückgehen und auch im kommenden Jahr auf diesem Niveau bleiben. Die Staatsverschuldung wird unter diesen Bedingungen weiter sinken. Als Anteil am Bruttoinlandsprodukt dürfte diese rund 68% im Jahr 2016 und voraussichtlich 65% zum Jahresende 2017 betragen.

Abgeschlossen am Dienstag, 14. Juni 2016

Literatur

- BAMF (2016a), *Das Bundesamt in Zahlen 2015 – Modul Asyl*, Nürnberg.
- BAMF (2016b), *Asylgeschäftsstatistik für den Monat Januar 2016*, Nürnberg.
- Beyer, R.C.M. und V. Wieland (2016), »Schätzung des mittelfristigen Gleichgewichtszinses in den Vereinigten Staaten, Deutschland und dem Euro-Raum mit der Laubach-Williams-Methode«, Institute for Monetary and Financial Stability Working Paper Series 100.
- Bieg, M. und D. Schäfer (2016), »Preisentwicklung 2015«, *Wirtschaft und Statistik* (2), 52–78.

Breuer, Chr. (2016), »Steuererreinnahmen und heimliche Steuererhöhungen«, *ifo Schnelldienst* 69(11), 46–50.

Bundesagentur für Arbeit (2016a), *Arbeitsmarkt in Kürze: Fluchtmigration*, Nürnberg.

Bundesagentur für Arbeit (2016b), *Monatsbericht Mai*, Nürnberg.

Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (2016), »Stärkstes Rentenplus seit 23 Jahren«, Pressemitteilung, 21. März.

Carstensen, K., St. Henzel, J. Mayr und K. Wohlrabe (2009), IFOCAST: Methoden der ifo-Kurzfristprognose, *ifo Schnelldienst* 62(23), 15–28.

Cúrdia, V., A. Ferrero, n. G. Cee Ng und A. Tambalotti (2015), »Has U.S. Monetary Policy Tracked the Efficient Interest Rate?«, *Journal of Monetary Economics* 70(C), 72–83.

Del Negro, M., M. Giannoni, M. Cocci, S. Shahanaghi und M. Smith (2015), »Why Are Interest Rates So Low?«, Liberty Street Economics (Internet Blog der Federal Reserve Bank of New York) 20. Mai.

Henzel, St. und S. Rast (2013), »Prognoseeigenschaften von Indikatoren zur Vorhersage des Bruttoinlandsprodukts in Deutschland«, *ifo Schnelldienst* 66(17), 39–46.

Hristov, A. (2016), »Measuring the Natural Rate of Interest in the Eurozone: A DSGE Perspective«, *CESifo Forum* 17(1), 86–91.

Laubach, Th. und J.C. Williams (2016), »Measuring the Natural Rate of Interest Redux«, Finance and Economics Discussion Series 2016-11, Board of Governors of the Federal Reserve System (U.S.).

Peersman, G. und I. Van Robays (2009), »Oil and the Euro area economy«, *Economic Policy* 24, 603–651.

Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2010), »Deutschland im Aufschwung – Wirtschaftspolitik vor wichtigen Entscheidungen«, *ifo Schnelldienst* 63(20), 3–61.

Statistisches Bundesamt (2016a), *Bevölkerung und Erwerbstätigkeit – Ausländische Bevölkerung Ergebnisse des Ausländerzentralregisters 2015*, Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2016b), »Vier Millionen Jobs vom Mindestlohn betroffen«, Pressemitteilung, 6. April.

Taylor, J.B. (2012), »Monetary Policy Rules Work and Discretion Doesn't: A Tale of Two Eras«, *Journal of Money, Credit and Banking* 44(6), 1017–1032.

Wollmershäuser, T. (2013), »Die Geldpolitik der EZB in der Klemme – kann mehr »Forward Guidance« helfen?«, *ifo Schnelldienst* 66(22), 35–45.

Wu, Ji.C. und F.D. Xia (2016), »Measuring the Macroeconomic Impact of Monetary Policy at the Zero Lower Bound«, *Journal of Money, Credit, and Banking* 48(2–3), 253–291.

Anhang

Hauptaggregate der Sektoren

Mrd. EUR

Gegenstand der Nachweisung	2015				
	Gesamte Volkswirtschaft	Nichtfinanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o.E.	Übrige Welt
	S 1	S 11/S12	S 13	S 14/S 15	S 2
1 = Bruttowertschöpfung	2 722,5	1 830,4	293,4	598,7	–
2 – Abschreibungen	531,3	304,3	67,2	159,8	–
3 = Nettowertschöpfung 1)	2 191,2	1 526,2	226,2	438,9	– 236,2
4 – Geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 538,4	1 096,3	229,6	212,6	13,0
5 – Geleistete sonstige Produktionsabgaben	21,2	12,5	0,1	8,6	–
6 + Empfangene sonstige Subventionen	24,9	23,2	0,2	1,5	–
7 = Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	656,5	440,6	– 3,3	219,2	– 249,2
8 + Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 541,3	–	–	1 541,3	10,2
9 – Geleistete Subventionen	27,5	–	27,5	–	4,7
10 + Empfangene Produktions- und Importabgaben	326,4	–	326,4	–	5,4
11 – Geleistete Vermögenseinkommen	724,2	645,5	48,0	30,7	179,6
12 + Empfangene Vermögenseinkommen	787,5	378,6	21,6	387,3	116,2
13 = Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 560,1	173,8	269,2	2 117,1	– 301,6
14 – Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	355,8	73,4	–	282,4	10,0
15 + Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	365,4	–	365,4	–	0,4
16 – Geleistete Nettosozialbeiträge 2)	621,4	–	–	621,4	3,4
17 + Empfangene Nettosozialbeiträge 2)	622,2	120,7	500,8	0,8	2,6
18 – Geleistete monetäre Sozialleistungen	532,8	61,2	470,8	0,8	0,5
19 + Empfangene monetäre Sozialleistungen	525,6	–	–	525,6	7,7
20 – Geleistete sonstige laufende Transfers	293,8	156,1	64,6	73,2	50,0
21 + Empfangene sonstige laufende Transfers	252,8	137,7	21,5	93,7	91,0
22 = Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 522,2	141,4	621,5	1 759,3	– 263,8
23 – Konsumausgaben	2 221,6	–	586,8	1 634,8	–
24 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 50,5	–	50,5	–
25 = Sparen	300,6	90,9	34,7	175,0	– 263,8
26 – Geleistete Vermögenstransfers	40,3	2,6	29,8	7,9	4,2
27 + Empfangene Vermögenstransfers	37,7	18,3	12,2	7,3	6,8
28 – Bruttoinvestitionen	568,1	314,1	66,6	187,4	–
29 + Abschreibungen	531,3	304,3	67,2	159,8	–
30 – Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	– 2,1	– 1,2	– 1,9	0,9	2,1
31 = Finanzierungssaldo	263,4	97,9	19,6	145,9	– 263,4
Nachrichtlich:	–	–	–	–	–
34 Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 522,2	141,4	621,5	1 759,3	– 263,8
35 – Geleistete soziale Sachtransfers	382,6	–	382,6	–	–
36 + Empfangene soziale Sachtransfers	382,6	–	–	382,6	–
37 = Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 522,2	141,4	238,9	2 141,9	– 263,8
38 – Konsum 2)	2 221,6	–	204,2	2 017,4	–
39 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 50,5	–	50,5	–
40 = Sparen	300,6	90,9	34,7	175,0	– 263,8

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. – 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme. – 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2016 und 2017: Prognose des ifo Instituts.

Hauptaggregate der Sektoren

Mrd. EUR

Gegenstand der Nachweisung	2016				
	Gesamte Volkswirtschaft	Nichtfinanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o.E.	Übrige Welt
	S 1	S 11/S12	S 13	S 14/S 15	S 2
1 = Bruttowertschöpfung	2 827,7	1 902,7	301,0	624,0	–
2 – Abschreibungen	545,3	311,6	69,2	164,5	–
3 = Nettowertschöpfung 1)	2 282,4	1 591,1	231,7	459,5	– 250,5
4 – Geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 598,7	1 139,6	236,2	223,0	13,6
5 – Geleistete sonstige Produktionsabgaben	20,0	11,1	0,1	8,9	–
6 + Empfangene sonstige Subventionen	25,5	23,7	0,2	1,5	–
7 = Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	689,1	464,2	– 4,3	229,2	– 264,1
8 + Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 602,1	–	–	1 602,1	10,2
9 – Geleistete Subventionen	28,3	–	28,3	–	4,7
10 + Empfangene Produktions- und Importabgaben	332,6	–	332,6	–	5,4
11 – Geleistete Vermögenseinkommen	709,8	635,2	45,8	28,7	178,0
12 + Empfangene Vermögenseinkommen	775,0	373,3	20,2	381,5	112,8
13 = Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 660,7	202,3	274,3	2 184,1	– 318,3
14 – Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	368,8	76,6	–	292,2	11,1
15 + Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	379,5	–	379,5	–	0,4
16 – Geleistete Nettosozialbeiträge 2)	646,1	–	–	646,1	3,5
17 + Empfangene Nettosozialbeiträge 2)	647,2	124,9	521,6	0,7	2,3
18 – Geleistete monetäre Sozialleistungen	555,1	63,4	490,9	0,7	0,5
19 + Empfangene monetäre Sozialleistungen	547,6	–	–	547,6	8,0
20 – Geleistete sonstige laufende Transfers	297,2	157,6	66,9	72,7	48,0
21 + Empfangene sonstige laufende Transfers	254,4	138,6	21,6	94,3	90,7
22 = Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 622,3	168,1	639,2	1 815,0	– 279,9
23 – Konsumausgaben	2 295,0	–	612,7	1 682,3	–
24 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 51,4	–	51,4	–
25 = Sparen	327,3	116,7	26,5	184,1	– 279,9
26 – Geleistete Vermögenstransfers	39,3	2,2	28,5	8,6	5,0
27 + Empfangene Vermögenstransfers	38,5	19,3	11,7	7,5	5,8
28 – Bruttoinvestitionen	592,7	326,1	69,6	197,0	–
29 + Abschreibungen	545,3	311,6	69,2	164,5	–
30 – Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	– 1,3	– 1,0	– 1,3	1,1	1,3
31 = Finanzierungssaldo	280,4	120,4	10,6	149,5	– 280,4
Nachrichtlich:	–	–	–	–	–
34 Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 622,3	168,1	639,2	1 815,0	– 279,9
35 – Geleistete soziale Sachtransfers	402,7	–	402,7	–	–
36 + Empfangene soziale Sachtransfers	402,7	–	–	402,7	–
37 = Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 622,3	168,1	236,5	2 217,7	– 279,9
38 – Konsum 2)	2 295,0	–	210,0	2 085,0	–
39 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 51,4	–	51,4	–
40 = Sparen	327,3	116,7	26,5	184,1	– 279,9

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. – 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme. – 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2016 und 2017: Prognose des ifo Instituts.

Hauptaggregate der Sektoren

Mrd. EUR

Gegenstand der Nachweisung	2017				
	Gesamte Volks- wirtschaft	Nichtfinanzielle und finanzielle Kapital- gesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o.E.	Übrige Welt
	S 1	S 11/S12	S 13	S 14/S 15	S 2
1 = Bruttowertschöpfung	2 924,1	1 964,3	308,9	650,8	–
2 – Abschreibungen	560,1	319,5	71,2	169,4	–
3 = Nettowertschöpfung 1)	2 363,9	1 644,8	237,7	481,4	– 260,6
4 – Geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 654,7	1 178,1	242,5	234,1	14,2
5 – Geleistete sonstige Produktionsabgaben	19,7	10,6	0,1	9,0	–
6 + Empfangene sonstige Subventionen	26,3	24,5	0,2	1,6	–
7 = Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	715,8	480,6	– 4,6	239,8	– 274,8
8 + Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 657,8	–	–	1 657,8	11,1
9 – Geleistete Subventionen	29,3	–	29,3	–	4,7
10 + Empfangene Produktions- und Importabgaben	340,5	–	340,5	–	5,4
11 – Geleistete Vermögenseinkommen	707,7	634,6	44,7	28,4	178,5
12 + Empfangene Vermögenseinkommen	775,4	369,6	20,5	385,3	110,8
13 = Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 752,5	215,6	282,5	2 254,5	– 330,7
14 – Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	385,4	79,8	–	305,6	11,6
15 + Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	396,6	–	396,6	–	0,4
16 – Geleistete Nettosozialbeiträge 2)	672,9	–	–	672,9	3,6
17 + Empfangene Nettosozialbeiträge 2)	674,2	128,6	544,8	0,7	2,3
18 – Geleistete monetäre Sozialleistungen	579,3	65,6	513,0	0,7	0,5
19 + Empfangene monetäre Sozialleistungen	571,5	–	–	571,5	8,3
20 – Geleistete sonstige laufende Transfers	302,5	159,3	70,5	72,7	47,0
21 + Empfangene sonstige laufende Transfers	258,1	141,3	21,9	94,9	91,4
22 = Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 712,8	180,8	662,3	1 869,7	– 291,0
23 – Konsumausgaben	2 368,3	–	638,9	1 729,5	–
24 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 52,4	–	52,4	–
25 = Sparen	344,5	128,4	23,5	192,7	– 291,0
26 – Geleistete Vermögenstransfers	40,7	2,3	29,2	9,2	6,0
27 + Empfangene Vermögenstransfers	41,2	22,1	11,5	7,6	5,5
28 – Bruttoinvestitionen	613,7	336,1	71,5	206,1	–
29 + Abschreibungen	560,1	319,5	71,2	169,4	–
30 – Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	– 1,0	3,0	– 5,1	1,2	1,0
31 = Finanzierungssaldo	292,5	128,6	10,6	153,3	– 292,5
Nachrichtlich:	–	–	–	–	–
34 Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 712,8	180,8	662,3	1 869,7	– 291,0
35 – Geleistete soziale Sachtransfers	425,6	–	425,6	–	–
36 + Empfangene soziale Sachtransfers	425,6	–	–	425,6	–
37 = Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 712,8	180,8	236,7	2 295,4	– 291,0
38 – Konsum 2)	2 368,3	–	213,2	2 155,1	–
39 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 52,4	–	52,4	–
40 = Sparen	344,5	128,4	23,5	192,7	– 291,0

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. – 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme. – 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2016 und 2017: Prognose des ifo Instituts.

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Vorausschätzung für die Jahre 2016 und 2017

	2015 (1)	2016 (2)	2017 (2)	2016		2017 (2)	
				1.Hj (2)	2.Hj (2)	1.Hj	2.Hj

Entstehung des Inlandsprodukts

Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Zahl der Erwerbstätigen	0,8	1,2	0,9	1,2	1,1	0,9	0,8
Arbeitsstunden je Erwerbstätigen 3)	0,4	0,0	0,1	0,0	0,0	0,6	-0,3
Arbeitsvolumen	1,2	1,2	1,0	1,2	1,2	1,5	0,5
Produktivität (4)	0,5	0,6	0,7	0,9	0,3	0,2	1,1
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	1,7	1,8	1,6	2,1	1,5	1,7	1,6

2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen

a) Mrd. EUR

Konsumausgaben	2221,6	2295,0	2368,3	1116,9	1178,1	1152,9	1215,4
Private Konsumausgaben 5)	1634,8	1682,3	1729,5	819,9	862,4	842,9	886,5
Konsumausgaben des Staates	586,8	612,7	638,9	297,0	315,7	310,0	328,9
Bruttoanlageinvestitionen	606,1	634,8	659,8	305,0	329,8	316,7	343,1
Ausrüstungen	200,1	208,1	214,8	99,2	108,9	102,3	112,5
Bauten	297,6	313,3	326,5	150,6	162,7	156,7	169,8
Sonstige Anlagen	108,5	113,5	118,6	55,2	58,3	57,7	60,9
Vorratsveränderungen 6)	-38,0	-42,1	-46,1	-8,8	-33,3	-10,8	-35,4
Inländische Verwendung	2789,7	2887,7	2982,0	1413,1	1474,6	1458,9	1523,1
Außenbeitrag	236,2	250,5	260,6	127,3	123,1	134,0	126,6
Nachrichtlich: in Relation zum BIP %	7,8	8,0	8,0	8,3	7,7	8,4	7,7
Exporte	1419,7	1442,5	1508,5	709,4	733,1	743,7	764,8
Importe	1183,5	1192,0	1247,9	582,0	610,0	609,7	638,2
Bruttoinlandsprodukt	3025,9	3138,2	3242,6	1540,4	1597,8	1592,8	1649,8

b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Konsumausgaben	3,0	3,3	3,2	3,4	3,2	3,2	3,2
Private Konsumausgaben 5)	2,7	2,9	2,8	2,9	2,9	2,8	2,8
Konsumausgaben des Staates	4,0	4,4	4,3	4,7	4,2	4,4	4,2
Bruttoanlageinvestitionen	3,6	4,7	3,9	5,4	4,2	3,8	4,0
Ausrüstungen	5,4	4,0	3,2	5,2	2,9	3,2	3,3
Bauten	2,0	5,3	4,2	5,7	4,8	4,0	4,4
Sonstige Anlagen	4,7	4,6	4,5	4,7	4,6	4,5	4,5
Inländische Verwendung	2,6	3,5	3,3	3,6	3,4	3,2	3,3
Exporte	6,5	1,6	4,6	1,6	1,6	4,8	4,3
Importe	4,1	0,7	4,7	0,5	0,9	4,8	4,6
Bruttoinlandsprodukt	3,8	3,7	3,3	3,9	3,5	3,4	3,3

3. Verwendung des Inlandsprodukts, verkettete Volumenangaben (Referenzjahr 2010)

a) Mrd. EUR

Konsumausgaben	2063,6	2105,9	2139,5	1033,2	1072,6	1049,8	1089,6
Private Konsumausgaben 5)	1533,8	1563,1	1586,0	765,6	797,5	776,3	809,7
Konsumausgaben des Staates	529,8	542,6	553,3	267,5	275,1	273,4	279,9
Bruttoanlageinvestitionen	558,3	577,0	591,0	277,4	299,6	284,0	307,0
Ausrüstungen	195,9	203,2	209,2	96,3	107,0	99,0	110,1
Bauten	263,3	272,7	278,4	131,7	141,0	134,3	144,1
Sonstige Anlagen	99,5	101,6	104,0	49,6	51,9	50,8	53,2
Inländische Verwendung	2586,4	2644,0	2687,6	1306,2	1337,8	1327,4	1360,2
Exporte	1350,9	1389,9	1446,9	683,4	706,5	714,6	732,3
Importe	1153,6	1201,3	1256,9	585,9	615,5	614,7	642,2
Bruttoinlandsprodukt	2782,6	2832,3	2879,0	1403,3	1429,1	1427,3	1451,6

b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Konsumausgaben	2,2	2,1	1,6	2,4	1,7	1,6	1,6
Private Konsumausgaben 5)	2,0	1,9	1,5	2,3	1,5	1,4	1,5
Konsumausgaben des Staates	2,5	2,4	2,0	2,6	2,2	2,2	1,8
Bruttoanlageinvestitionen	2,2	3,4	2,4	4,0	2,7	2,4	2,5
Ausrüstungen	4,8	3,7	2,9	4,8	2,8	2,9	3,0
Bauten	0,3	3,6	2,1	4,2	3,0	2,0	2,2
Sonstige Anlagen	2,6	2,1	2,4	2,2	2,1	2,4	2,4
Inländische Verwendung	1,6	2,2	1,6	2,6	1,9	1,6	1,7
Exporte	5,4	2,9	4,1	2,9	2,9	4,6	3,6
Importe	5,8	4,1	4,6	4,3	4,0	4,9	4,3
Bruttoinlandsprodukt	1,7	1,8	1,6	2,1	1,5	1,7	1,6

noch Bundesrepublik Deutschland: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	2015 (1)	2016 (2)	2017 (2)	2016		2017 (2)	
				1.Hj (2)	2.Hj (2)	1.Hj	2.Hj

4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2010=100)

Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Konsumausgaben	0,9	1,2	1,6	1,0	1,5	1,6	1,6
Private Konsumausgaben 5)	0,6	1,0	1,3	0,6	1,3	1,4	1,3
Konsumausgaben des Staates	1,5	1,9	2,3	2,0	1,9	2,1	2,4
Bruttoanlageinvestitionen	1,4	1,3	1,5	1,3	1,4	1,4	1,5
Ausrüstungen	0,6	0,3	0,3	0,4	0,1	0,3	0,3
Bauten	1,7	1,7	2,1	1,5	1,8	2,0	2,1
Sonstige Anlagen	2,1	2,4	2,0	2,4	2,5	2,0	2,0
Inländische Verwendung	1,0	1,3	1,6	1,0	1,5	1,6	1,6
Exporte	1,0	-1,2	0,5	-1,3	-1,2	0,3	0,7
Importe	-1,6	-3,3	0,1	-3,6	-3,0	-0,2	0,3
Bruttoinlandsprodukt	2,1	1,9	1,7	1,8	2,0	1,7	1,6

5. Einkommensentstehung und -verteilung

a) Mrd. EUR

Primäreinkommen der privaten Haushalte	2117,1	2184,1	2254,5	1073,2	1110,9	1109,6	1144,9
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	280,1	290,9	302,4	141,0	149,9	146,8	155,6
Bruttolöhne und -gehälter	1261,1	1311,2	1355,4	625,4	685,8	647,8	707,6
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	575,8	582,0	596,7	306,8	275,2	314,9	281,8
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	443,0	476,6	498,0	218,4	258,2	227,9	270,1
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2560,1	2660,7	2752,5	1291,6	1369,1	1337,5	1415,1
Abschreibungen	531,3	545,3	560,1	271,3	274,0	278,6	281,5
Bruttonationaleinkommen	3091,3	3206,0	3312,7	1562,9	1643,1	1616,1	1696,6
nachrichtlich:							
Volkseinkommen	2261,2	2356,5	2441,3	1142,2	1214,3	1184,5	1256,9
Arbeitnehmerentgelte	1541,3	1602,1	1657,8	766,4	835,7	794,6	863,2
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	719,9	754,4	783,5	375,8	378,6	389,8	393,7

b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Primäreinkommen der privaten Haushalte	3,0	3,2	3,2	3,3	3,1	3,4	3,1
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	3,1	3,9	3,9	4,0	3,8	4,1	3,7
Bruttolöhne und -gehälter	3,9	4,0	3,4	4,0	3,9	3,6	3,2
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	2,8	2,5	2,4	2,5	2,6	2,6	2,2
Nettolöhne und -gehälter je Beschäftigten	2,4	2,5	1,6	2,5	2,5	1,8	1,5
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	1,1	1,1	2,5	1,5	0,6	2,6	2,4
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	8,1	7,6	4,5	8,7	6,7	4,3	4,6
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	3,9	3,9	3,5	4,2	3,7	3,6	3,4
Abschreibungen	2,6	2,6	2,7	2,6	2,7	2,7	2,7
Bruttonationaleinkommen	3,7	3,7	3,3	3,9	3,5	3,4	3,3
nachrichtlich:							
Volkseinkommen	3,9	4,2	3,6	4,4	4,1	3,7	3,5
Arbeitnehmerentgelte	3,8	3,9	3,5	4,0	3,9	3,7	3,3
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	4,2	4,8	3,9	5,1	4,4	3,7	4,0

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte und priv. Org. o.E.

a) Mrd. EUR

Masseneinkommen	1263,0	1314,3	1357,2	631,0	683,3	653,7	703,5
Nettolöhne und -gehälter	836,5	869,6	892,2	409,9	459,7	421,3	470,9
Monetäre Sozialleistungen	525,6	547,6	571,5	272,3	275,3	285,3	286,2
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	99,1	102,8	106,5	51,2	51,7	53,0	53,5
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	575,8	582,0	596,7	306,8	275,2	314,9	281,8
Sonstige Transfers (Saldo)	-79,5	-81,3	-84,2	-39,3	-42,0	-40,7	-43,4
Verfügbares Einkommen	1759,3	1815,0	1869,7	898,5	916,5	927,9	941,9
Zunahme betriebl. Versorgungsansprüche	50,5	51,4	52,4	25,4	26,0	25,9	26,5
Private Konsumausgaben 5)	1634,8	1682,3	1729,5	819,9	862,4	842,9	886,5
Sparen	175,0	184,1	192,7	104,0	80,1	110,8	81,9
Sparquote 7)	9,7	9,9	10,0	11,3	8,5	11,6	8,5

b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Masseneinkommen	3,7	4,1	3,3	3,8	4,3	3,6	3,0
Nettolöhne und -gehälter	3,5	3,9	2,6	4,0	3,9	2,8	2,4
Monetäre Sozialleistungen	4,0	4,2	4,4	3,5	4,9	4,8	4,0
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	3,4	3,8	3,6	3,6	4,0	3,5	3,6
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	1,1	1,1	2,5	1,5	0,6	2,6	2,4
Verfügbares Einkommen	2,9	3,2	3,0	3,1	3,2	3,3	2,8
Private Konsumausgaben 5)	2,7	2,9	2,8	2,9	2,9	2,8	2,8
Sparen	4,4	5,2	4,6	4,3	6,4	6,5	2,2

noch Bundesrepublik Deutschland: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	2015 (1)	2016 (2)	2017 (2)	2016		2017 (2)	
				1.Hj (2)	2.Hj (2)	1.Hj	2.Hj
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates							
a) Mrd. EUR							
Einnahmen							
Steuern	691,8	712,0	737,2	355,3	356,8	368,5	368,6
Nettosozialbeiträge	500,8	521,6	544,8	253,1	268,6	264,7	280,1
Vermögenseinkünfte	21,6	20,2	20,5	11,6	8,5	12,0	8,4
Sonstige Übertragungen	21,5	21,6	21,9	9,1	12,5	9,2	12,7
Vermögensübertragungen	12,2	11,7	11,5	5,0	6,7	4,8	6,7
Verkäufe	102,6	104,3	105,8	49,4	54,9	50,1	55,7
Sonstige Subventionen	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1
Einnahmen insgesamt	1350,7	1391,6	1441,9	683,5	708,1	709,5	732,4
Ausgaben							
Vorleistungen	144,0	150,7	155,3	68,8	81,9	71,0	84,3
Arbeitnehmerentgelte	229,6	236,2	242,5	113,5	122,6	116,6	125,9
Sonstige Produktionsabgaben	0,1	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0
Vermögenseinkünfte (Zinsen)	48,0	45,8	44,7	23,2	22,7	22,5	22,2
Subventionen	27,5	28,3	29,3	13,9	14,4	14,4	14,9
Monetäre Sozialleistungen	470,8	490,9	513,0	244,1	246,8	256,2	256,8
Soziale Sachleistungen	252,1	265,3	280,4	131,2	134,2	138,8	141,7
Sonstige Transfers	64,6	66,9	70,5	37,8	29,1	39,9	30,6
Vermögenstransfers	29,8	28,5	29,2	12,8	15,7	13,1	16,1
Bruttoanlageinvestitionen	66,6	69,6	71,5	29,5	40,2	30,5	41,0
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-1,9	-1,3	-5,1	-0,6	-0,7	-4,4	-0,7
Ausgaben insgesamt	1331,1	1381,0	1431,3	674,2	706,9	698,5	732,8
Finanzierungssaldo	19,6	10,6	10,6	9,3	1,3	11,0	-0,4

b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Einnahmen							
Steuern	4,9	2,9	3,5	3,2	2,6	3,7	3,3
Nettosozialbeiträge	3,9	4,2	4,4	4,2	4,1	4,6	4,3
Vermögenseinkünfte	-13,5	-6,5	1,5	-8,8	-3,1	3,4	-1,2
Sonstige Übertragungen	12,3	0,5	1,5	0,7	0,4	1,1	1,8
Vermögensübertragungen	0,1	-3,8	-1,7	-3,6	-3,9	-4,0	0,0
Verkäufe	1,1	1,6	1,5	1,9	1,3	1,5	1,4
Sonstige Subventionen	-	-	-	-	-	-	-
Einnahmen insgesamt	3,9	3,0	3,6	3,2	2,9	3,8	3,4
Ausgaben							
Vorleistungen	3,9	4,7	3,0	5,8	3,8	3,1	2,9
Arbeitnehmerentgelt	2,2	2,9	2,7	2,9	2,8	2,7	2,7
Sonstige Produktionsabgaben	-	-	-	-	-	-	-
Vermögenseinkünfte (Zinsen)	-6,8	-4,4	-2,6	-4,4	-4,4	-3,0	-2,2
Subventionen	8,0	2,9	3,5	3,1	2,8	3,6	3,4
Monetäre Sozialleistungen	4,4	4,3	4,5	3,5	5,0	4,9	4,0
Soziale Sachleistungen	5,0	5,2	5,7	5,3	5,2	5,8	5,6
Sonstige Transfers	4,9	3,5	5,4	5,0	1,7	5,6	5,2
Vermögenstransfers	-18,2	-4,2	2,3	1,4	-8,3	2,0	2,6
Bruttoanlageinvestitionen	5,3	4,6	2,7	5,4	4,0	3,6	2,0
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-	-	-	-	-	-	-
Ausgaben insgesamt	3,1	3,8	3,6	3,9	3,6	3,6	3,7
nachrichtlich:							
Finanzierungssaldo in % des BIP	0,6	0,3	0,3	0,6	0,1	0,7	0,0

- 1) Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.
- 2) Vorausschätzung des ifo Instituts; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.
- 3) Geleistete Arbeitsstunden.
- 4) Bruttoinlandsprodukt in Vorjahrespreisen je Erwerbstätigenstunde.
- 5) Konsumausgaben der privaten Haushalte und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.
- 6) Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.
- 7) Ersparnis in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme an betrieblichen Versorgungsansprüchen).